

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. (incl. Post- und
 Transportkosten). Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnementspreis: 1.10 M. pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnisse
 für Deutschland und Österreich-Ungarn
 3. Post für das übrige Ausland
 3.00 M. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncen-
 zeile oder deren Raum 20 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 zeilige) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengeschäfte und Schif-
 fahrts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein neues Kapitel aus dem alten Berliner Polizeijumpf!

Raum acht Tage sind vergangen, seit die politische Polizei in Berlin ihren Reinfall bei der Spitzelwerbung unseres Genossen Karl Fischer durch den Kriminalhauptmann Gustav Neumann erlitten hat, und schon sind wir wieder in der Lage, eine neue Ruhmesthat des Herrn Kriminalkommissars von Arnim unseren Genossen zur fröhlichen Kenntnisnahme zu bringen. Herr von Arnim war nämlich der „Herr Kommissar“, der unserem Genossen Karl Fischer für den nachgesuchten Verrat an seinen Grundstücken und an seinen Freunden die 200 M. ausbezahlt hat.

Diesmal hat Herr von Arnim seinen Spitzel auf Reiben geschickt. Und wenn der arme Kerl auch wenig Lorbeeren dabei geerntet hat, so ist er doch vor dem Vorwurf geschützt, es habe nur an seiner Schlaubeit gelegen, daß er so jämmerlich Schiffbruch dabei gelitten; er kann sich und seinen Herrn Vorgesetzten damit trösten, daß es ihm wahrscheinlich auch dann nicht besser ergangen wäre, wenn das Genie seines „Herrn Hauptmanns“ über seinen Schritten geschweigt hätte — denn auch in Ruabit und in Berlin, wo Herr von Arnim eigenhändig den Feldzugsplan entworfen und die Kampagne geleitet hat, war das Ende des genialen Feldzuges stets ein jämmerliches Fiasko.

Zum internationalen Sozialistenkongress nach London war seinerzeit Herr von Arnim persönlich geeilt; in der Riesenmetropole glaubte er unerkannt seine Fäden spinnen zu können; doch wurde er damals genau so „zur Strecke gebracht“, wie ein paar Jahre später in Ruabit; und so gedachte er diesmal das Risiko des Erkenntniswerdens nicht auf sich zu nehmen, als er den Gedanken faßte, die Genossen Bebel und Kautsky auf ihrer Reise nach Brüssel zur Konferenz des internationalen Sozialistischen Bureau und während ihrer Anwesenheit in Brüssel persönlich überwachen zu lassen. Nebenbei sollte sein Mann auch noch Verbindungen mit dem internationalen Sekretariate anknüpfen, damit die Berliner politische Polizei mit ihren guten Informationen aus „der Quelle der revolutionären Verschwörungen“ sich rühmen könne. Sie trachtet nach der Ehre, das Mekka der internationalen politischen Polizei zu werden, und sie erntet den Ruhm, die Metropole der Polizeihilfsmagen zu sein. Und der Ruhm ist ihr schon länger eigen, denn vor zwei Jahren bereits hat die Londoner Polizei es abgelehnt, eine Deputation Berliner Polizeibeamten zu empfangen, die von Berlin nach London geschickt werden sollten, um dort Unterricht zu empfangen über Maßnahmen zum Schutz „allerhöchster Personen“.

Die Londoner Polizei kennt aufseinerhand das Genie der preussischen Leutnants und Hauptmänner a. D., die bei uns mit ihren ehemaligen Unteroffizieren und Feldwebeln politische Polizei spielen.

Hören wir nun, was in unserem Brüsseler Parteiorgan „Peuple“ unser Genosse Camille Guismans, der internationale Sekretär, über den neuesten Reinfall der Berliner politischen Polizei schreibt unter dem Titel:

Der reingefallene Spitzel!

„Seit einigen Monaten wird das Brüsseler „Volkshaus“ von Spitzeln aller Nationalitäten überflutet.“

Als mich kürzlich anlässlich der sonderbaren Affäre Romanowski der Untersuchungsrichter eines Besuchs würdigte, erlaubte ich mir, ihm meine unparteiische Meinung auszubringen, nämlich die, daß die belgische Justiz besser daran tun würde, die Handlungen der Nachfolger des russischen Barons Sternberg traurigen Andenkens zu überwachen, anstatt die ehrenhaften fremden Sozialisten zu drangsalieren, deren einziges Verbrechen der glühende Wunsch ist, die wirtschaftliche und geistige Befreiung der Arbeiterklasse im allgemeinen und des russischen Volkes im besonderen herbeizuführen. Ich sagte ihm auch, daß wir bisher zwar das nahezu unerträgliche Benehmen gewisser Polizeigenossen extragen hätten, die sich in unsere Reihen, wo kein Platz für sie ist, eingeschlichen, daß aber unsere außerordentliche Sanftmut nunmehr zu Ende sein dürfte.

Dieser Rat scheint nicht an seine richtige Adresse befördert worden zu sein. Auf alle Fälle ist die Unverschämtheit gewisser Individuen gewachsen, und so entschlossen wir uns, ihr ein Ende zu bereiten — mit dem guten Humor, der das belgische Temperament charakterisiert.

Am 8. März landete in Brüssel ein Individuum, das sich Karl Wolff nannte, angeblich 30 Jahre alt und Zeichner zu sein, und zur Wohnung ein Hotel in der Nähe des „Volkshauses“ wählte; er trat sofort in Beziehungen zu Genossen, die in unserem Zentrallokal verkehrten, interessierte sich für die Entwicklung unserer „Genossenschaft“ und ihrer Blätter, abonnierte den „Avenir Social“, wurde ein eifriger Kunde unseres Freundes Kerz, des Leiters unserer Buchhandlung, gab sich für einen deutschen Sozialisten aus, besuchte die verschiedenen Verkaufsstellen der „Genossenschaft“ und kaufte den Kalender des „Peuple“, der die Porträts der Mitglieder des internationalen Sozialistischen Bureau enthält.

Am Vormittag stellte er sich im Café des „Volkshauses“ ein und redigierte die Berichte an seine Chefs. Am 4. und 5. März, während der Sitzungen des internationalen Bureau, zeigte er sich besonders daran interessiert, was die fremden Delegierten sprachen und trieben. Da wir natürlich das

Bestreben hatten, gut unterrichtet zu sein, mieteten wir in jenem Hotel das Zimmer, das sich an das unseres Mannes angeschlossen. Und da er es liebte, am Abend zu plaudern und ein Gläschen zu trinken, gaben wir ihm als Tischgesellschaft ein paar Freunde zur Seite, die, widerstandsfähiger als er selber, alle (mit Einschluß unseres Freundes Wandenborpe) Ehrenmitglieder des Abstinenzbundes sind, der von unseren Freunden Wandenborpe und Veleu gegründet worden ist.

„O arme deutsche Polizei! Sie stammt aus einem wundervollen Lande, dem Vaterlande der Hegel, der Schopenhauer und des Münchener Bieres! Und sie kennt nicht den Glanz dieser Philosophie und verträgt nicht das heimische Bier! Welch unergiebliches Verbrechen vom vaterländischen Gesichtspunkte aus.“

„Unser Spitzel meldete in seinen Berichten naiv alle Aufschneidereien, die man ihm erzählte, fiel auf jeden Rumpst herein und — was schwerer wiegt — verlor vertrauliche Mitteilungen seiner Vorgesetzten. Zum Beispiel auch den letzten Brief aus Berlin, den er nach Brüssel erhielt, und der lautet:

Welter Herr Wolff!

Auf Anweisung des Herrn Geh muß ich Ihnen heute diesen Brief und zwar aus folgenden Gründen schreiben:

1. Sie schiden heute Bericht Nr. 3. Wo bleibt aber Nr. 2?, der hier nicht eingetroffen ist. Sollte derselbe verloren gegangen sein?

2. Sie sollen jeden Werbeversuch unterlassen. Es wird Ihnen unterstellt, nach dieser Richtung irgend welche Schritte zu unternehmen. Geld für eine Werbung gibt es auf keinen Fall. (Auch nicht für eine Zeitung.) Es wird hier so gedacht, daß Sie sich mit einem oder mehreren Herren ernstlich freundschaftlich stellen, daß Sie von hier aus drücklich mit ihnen verkehren können.

3. Wenn von hier aus bis zu der von Ihnen bewilligten Aufenthalt keine Antwort eintrifft, ist eine Verlängerung des Aufenthaltes abgelehnt und müssen Sie zurückreisen.

Ich bitte nochmals das Vorstehende genau beherzigen und befolgen zu wollen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr H. Ludwig.“

„Wir begreifen sehr gut, warum der Bericht Nr. 2 nicht zur rechten Zeit eingetroffen ist: es gibt belgische Bürger, welche die deutsche Sprache am Originellsten lernen wollen.“

Da der obige Brief den Befehl zur Abreise enthielt, so entschloß ich mich, gemeinsam mit Raes, dem Parteisekretär, und unserem Bureauangestellten Artois und einer Anzahl Freunde, die wir bei der Gelegenheit gebrauchen konnten, solchen würdigen Herrn, der seinen Lebensunterhalt aus der Denunziation braver Leute gewinnt, der die Ausweisung tapferer Kämpfer begünstigt und sie an den Galgen zu bringen sucht, ein anständiges Abschiedsgeld zu geben.

„Raes, Artois und ich erwarteten ihn in der Bahnhofshalle. Ich nannte ihm auf Deutsch meinen Namen und meine Stellung und stellte ihm meine Begleiter vor. Raes, der deutsch lernt — und er kennt diese Sprache in der Tat schon sehr gut, denn er weiß alle Kraftausdrücke —, sagte ihm Dinge von wahrhaft rührender Liebeshörigkeit. Der Unglückliche wollte leugnen, aber das dauerte nicht lange, man hielt ihm einige Tatsachen vor, die nur er allein zu wissen glaubte. Wir machten ihm auch begreiflich, daß er sein Geld auf gemeine Art verdiene und daß er künftig besser daran tun würde, sich an die Leute, die er ausspionieren sollte, direkt zu wenden.“

„Sofort sammelte sich Publikum an und vor der Menge der Neugierigen und Reisenden verkündeten wir Namen und Charakter des in große Angst geratenen Burschen. Eiligen Schrittes flüchtete er in das Innere des Bahnhofes. Wir folgten ihm und nach Verlauf weniger Minuten gab es keinen Menschen mehr, der nicht die Rolle kannte, mit der dieser Mensch beauftragt war. Instinktiv wich die Menge vor ihm zurück, denn sie wollte nicht mit so einem Menschen in Berührung kommen, den sie für unsauber anfaß. Bald hörte man aus allen Ecken des Bahnhofes die Rufe: „Wollt Ihr einen Spitzel sehen? Dann betrachtet Euch den Kerl mit dem Regenschirm.“

„Aufgeregt, fieberhaft, nicht wissend, was er machen sollte, lief er unter einer Lawine von Anzüglichkeiten und unter dem Verachtungsblick der Menge Spitzelruten.“

„Die Hinrichtung war vollstreckt.“

„Und als der Zug abfuhr, luden wir den sauberen Burschen ein, bald wieder nach Brüssel zurückzukehren. Wir versprochen ihm ein feines Abschiedsgeld, ein kräftiges Programm auszuarbeiten, in welchem das Vertobaden (passage à tabac) und das Hosen-abziehen eine der größten Attraktionen bilden würde.“

So weit unser Genosse Guismans; wir glauben nicht zu viel zu erwarten, wenn wir uns die Hoffnung machen, mit Hilfe unserer belgischen Freunde auch noch Kenntnis zu erhalten von dem Wortlaut der Berichte, die dieser „Karl Wolff“ nach Berlin „an seinen Herrn Chef“ gefandt hat.

Für heute dürfte obiges genügen.

Die Revolution in Rußland.

Der 14. März 1881.

Der 14. März 1881, an dem Alexander II. seinen Tod gefunden hat, wird für immer eines der wichtigsten Daten in den Annalen der russischen Geschichte bleiben. Wohl sind wenige Herrscher aus dem Hause Romanow ihrem natürlichen Tod gestorben. Aber dies

*) Unser belgisches Organ unterdrückt in seinem Artikel den Namen Ludwig. Sollte es gar keine Rücksicht auf die Berliner Redebedeutung des Wortes sein? Wir dagegen setzen aus der uns mit-gefolgten Abschrift den Namen Lg. herbei.

geschah infolge innerlicher Verschwörungen am Jarenhofe, die durch den schmutzigsten Mord dem neuen Kaiser oder Kaiserin zum Throne des Vaters oder des Gatten verhelfen, an denen aber weitere Schicksale der Gesellschaft weder Anteil noch Interesse hatten, so daß sie fast ohne Bedeutung für die allgemeine Entwicklung Rußlands blieben. Demgegenüber erscheint das Ereignis des 14. März 1881 als der Ausdruck einer bedeutenden gesellschaftlichen Bewegung, die bei näherer Betrachtung, trotz ihres eigenartigen von den spezifischen russischen Verhältnissen geprägten Charakters, sich als eine Form der allgemeinen sozialen Bewegung der Neuzeit erweist. Es ist dies die Bewegung der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, die ihren Höhepunkt in der Partei „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) gefunden hat. — Oft wird die Narodnaja Wolja, dank der verleiherischen Presse der Bourgeoisie, die Schamlos ihre revolutionäre Vergangenheit verneint, als eine Bande blutiger Terroristen dargestellt, die nichts als Dynamit wissen wollten. Tatsächlich aber waren es die beispiellos grausamen Verfolgungen der russischen Regierung, die den Revolutionären ganz gegen ihren Willen und nach langen Widerstreben den terroristischen Kampf aufgezwungen hatten. In einem Lande, wo jedes freie Wort schonungslos verfolgt wird, wo das Volk in der Verwaltung nichts mitzureden hat, wo das Leben des einzelnen der Willkür einer korruptierten Bürokratie preisgegeben ist, da muß ja der soziale Kampf ganz anders ausfallen als in denjenigen Ländern, wo das Volk die gesetzlichen Mittel besitzt, die Gesetzgebung und Verwaltung zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Die russischen Revolutionäre, die sich anfangs der Aufklärung und Belehrung des Volkes und einer friedlichen Propaganda (sozialistischer Ideen hatten widmen wollen und zu diesem Zweck in großer Menge ihr väterliches Heim verlassen und mit den arbeitenden Klassen sich zu verschmelzen suchten, muhten auch sehr schnell, nachdem sie durch die Regierung den härtesten und geschwindigsten Verfolgungen preisgegeben wurden, jene traurige Erfahrung machen, daß solange die Selbstherrschaft fortbauert, keine gesetzliche und friedliche Tätigkeit möglich sei und daß die erste Vorbedingung einer sozialistischen Bewegung der politische Kampf gegen den Absolutismus und die Eroderung einer freiheitlichen demokratischen Verfassung sei. So ergibt es sich denn, daß der Terror nicht als das wesentlichste für die Narodnaja Wolja zu betrachten sei, sondern nur vorübergehenden Ursachen zuzuschreiben ist. Mögen diese Ursachen noch so mächtig die Taktik der Partei beeinflussen haben, so steht doch immerhin fest, daß sie eine sozialistische Partei war.

Die damaligen Kämpfer erlagen im ungleichen Kampfe. Aber gelang es auch dem Absolutismus, für einige Zeit seine Feinde niederzuschlagen und über Rußland die ärgste Reaktion zu verhängen, so war er doch ohnmächtig, die Idee der Freiheit zu vernichten. Diese Idee und die Forderung der Verurteilung einer konstituierenden Versammlung auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist nun wieder ausgelebt in der neuen Befreiungsbewegung, die des ganzen russischen Volkes sich bemächtigt hat.

Justizmord in Rinsk.

Die russische Regierung sieht im Begriff, einen neuen Justizmord zu begehen. Zwar war das handrechtliche Niederschlagen in den Liferprovinzen, Kasan und Sibirien auch nichts anderes als ein Mordjustizmord, doch lagen die Tatsachen so, daß man leider nur nachträglich protestieren konnte; diesmal spielt die Prozedur des Kriegsgerichts die Scheintrolche der Gerechtigkeit, und es gilt vorzugeben.

In der Zeitung „Ruh“ wird folgender Brief der politischen Gefangenen in Rinsk veröffentlicht:

„Am selben Tage, an dem man Ivan Pulichow und Alexandra Romanowitsch für das am Rinsker Gouverneur Kurkon verübte Attentat zum Tode durch den Strang verurteilte, wurde auch ein Todesurteil gegen einen gewissen Oshenkrug, der angeklagt wird, auf den Polizeimeister Korow eine Bombe geworfen zu haben, gefällt.“

Das war kein Justizirrtum, sondern ein Justizmord. Das Kriegsgericht hatte keinen Anhalt für die Aufrechterhaltung der Beschuldigung, aber hingegen genügende Beweise für die Unschuld des Angeklagten.

Gleich nach der Verkündung des Todesurteils erklärte die Angeklagte Romanowitsch, der Mann, der die Bombe auf den Polizeimeister geworfen habe, sei ihr bekannt und befände sich momentan auf freiem Fuß. Oshenkrug habe aber an dem Attentat keinen Anteil und gehört überhaupt keiner revolutionären Organisation an.

Die Erklärung wird von uns allen bestätigt, die wir Mitglieder verschiedener revolutionärer Organisationen sind.

Die ganze Anklage beruht auf einer Behauptung des Polizeimeisters, in dem Angeklagten den Attentäter wiedererkannt zu haben. Aber weshalb erklärte der Richter des Polizeimeisters, daß der Attentäter mit Oshenkrug absolut keine Ähnlichkeit hatte? Warum behauptete der Untersuchungsrichter, der doch alle Papiere in der Hand hatte, daß er Oshenkrug für unschuldig halte?

Alle diese Beweise bezweigen nur, daß die ganze Komödie des Kriegsgerichts nur pro forma abgehalten wurde.

Es folgen 148 Unterschriften.

Petersburg, 13. März. Gestern abend wurde im Schlüsselburger Stadtteil die Kasse eines Branntweinmonopols von bewaffneten Leuten beraubt, die unter Abfeuerung von Revolvergeschüssen mit ihrem Raube entkamen.

Petersburg, 13. März. Graf Witte beantragte in einer Denkschrift an den Zaren die vollständige Aufhebung der Todesstrafe. Im besonderen trat er für die Aufhebung des Todesurteils gegen den Leutnant Schmidt, den Führer des Aufstandes von Semotaw ein, was der Zar jedoch ablehnte. Die Schritte Wittes sind angeblich veranlaßt durch Justizmorde, die in der letzten Zeit bei dem beschleunigten Verfahren des Ständrechts mehrfach vorgekommen sein sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Kolonialpolitik — Eroberungspolitik.

Heute die 2. Beratung des Kolonialrats für die Deutsch-afrikanischen „Schutzgebiete“ im Reichstage begann, wurden die Etats: Allgemeiner Pensionsfonds, Reichsinvalidenfonds ohne Debatte erledigt und nur bei dem Etat des Reichsschatzamtbesitzer des Silberortels Kanitz, Kardorff, Arendt dem Schatzsekretär v. Stengel ein bimetallesisches Gefäß, das den Bankrott des Bimetallismus resp. seiner Verteidigung bestätigte. Den Herren Agrariern fehlt es an Silbergeld zur Auszahlung der Arbeitslöhne, darum plädierten sie für eine Mehrausgabe von Talern statt Fünfmärkstücken seitens der Reichskassen. Den Herren kann geholfen werden; aber ihren Arbeitern, die mit menschenunwürdigen Löhnen abgepeist werden, wird damit nicht im geringsten geholfen, wenn sie Taler statt Fünfmärkstücke — viel erhalten sie deren nicht — ausgezahlt bekommen. Mit der Silberpefulation der Bimetallisten ist es also zu Ende, sie wird heute als eine unbeachtliche Torheit betrachtet.

Dann wurde die Systemlosigkeit und die mörderischen Folgen der Kolonialpolitik in den deutsch-afrikanischen Kolonien unter das Seziermesser scharfer Kritik genommen. Der Abgeordnete Erzberger (3.) zählte eine Reihe von Kolonialgräueln auf, die sich würdig den zivilisatorischen Leistungen der Peters, Reist, Wehlan anreihen. Alle diese Dinge ließen, meinte der Redner, einen entsetzlichen Blick in das Innere der Kolonialverwaltung tun. Aber niemand läßt sich darüber täuschen, daß das Zentrum durch scharfe Kritik an empörenden Freveltaten unserer Kolonialpolitik die eigene Mitschuld an dieser Kolonialpolitik verdecken will. Genügte dem Abgeordneten Erzberger die Motive für den Kolonialetat nicht, warum griff er die Frage nicht tiefer auf, warum unterfuchte er nicht die Motive dieser Kolonialpolitik? Räte er das, dann müßte er bekennen, daß seine Partei diese Motive gutheißt, daß sie dieser Eroberungspolitik die Mittel bewilligt und wissen müßte, daß dem Länder- und Völkerraub Krieg und Aufstand, Raub und Mord folgen müßte.

Deshalb hat ja die Sozialdemokratie von Anbeginn dieser Kolonialpolitik feindlich gegenübergestanden; aus diesen Gründen muß ihre Kritik gegen die Kolonialverwaltung eine prinzipielle sein und tiefer greifen, als die der bürgerlichen Parteien. Darum traf heute Bebel mit seiner Kritik der deutschen Kolonialpolitik nicht nur die Regierung, sondern auch alle die, die den Kolonialetat bewilligen. Für unsere prinzipielle Bekämpfung der Kolonialpolitik zitierte er aus der Denkschrift des Gouverneurs, des Grafen Göben Ausspruch, daß die Kolonialpolitik Eroberungspolitik sei und koloniale Kriege zur Folge habe. Bebel schilderte aber auch die grausame Art, wie die berücktesten Kolonialisten die Eingeborenen zur Empörung treiben, nicht minder kennzeichnete er die Kriegsführung gegen die Aufständischen, wie die Gerichtsbarkeit und zieh den Reichstag der Aufhebung eigener Rechte, speziell des Budgetbewilligungsrechtes, wenn er immer wieder der Regierung für verfassungswidrig gemachte Ausgaben zu dieser Kolonialwirtschaft Indemnität erteile.

Geradezu hilflos stand der neue Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe diesen Anklagen gegenüber. Der Herr muß bei Antritt seines Amtes schauerliche Verhältnisse vorgefunden haben, sonst würde er in seiner sonst schätzenswerten Offenheit nicht so glattweg eigentlich alles bestätigen, was von der Opposition heute vorgebracht worden war. Auch er ist der Anschauung, daß Kolonialpolitik Eroberungspolitik ist, aber er steht nun einmal als Verteidiger dieser Politik da und darf nicht die Konsequenzen seiner Anschauung ziehen. Will er die Folgen dieser Politik mildern, so wird es hierzu zu spät sein, falls er die Kraft und die Fähigkeit hierzu besäße. Man hat heute bereits allgemein das Gefühl, daß er nur Platzhalter für einen kommenden Mann ist, der sich besser über die traurigen Zustände hinwegschwächen und die Kolonien als eine Perle im Ruhmeskranz der deutschen Politik dem „dummen Michel“ vorzuführen vermag. Nach dieser Bestätigungsrede des Kolonialdirektors für unsere Auffassung der Kolonialpolitik wurde die Beratung vertagt.

Morgen Schwerinntag. Initiativanträge der Freisinnigen usw. betr. Ausdehnung und Schutz des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Rehrans im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Beratung des Etats beendet. In seltener Einmütigkeit strich das Haus mit allen Stimmen gegen die des konservativen Abg. v. Staudy und des nationalliberalen Hospitanten v. Schubert die von der Regierung geforderte Gehaltserhöhung für Herrn Lucas. Der Chef des Geheimen Zivilkabinetts, der jetzt 20 000 Mark bekommt, hat nach Ansicht der Regierung eine pensionsfähige Zulage von 10 000 Mark verdient. Gewiß ist Herr Lucas im letzten Jahrzehnt sehr angestrengt gewesen, ungewöhnlich groß ist die Zahl der Minister, denen er die Einreichung ihres Abschiedsgesuches aus Krankheitsgründen nahe legen mußte, aber ihm deshalb gleich 10 000 Mark zuzulegen, das ist doch etwas zuviel. Sollte es sich nicht empfehlen, ihn für jeden in den Ortus beförderten Minister einzeln im Afford zu bezahlen? Uebrigens freue man sich über die Ablehnung der Summe nicht zu früh. Schon planen die Nationalliberalen für die dritte Lesung des Etats einen — Vermittlungsantrag.

Die noch ausstehenden Etats wurden fast debattelos bewilligt, der Etat der An siedelungskommission gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen, die darin eine Verfassungswidrigkeit erblickten. Auch das Etatsgesetz gelangte ohne Debatte zur Annahme.

Am Donnerstag beginnt die dritte Etatsberatung.

Vriand.

Paris, 11. März. (Fig. Ver.)

Kritische Vriand ist Minister in einem linksrepublikanischen Kabinett. Das ist kein europäisches und nicht einmal ein französisches Ereignis. Die in Erfüllung gegangenen Wünsche dieses eben so klugen wie willensstarken Ehrgeizigen haben mit den Ideen und Methoden des Sozialismus nichts zu schaffen. Der „fall Mitterand“ konnte in der ganzen Welt die Frage entzünden, ob das Proletariat im gewöhnlichen Verlauf oder doch unter außerordentlichen Umständen an der Regierung eines bürgerlichen Staatswesens teilnehmen dürfe. Die Mehrheiten der sozialistischen Parteien haben seither die Frage verneinend beantwortet, der Amsterdamer Kongress hat diese Entscheidung bestätigt. Diesmal fehlen auch die ungewöhnlichen Verhältnisse, um dementsprechend die Anhänger des Ministerialismus seinerzeit den Eintritt Mitterands in das Kabinett Waldeck-Rousseau gebilligt haben. Der Bestand der Republik ist nicht in Frage gestellt, und die radikalen Parteien können sich bei der Durchführung der Trennungsgesetze, der einzigen wichtigen

politischen Frage der nächsten Zukunft, mit der sicheren Unterstützung der Sozialisten begnügen. Die Erledigung des Budgets, die außerdem noch aussteht, ist wohl keine Aufgabe, die dem eifrigsten Anhänger des Ministerialismus als zureichender Grund erscheinen könnte. Im übrigen ist das neue Ministerium doch so offenbar ein Geschöpf der Not und Verlegenheit, daß niemand ihm im Ernst ein durchgreifendes soziales Reformprogramm zutrauen wird. Nur der in ihrer Regierungstreue unverrückten „Partie Républicaine“ zaudert der noch fortdauernde Vorteseufelhandel ein rosiges Zukunftsbild vor, in dem auch die Verleihung der Rechte der Arbeiter und der „Unentworfener“ eine Rolle spielt, worunter man wohl im besonderen Falle das den Gewerkschaftsinteressen so sehr widerstrebende Mitterandische Schiedsgerichtsgesetz verstehen soll.

Man nimmt Vriand ins Ministerium als Ausdruck und Vertreter der gesellschaftlichen Macht, die das Proletariat schon gewonnen hat, und man nimmt ihn nicht einmal als eine Persönlichkeit des Sozialismus. Das Ministerium, das manche bürgerliche Kreise zuerst gegenüber Herrn Mitterand erfüllte, die prinzipiellen Bedenken gegen die sozusagen gesellschaftliche Anerkennung des Sozialismus fehlen diesmal. Die Radikalen rufen nach Vriand, weil sie sich von seiner Intelligenz viel versprechen, ferner auch, um die Verantwortung teilweise von sich abzuwälzen, und schließlich ein wenig in der Hoffnung auf die Vorteile, die ihnen eine durch Vriands Minister-schaft verursachte Verwirrung und Spaltung der Sozialisten just vor den Wahlen bringen könnte. In dieser Hinsicht täuschen sie sich allerdings vollständig. Außer in der Loire-Präparation, deren Abgeordnete Lugo und Charpentier bisher mit Vriand durch die und hienum gegangen sind, ist die Genehmigung über die er-rungene Einigkeit und das Fieber des gegen die gesamten Bourgeoispartei eröffneten Wahlkampfes zu stark, als daß die Partei einen Abbruch zu bestreiten hätte.

Was nun Vriand bewogen hat, nach dem dargebotenen Vorteseufel zu greifen, ist der in der Bourgeoisdemokratie so stark wirksame unbedingte Trieb zur persönlichen Macht. Im Speichbürgersland Frankreich ist alles aufs Praktische, unmittelbar Nützliche gestellt. Der Deutsche glaubt an keinen Gott, weil er ihn nicht denkbar erachtet, der Franzose, weil er ihn nicht sehen, hören und greifen kann. Der gesunde Wirklichkeitsinn dieses Volkes artet leicht in den schiefsten Philister-Egoismus aus, dessen Argumente man sogar unter dem Vorkraus des Marxismus und „Antipatriotismus“ wiederfinden kann. Je schwächer die Gemeinheits-entwidelung ist, desto stärker begehrt der Einzelne „Résultate“. — Der junge Rechtsanwalt und Journalist Vriand hat nie etwas anderes im Auge gehabt. Vorstand, Energie, Rednerbegabung waren ihm in seltener Bereinigung gegeben. Eine allgemeine Geistesbildung und ein tieferes Wissen hat er nicht angestrebt. Er hat politische Projekte, denen er einen leidenschaftlichen Advokaten-eifer widmet, nicht politische Ideen. Vom Sozialismus, der er innerhalb weniger Jahre in seinen verschiedensten Auffassungen vertreten hat, weiß er wohl weniger als ein halbwegs routinierter französischer Gewerkschaftler. Aber sein Demagogentum hat er mit einer beinahe ver-söhnlichen Raivetät ausgeübt. Man darf ihm zutrauen, daß er die Leute, die an seinem Eintritt ins Ministerium etwas auszufehen haben, wirklich nicht begreift. Als er seinen Aufstieg begann, stand er in der nächsten Nähe der Anarchisten. Den Generalstreik, verbunden mit dem Armeestreik, hat er noch lange als die entscheidende Waffe des Proletariats angepriesen (das nationalsozialistische „Evo de Paris“ ist so boshaft, ihn heute mit einigen kräftigen Zitaten aus einer seiner Vorträge zu begrüßen), während er schon innerhalb der sozialistischen Partei bis an die äußerste Rechte glitt. Mit den alten Kameraden mit der „direkten Aktion“ verbindet ihn noch heute freundschaftliche Beziehungen; denn ein herzhaftes Naturburschentum hält ihn von lächerlicher Parvenütheit entfernt. Er ist nicht treulos im moralischen Sinn, aber ein Mensch, dem der Begriff der Disziplin unverständlich ist. Der Klassenkampf mag ihm als eine von unruhigen Theoretikern ausgehende Abstraktion erscheinen. Man bringt sich hinauf, wenn es anders nicht geht, gruppenweise, besser aber einzeln. Das ist der ganze Sinn des Lebens. Aber Tüchtiges muß man leisten, anders bringt man nichts zuwege. Im vermeintlichen Frankreich sind solche niederen Panikler des eigenen Glücks die Sieger: Die Masse der Doumer, Mitterand, Vriand. Das praktische Genie Vriands hat im Geise über die Kirchentrennung ein juristisches und politisches Meisterwerk geschaffen. Der Entwurf Pressensés war eine originale, aus der Idee der weltlichen Gesellschaft heraus gestaltete Schöpfung. Die Arbeit Vriands war ihr kluger Ausgleich mit den Sozialisten, Vorgesetzten und Gewohnheiten.

Vriand ist also kein Verräter, denn er halte nichts zu verraten. Man darf ihm selbst die Illusion zutrauen, daß er redlich und sogar pflichtgetreu zu handeln glaubt. Die Radikalen sagen ihm: Du hast das Trennungsgesetz gemacht, also mußt Du es auch vertreten und durchführen. Das mag ihm zwingend erscheinen. Daß es eine Parteipflicht geben soll, die persönliche Entfaltungen fordert, kommt ihm sicher wie eine Kunde vor. Wenn er vielleicht bei seinem Schritt ein gewisses Mißbehagen empfindet, so wohl nur darum, weil ihm die Trennung von den Kameraden leid tut und weil er ihre Bestrebungen ungerne schädigt. Daß er dem bürgerlichen Klassenstaat dienen soll, ohne die sozialistischen Ziele zu fördern, das empfindet er schwerlich. Von verrätern wohl, er habe die Erfüllung einiger Wünsche der Arbeiterklasse als Bedingung seines Eintritts aufgestellt: die Anerkennung der Gewerkschaftsrechte der staatlichen Angestellten — wozu allerdings die Tatsache, daß Barthou, der entschiedenste Gegner dieser Rechte, als neuer Minister der öffentlichen Arbeiten und des Post- und Telegraphenwesens genannt wird, in einem merkwürdigen Gegenfall steht — ferner die Einstellung der Verfolgung der Antimilitaristen, vielleicht auch die Annahme der Verurteilung des Prozesses vom Dezember. Das sind sehr berechnete Forderungen. Aber auch wenn man von der einen Frage absteht: ob sie nicht — zum Teil wenigstens — ohne den Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium hätte durchgeführt werden können, so bleibt die andere doch bestehen, ob sie den üblen Eindruck aufwiegen, den dieser neue Abfall eines sozialistischen Parlamentariers auf die Seele des Proletariats aben mag. Wobei der laum erfreuliche Humor nicht zu übersehen ist, daß den antiparlamentarischen Gewerkschaftlern die doppelte Freude beschieden ist, ihre gerechtfertigten Wünsche von ihrem alten Freunde auf die für die politische Aktion des Proletariats konpromittierendste Art erfüllt zu sehen.

Zwischen der sozialistischen Partei selbst hat Vriands Schritt eine einmütige Verurteilung gefunden. Es ist begreiflich, daß sich manche seiner alten Kameraden an die Hoffnung einer Ablehnung in letzter Stunde anklammerten oder ihm selbst einen „salutären Abschied“ zubilligen mochten. Daß aber darüber vollständige Einstimmigkeit herrschte, daß die Beschlüsse der nationalen und internationalen Kongresse bindend seien und daß schließlich von der Gesamtheit des Nationalrates die Formel gefunden wurde, die Vriands Loslösung von der Partei feststellt, das war eine bedeutungsvolle Probe des Einigungsbewußtseins der Partei.

Man darf nun dem Birken Vriands mit Ruhe entgegensehen. Vielleicht wird er ein tüchtiger und tatkräftiger Minister der Demokratie sein. Um so besser für ihn. Die Partei hat ein sehr bedeutendes Talent weniger, das sozialistische Proletariat aber hat keinen Genossen verloren. Die Partei war für ihn eine notwendige Staffel seines Aufstiegs. Sie braucht es ihm nicht nachzutragen. Denn sein Scheiden ist das Ende, nicht der Anfang einer Verwirrung.

Paris, 13. März. (W. I. B.) Das Kabinett ist nunmehr folgendermaßen gebildet:

Sarrien Präsidium und Justiz. Clémenceau Inneres (mit Sarrouit als Unterstaatssekretär. Bourgeois Aeußeres. Etienne Krieg. Thomson Marine. Vriand Kultus und Unterricht. Doumergue Handel. Barthou öffentliche Arbeiten. Ruan Ackerbau. Poincaré Finanzen. Lengues Kolonien. Dujardin Beaumes Unterstaatssekretär für die schönen Künste. Gerard Unterstaatssekretär für die Post.

Das Kabinett wird sich morgen der Kammer vorstellen. —

Deutsches Reich.

Das Fiasko der An siedelungspolitik.

Die Reife des deutschen Patriotismus ist bekanntlich die brutale Unterdrückung fremdsprachlicher Volkstämme. Statt diese fremden Nationalitäten durch kulturelle Geschenke für das Reich zu gewinnen, versucht man, ihnen durch den Polzeibüffel Anhänglichkeit an die Nation der Eroberer einzubläuen. Kamentlich die polnische Bevölkerung in unserer „Ostmark“ hat seit jeher unter dem preußischen Vieserwerben etwas anzusehen gehabt. Das natürliche Resultat dieser Vergewaltigungspolitik ist die wachsende Erbitterung der polnischen Elemente und ihr um so zäheres Festhalten an den nationalen Eigentümlichkeiten gewesen. Dabei vermehrten sich die polnischen „Kantinen“ von zwei Millionen im Jahre 1850 auf gegenwärtig mehr als drei Millionen. So verfiel man denn auf die gemalte Idee, die Polen anzulocken und deutsche Bauern an ihrer Stelle anzusiedeln. Diese An siedelungspolitik hatte den Vorzug, nicht nur deutsche Bauern anzusiedeln, sondern auch verschuldeten preußischen Junkern ihre Güter zu horrenden Preisen abnehmen zu können. Und dies letztere Ziel ist denn auch in ausgiebigster Weise erreicht worden!

Nach der Denkschrift der An siedelungskommission für das Jahr 1905 sind in den zwanzig Jahren An siedelungspolitik bis zum Dezember 1905 370 Millionen für Güterankäufe ausgegeben worden. Die Gesamteinnahmen betragen 86 Millionen, so daß die reinen Ausgaben 284 Millionen betragen! Dafür sind nun Güter angekauft worden aus polnischer Hand mit einer Fläche von 101 810 Hektar, aus deutscher Hand mit einer Fläche von 194 513 Hektar, also zwei Drittel aller angekauften Güter stammten aus deutscher Hand! Eine famose Art der Bekämpfung des Polentums! Dabei würde die Situation für die Germanisierungspolitik noch viel schlechter werden, wenn die Denkschrift auch Angaben machte über die Anzahl der Güter, die umgekehrt aus deutscher Hand in die der Polen übergegangen sind!

Die Denkschrift führt lebhaft Klage darüber, daß die deutschen Befitzer bei ihren Verkaufsangeboten stets den Druck ausübten, zu drohen, daß sie den Verkauf mit polnischen Käufern abschließen würden, falls nicht die An siedelungskommission sofort zugreife. Und unter diesem „Druck“ sieht sich denn die Regierung zur Gewährung immer höherer Preise gezwungen. Im Jahre 1886 zahlte sie für den Hektar durchschnittlich 568 M., im Jahre 1896 648 M., 1898 760 M., 1899 818 M., 1902 867 M., während sie 1904 gar 1025 und 1905 1184 M. pro Hektar zahlte! Die ausgekauften preußischen Junker haben also ein Bombengeschäft gemacht! Der germanisatorische Effekt dieser Verschleuderung von Hunderten von Millionen ist aber gleich Null geblieben! —

„Borussia.“

Die Interpellation unserer Fraktion über das „Borussia“-Unglück hat anscheinend gewirkt. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft hat an die Redaktion der „Vergarbeiter-Zeitung“ die Anfrage gerichtet, ob sie gewillt sei, in der Sache als Zeuge aufzutreten unter Vorlegung des gesamten Materials. Natürlich wurde sofort zustimmend geantwortet, und wurde daraufhin die Vernehmung bereits auf heute — den 13. März — angelegt. Die Fälle des Materials, das die „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte, konnte, wird nun wohl das gerichtliche Verfahren in ein schnelleres Tempo bringen und damit die Ursachen des großen Unglücks an das Licht der Öffentlichkeit ziehen.

Die Angelegenheit hat aber auch noch eine andere, politische Bedeutung. Minister Delbrück, der seine Aufgaben als Handelsminister wohl nach dem Bekenntnis eines seiner Kollegen auffaßt, der da erklärte: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“, gab im Abgeordnetenhaus in Beantwortung der Interpellation eine für die Verwaltung sehr günstige Darstellung von den Verhältnissen. Es wurde der Anschein erweckt, der Minister stütze seine Behauptung auf gerichtlichem Material. In dieser Annahme ist die Öffentlichkeit indes getäuscht worden. Nicht amtliches Material, sondern private Mitteilungen, die von den an der Sache sehr interessierten Grubenbeamten geliefert wurden, hat der Minister im Abgeordnetenhaus vorgebracht! —

Übermals §§ 130 und 110.

Am roten Sonntag verbreitete der Fabrikarbeiter Franz Junker aus Düsseldorf daselbst auf öffentlicher Straße anarchisierende Flugblätter. Er wurde wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und wegen Aufreizung zum Angehörig gegen die bestehenden Gesetze unter Anklage gestellt. Das Flugblatt enthielt neben den alten anarchisierenden Phrasen hauptsächlich die bekannten Schimpfereien gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften.

Der Angeklagte machte den Eindruck eines durchaus harmlosen und unklaren Mannes. Er vermochte nicht darzulegen, welche Ziele er anstrebte. Er meinte, das werde das Gericht schon selbst wissen. Das Urteil lautete auf — acht Monate Gefängnis. Der Angeklagte erklärte, diese sogleich antreten zu wollen. Interessant war die Begründung, weshalb denn in dem Flugblatt etwas Strafbares liege und solch' ungeheurer hohe Strafe nach sich ziehe. Der Vorsitzende führte aus, daß durch die Verbreitung eines solchen Flugblattes der öffentliche Frieden gefährdet worden sei. Wenn das Flugblatt auch gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei, so gebe es unter diesen doch noch Leute, die sich beunruhigt gefühlt haben.

Der Vorsitzende und die anderen Düsseldorf Gerichter bezogen durch diese schlammige Begründung, wie unbekannt sie mit den Ansichten und Gefühlen von Sozialdemokraten sind. Die Sozialdemokraten müssen es dankend ablehnen, sich durch irgendwen beunruhigt zu fühlen und protestieren energisch dagegen, daß ihnen die bürgerliche Zucht der Furcht und des Schreckens unterstellt wird, um ein unrichtiges Urteil zu begründen. —

Militärjustiz.

Rüthen, 10. März. (Fig. Ver.) Bekanntlich wurde vor einiger Zeit vom Kriegsgericht der I. bayerischen Division (s. Nr. 21 des „Vorwärts“) der 28 Jahre alte Sergeant der 5. Batterie des 1. Feld-Artillerie-Regiments Johann Kopp (von Profession Schmied aus Speyer, wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu der auffallend niedrigen Strafe von 21 Tagen Mittelarrest verurteilt. Beim Ein-ezertieren der jungen Mannschaft gab der Sergeant dem Kanonier Friedinger den Befehl, den hinter ihm stehenden Rekruten Wille, der eine Übung schlecht machte, ins Gesicht zu hauen. Wille befolgte den Befehl erst dann, als er von dem Sergeant zum zweiten Male und in energischem Tone aufgefordert wurde. Gegen dieses Urteil ergriff der Gerichtsberr, Prinz Rupprecht von Bayern, Berufung an das Oberkriegsgericht des I. Armeekorps, weil nicht auf eine höhere Strafe erkannt wurde; ebenso der Sergeant, weil ihm die Strafe zu hoch schien. Wie in der ersten Instanz wurde auch diesmal auf Antrag des Verteidigers Oberleutnant Freiherr von Sagem wegen Gefährdung militärischer Interessen die Öffentlichkeit während

der ganzen Dauer der Verhandlung aufgeschlossen. Der Herr Sergeant fand beim Oberkriegsgericht für seine Gemeinheit noch mildere Richter als beim Kriegsgericht, denn die Berufung des Gerichtsherrn wurde verworfen, der des Angeklagten dagegen stattgegeben und die Strafe auf 14 Tage Mittelarrest herabgesetzt!

Das Oberkriegsgericht kam zu der Anschauung, daß Sergeant Koppe den Soldaten Friedinger nicht vorsätzlich (trotzdem er zweimal den Befehl dazu gab), sondern nur infolge seines erregten Zustandes und seiner starken dienstlichen Inanspruchnahme zu dieser Verleumdung Willens bestimmt habe.

Berminderung der Ostasiatischen Besatzungsbrigade.

Offiziös wird gemeldet:

„Im Verfolg der im Oktober v. J. durch den Kaiser angeregten Zurückziehung der internationalen Besatzungstruppen aus der Provinz Tschili in China ist nunmehr die Zurückführung der Ostasiatischen Besatzungsbrigade unter Verlassung eines Detachements in Tschili nach Deutschland beschlossen worden.

Dieses in Ostasien vorläufig verbleibende Detachement — rund 28 Offiziere, 6 Sanitätsbeamte, 9 Beamte und 700 Mannschaften — besteht aus der Gefandtschafts-Wachmannschaft in Peking in ihrer bisherigen Stärke, d. h. 1 Bataillon zu 2 Kompanien mit einem Zug Artillerie, und aus einer in Tientsin stationierten Reserve. Diese Reserve gliedert sich in: Kommando mit Verwaltungsbehörden und Lazarett, 2 Infanterie-Kompanien, davon 1 beritten. Außerdem ist jeder dieser Kompanien ein Zug Maschinengewehre zugeteilt.

Alle übrigen Offiziere, Sanitätsbeamte, Beamten und Mannschaften, zusammen etwa 1000 Köpfe, werden Ende April 1906 in Tientsin-Langta bezw. Sjang-Lingta eingeschifft und treffen voraussichtlich in den ersten Tagen des Juni in Bremerhaven ein.

Wir haben schon längst darauf hingewiesen, daß die Besatzungsbrigade schon längst hätte zurückgezogen werden können. Auch scheint es uns sehr fraglich, ob die sog. Gefandtschaftswachen notwendig sind. Die Reorganisation der chinesischen Truppen hat derartige Fortschritte gemacht, daß sie mehr als ausreichend wären gegen einen neuen Vorkaufstand; sollten aber die Truppen sich an dem Kaufstande beteiligen, so wären die Gefandtschaftswachen viel zu schwach. Die Anwesenheit fremder Truppen in der chinesischen Residenz kann schließlich nur aufreizend wirken.

Starke Erregung hat sich der Bevölkerung an der holländischen Grenze bemächtigt; seit Inkrafttreten der Handelsverträge dürfen nämlich nicht mehr die kleinen Quantitäten Lebensmittel zollfrei über die Grenze gebracht werden. Mit diesem „Segen“ der Handelspolitik sind auch die katholischen Arbeiter nicht einverstanden. Sie verlangen ganz energisch eine Aenderung. Der katholische Arbeiterverein in Emmenich beschloß einstimmig, eine Petition an den Reichstagsabgeordneten Amisgerichterat Frigen in Berlin, den Vertreter des Wahlkreises Mors-Rees, zu senden. Der Abgeordnete wird darin aufgefordert, unverzüglich Schritte zu tun, daß die bis zum 1. März im Grenzverkehr gewährten Freimengen an Fleisch und Mühlenprodukten auch weiter zollfrei eingeführt werden dürfen.

Antikonfessionelle Studentebewegung.

Von den Unterzeichnern des bekannten antikonfessionellen Studentenaufzuges, über den wir vor einigen Wochen berichteten, erhalten wir folgende Zuschrift:

Unser Aufruf hat, wie zu erwarten, die denkbar verschiedenste Beurteilung gefunden bei Professoren und Studenten und weiterhin in der Öffentlichkeit, als deren Repräsentant die Presse der verschiedensten Richtungen angesehen ist. Im großen ganzen rechtfertigten unsere Kommissionen das im Aufrufe über sie gefällte Urteil; soweit sie nicht ängstlich sich überhaupt zurückhielten, oder gar nach der Polizei riefen, wie das in München geschah, blieben sie uns gegenüber indifferent. Einzelne „Australien“-Landen und bezeichnenderweise anonyme Expektorationen. Seinen Hauptzweck aber, die Verbindung mit den weiterblickenden Kommissionen, hat der Aufruf erfüllt und gleichermaßen ist uns jetzt auch bestätigt, daß der überwiegende Teil der Studierenden innerlich sich frei fühlt, also im Grunde schon überkonfessionell ist. Denn im Ernste konnten vernünftige Leute doch wohl nicht von uns annehmen, daß wir auf einen Massenaustritt der Akademiker aus ihren respektiven Konfessionen hoffen.

Mit dem Erfolg sind wir durchaus zufrieden, weil er uns nun die Möglichkeit politischer Arbeit gewährt, zufrieden um so mehr als es fast ausschließlich gerade ältere Kommissionen sind, die sich an uns wandten. Und wir hoffen, daß alle Dunkelmänner über unser Arbeits- und Kulturprogramm und dessen verbindlichste Maßnahme Blamfähigkeit sich noch mehr wundern — oder erschrecken? — werden als über unseren Aufruf, dessen Radikalismus auf sie gewirkt hat wie das rote Tuch auf den Stier.

Die Professorenschaft zeigte sich, soweit sie nach Äußerungen in den Hörsälen nicht offensichtlich sich gedregt oder entzweit hat oder mit seltsamen Wohlwollen und Verständnis den guten und ehrlichen Kern unseres Aufrufs anerkannte, von einer beweiswürdigen „Objektivität“, und hätten nicht einige jüngere Dozenten und Gelehrten, so dürften wir getrost konstatieren, daß die deutschen Universitätslehrer ein Interesse für die inneren Angelegenheiten ihrer Hörer und weiterhin des gesamten Volkes verloren haben oder ablehnen. Denn die einzige Zuschrift, die wir von einem älteren Professor erhielten, kam uns aus dem Auslande, und zwar von keinem Geringeren als August Forel. Der berühmte Gelehrte fandte uns nachfolgendes Schreiben, das am besten die eben berührte Situation charakterisiert und das auf unsere Bitte der hochverehrte Lehrer zu veröffentlichen gestattet hat. Es lautet:

Sehr geehrter Herr!

Ich begrüße Ihren mutigen Aufruf! Das ist nämlich! Mögen Sie Wiederhall überall finden und nicht zu viele Verfolgungen zu erleiden haben. Ich kann Ihnen sagen, daß ich niemals einer Kirche angehört habe, indem ich die ref. Konfirmation verweigerte; das gleiche gilt von meinem älteren Sohne, stand, mod. in Zürich. Nichtsdestoweniger erfuhr ich, während ich Professor der Psychiatrie und Direktor der Irrenanstalt in Zürich war, daß ich der sogenannten reformierten Landeskirche zugeweiht worden sei, weil ich nicht ausdrücklich meinen Austritt erklärt hatte.“ Daraufhin erklärte ich sofort „meinen Austritt aus einer Kirche, in die ich nie eingetreten sei und der ich nie angehört habe.“

Ich habe dieses ausdrücklich und ungefähre (soweit ich mich erinnere) wörtlich in dieser Form getan, um den staatlichen Kirchensherren klar zu machen, was sie für ein graufiges Spiel mit dem Gewissen und der Ehre der Bürger treiben. Ich erhielt darauf meine Entlassung, mit einigen bißigen Vermerktungen, die mich sehr anstießen. Der staatliche und kirchliche Glaubenswahn ist ein Anarchismus und eine Schmach für das 20. Jahrhundert. Die akademische Jugend hat in der Tat hier eine hohe Mission zu erfüllen, denn die Alten sind bereits zu sehr verpöbeln und fürchten für Einkommen und Stellung. Ich werde Ihren Aufruf in unserem Sanitarium Blatt „La Libre Pensée“ übersehen lassen. Es ist eine Schmach, daß in Primarschulen und Gymnasien religiöse Glaubenswörter den Kindern aufgezwungen werden, die in der Hochschule für Unwissen und Unmündigkeit bezeichnet werden müssen: durch diesen Zwiespalt schändet sich der Staat selbst.

Es ist eine Schmach, daß noch abhängigen Jünglingen und Mädchen von 16 Jahren (bei Katholiken gar von 12 Jahren) scharenweise bei der Konfirmation ein Glaubensschwur abgezwungen wird, den die meisten und die besten bald darauf zu verleugnen gezwungen sind. Verzeihen Sie — aber wessen Herz voll ist, dem läuft der Mund über.

Nochmals meine volle Sympathie und Zustimmung zu Ihrem Kampf.

Ihr Kampfgenosse

Dr. A. Forel, vormal. Professor in Zürich.

Ausland.

Frankreich.

Die Ausschließung Briands.

Paris, 12. März. (Fig. Per.)

Der Nationalrat der sozialistischen Partei, der gestern versammelt war, hätte ein wenig würdevolles Winkelspiel aufgeführt, hätte er die Frage des Eintritts Briands ins Ministerium, die in aller Munde war und in allen Zeitungen verhandelt wurde, einfach ignoriert. Es herrschte auch keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Partei einen neuen Fall Millerand nicht dulden dürfe. Nur die Form, in der man die Konsequenzen von Briands Schritt ziehen sollte, wurde Gegenstand einer längeren Debatte. Guesde und Vaillant vertraten den Standpunkt, daß sich — zufolge den Verhältnissen der internationalen und nationalen Sozialistenkongresse — Briand selbst schon durch die bloße Tatsache seiner Verhandlungen mit Sarrrien selber ausgeschlossen habe. Jaurès, dem der Abstieg vom alten Freunde schließlich schwer fiel, bemühte sich, ihm eine Gegenfrist zu erwirken: Er trat dafür ein, zu warten, bis Briand den Eintritt ins Ministerium wirklich vollzogen habe. Allemaire, Longuet u. a. beantragten: Briand, der sein Mandat für die Loire-Föderation einem anderen Genossen übertragen hatte, vorzuladen, Révelin berief sich auf das Parteistatut, das voreerst die Entscheidung der Föderation verlange. Die Versammlung wollte aber keine Vertagung, die jetzt — vor den Wahlen — nur eine neue Konfusion in der Partei herbeigeführt hätte. Gegen Jaurès' Antrag sprach insbesondere auch der Umstand, daß Briand, wie man erfahren hatte, plante, nach der Annahme des Parteisekretärs der Partei seinen Austritt anzukündigen! Er hätte so die Ausschließung umgangen; denn diese kann man doch an einem Ausgetretenen nicht vornehmen. Zum Schluß wurde einstimmig der Antrag angenommen, der — ohne den Namen Briand zu nennen — folgenden Grundgedanken ausspricht:

„Angesichts der Behauptungen der Presse, daß ein Sozialist berufen worden sei, am nächsten Ministerium teilzunehmen, erinnern der Nationalrat daran, daß durch die bloße Tatsache, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen oder über die Teilnahme daran zu verhandeln, sich dieser Sozialist selbst außerhalb der Partei stellt.“

Damit ist Briands Ausschließung natürlich vollzogen. Sein Name wurde in der Resolution nicht genannt, da eine authentische Befestigung der Zeitungsmeldungen fehlte.

In der „Humanité“ schreibt Jaurès heute: „Warum mußte sich Briand, um seine Regierungstage und seine Kraft zur unmittelbaren Aktion auszuüben, von der großen sozialistischen Partei trennen, die allein in ihrer Lehre und in ihrem Gedanken die ganze Zukunft des Proletariats trägt? Man kann über die Methoden des organisierten Proletariats in diesem und jenem Punkte seiner Entwicklung streiten, aber man muß stets dabei in Festes- und Herzengemeinschaft mit ihm bleiben, wenn man auf seinen Marsch einwirken will. Briand wußte wohl, daß er sich durch seinen Eintritt ins Ministerium in absoluten Widerspruch mit den Erklärungen und Entscheidungen der sozialistischen Partei und mit dem Einigkeitsspatz setzte, der ihr als Grundlage dient. Er hatte seinen Freunden, seinen Parteigenossen, gesagt, daß er, um der Partei keine Schwierigkeiten zu bereiten und keine neuen Streitfragen hervorzurufen, seinen Austritt aus der Partei erklären wolle, bevor er ins Ministerium eintreten werde. Ich habe gestern im Nationalrat inständig darum gebeten, sich an diese Prozedur zu halten. Der Nationalrat hat es vorgezogen, die Initiative zu ergreifen mit einem Beschluß, der an den Massenscharakter der Partei erinnert. ... Nach al' dem ist es besser, daß der Nationalrat einen klaren Beschluß gefaßt hat, der eine sichere Situation schafft und eine Erneuerung der Streitigkeiten und Konflikte nicht zuläßt, die solange anlässlich des Falles Millerand die Partei erschöpft haben.“

Schweden.

Der Wahlrechtsvorschlag der Sozialdemokraten.

Am Mittwoch, den 7. März, hat Genosse Dranting in der Zweiten Kammer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen Vorschlag zur Wahlrechtsreform eingebracht, der seinem Inhalte nach den von unseren schwedischen Parteigenossen in den Jahren 1904 und 1905 eingebrachten Vorschlägen entspricht. Die Situation hat sich jedoch seitdem insofern geändert, als unsere Genossen jetzt im wesentlichen dem Wahlrechtsvorschlag der Regierung zustimmen können und nur einige Verbesserungen verlangen, die allerdings wichtig genug sind. Zunächst schlagen sie vor, daß das Wahlrechtsalter wie bei dem jetzt geltenden Wahlrecht mit dem vollendeten 21. Lebensjahre beginne und nicht, wie die Regierung vorschlägt, erst nach dem 24.; ferner daß Armenkinder nicht als Grund der Wahlrechtsentziehung gelten sollen, wenn es sich um vorübergehende, durch Krankheit oder unverschuldete Arbeitslosigkeit notwendig gewordene Unterstützung handelt. Die wichtigste Aenderung, die unsere Genossen vorschlagen, ist jedoch die, daß das Wahlrecht weder von der Erfüllung der staatlichen noch der kommunalen Steuerpflichten abhängig gemacht werde. Außerdem erklären sie es für überflüssig, daß die Erfüllung der Verbindlichkeit als Bedingung des Wahlrechts aufgeführt wird, da ja der Staat sowieso die Mittel genug besitzt, Verletzungen jener Pflicht zu verhindern oder zu ahnden. Schließlich verlangen sie die Aufhebung des „Wohnortzwanges“, nämlich der Bestimmung, daß man nur in dem Kreise oder, bei größeren Städten, in der Stadt zum Abgeordneten gewählt werden kann, wo man seinen Wohnort hat.

Diese Abänderungsvorschläge sind außer von den 13 Sozialdemokraten noch von 4 Radikalen unterzeichnet. Der Anstoß der Radikalen wäre wohl stärker gewesen, wenn man auf dieser Seite nicht beabsichtigte, besondere Vorschläge einzubringen, die sich auch auf das Frauenwahlrecht erstrecken sollten. Es ist nur zu wahrscheinlich, daß die reaktionärsten Elemente in den beiden Kammern, die bisher sogar jede Untersuchung über die Zweckmäßigkeit des Frauenwahlrechts ablehnten, sich nun plötzlich dafür erwidern: vielmehr ein Damenwahlrecht in die Wahlrechtsreform einzuschmuggeln, auf jeden Fall aber den Druck unter den Freunden des allgemeinen Wahlrechts dazu auszuüben, die ganze Reform soviel wie möglich hinauszuschieben. In der Ersten Kammer hat ja der Abgeordnete Vihander, wie wir bereits mitteilten, schon eine Handhabe dazu geboten.

Amerika.

Roosevelt gratuliert zu der Wenschenhändlererei. Dem General Wood auf den Philippinen sendete Präsident Roosevelt ein Glückwunschtelegramm zu der „glänzenden Waffentat“ gegen die Moros. Weiteren Bericht aus Manila zufolge betrug die Zahl der getöteten und verwundeten Moros über 900, darunter Frauen und Kinder. Es heißt in den Berichten, daß so viele Frauen und Kinder sich um die aufständischen Krieger drängten, daß es unmöglich gewesen wäre, erst lange zu unterscheiden, wen man traf! — Besonders brutal — „tölpel“ heißt es — sollen die Marinetruppen, die sich in den Kampf mischten, vorgegangen sein. Im Marinereport man, schreibt der „New York Herald“, mit Stolz von den Waffentaten der Seesoldaten Kenntnis genommen. — Moros sind der einzige Stamm, den die Amerikaner bisher nicht zur völligen Unterwerfung zwingen konnten; sie leben nicht an den Küsten, wie die meisten übrigen Stämme, sondern im Innern der Inseln, an oft unzugänglichen Stellen, wofür die Amerikaner ihnen nicht folgen konnten, sie besitzen einen starken Unabhängigkeitssinn und bekämpfen die Amerikaner als Eindringlinge. Die jüngste Niederlage ist eine der Schwerksten, die sie bisher erlitten haben.

Gewerkchaftliches.

Die „guten Sitten“ der Kühnemänner vor Gericht.

Bekanntlich betätigen die Kühnemänner ihre „hochherzige Arbeiterfürsorge“ besonders darin, daß sie „misliebige“ Arbeiter auf ihrem Arbeitsnachweis sperren und sie dadurch auf willkürlich bemessene Zeit hinaus arbeitslos machen. Jahrelang haben die Berliner Metallindustriellen in der ungenügendsten Weise dieses gemeingefährliche Treiben ausgeübt, ohne daß es gelungen wäre, ihrer Sperrwut Einhalt zu tun. Erst nachdem das Reichsgericht im vorigen Jahre in einem arundfälligen Urteil den solchergestalt gemäßigten Arbeitern einen Schadenersatzanspruch gegen die sperrwütigen Arbeitgeber zuerkannt hat, scheint jetzt ein Mittel gegeben, den Kühnemännern auf diesem Gebiete wirksam zu Leide zu gehen. Wir haben seinerzeit über die Beurteilungen der Firma Meyling u. Thomas und O. Gerberg berichtet, gegen welche die Metallarbeiter Steinland und Leiser erfolgreich die Schadenersatzklage angestrengt hatten, weil sie auf Veranlassung dieser Firmen auf dem Arbeitsnachweis der Kühnemänner gesperrt worden waren und infolgedessen trotz aller Bemühungen lange Zeit hindurch keine Arbeit zu erhalten vermochten. Jetzt liegt wieder eine solche Beurteilung vor, und zwar betrifft sie die aus dem Streik des Jahres 1903 sehr unruhig bekannte Firma J. Mehlich.

Genannte Firma hatte es bei der Vertrauenskommission der Metallindustriellen bewerkstelligt, daß der Schlosser Grieger wegen seiner Beteiligung an dem erwähnten Streik auf die „schwarze Liste“ gesetzt wurde. Wiederholt war er auf dem Arbeitsnachweis in der Gartenstraße; stets aber wurde ihm der Handschein verweigert, ohne den ein Arbeiter eben keine Arbeit erhält. Die unausbleibliche Folge für ihn war eine längere Arbeitslosigkeit und damit notwendigerweise auch der Ausfall von Verdienst. Unter dem Vorwand der Rechtsanwältin Roth und Dr. Heinemann verklagte Grieger hierauf die Firma Mehlich auf Schadenersatz. Sowohl das Landgericht wie auch das Kammergericht erkannten seinen Klageanspruch unter Bezugnahme auf das vorjährige Reichsgerichtsurteil dem Grunde nach für gerechtfertigt an.

Interessant ist es nun, wie sich bei dieser Klage die Kühnemänner als die unschuldigen Kämmer hingestellten versuchten, um ihr Verhalten zu rechtfertigen und die grundfälligen Urteilsgründe des Reichsgerichts zu erschüttern. Bekanntlich war ihnen das derzeitige Reichsgerichtsurteil derartig auf die Nerven gefallen, daß sie darüber in der Unternehmungsbühne die beweglichsten Mägelieder anstimmten. Sie haben daher die Zeit gewissenhaft ausgenutzt, um durch ihren juristischen Beirat die „Gründe“ für einen „Umsturz“ der erwähnten Reichsgerichtsbekanntmachung herbeizuführen.

So behaupteten sie fröhlich, es sei unwarhaft, daß der größte Teil (90 Proz.) der Berliner Metallindustriellen ihrem Verbandsangehörigen. Mitglieder seien bei ihnen „nur“ die Eisengießereien, Maschinenfabriken und die elektrotechnischen Betriebe, nicht aber die anderen großen und größten Betriebe der Metallbranche wie Metallgießereien, Lampen- und Bronzwarenfabriken usw. Nun ist es zwar Tatsache, daß die Fabrikanten dieser letztgenannten Branchen ihre eigene Organisation haben, die „Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten“. Es ist das aber die ebenso berichtigte Abteilung II des Kühnemänner-Verbandes unter der Leitung des bekannten Generalsekretärs Kasse. Beide Organisationen sind von ein und demselben Geiste getragen und stehen in denkbar innigstem Konnex miteinander, böhrenmlich wenn es sich um die Sperrung verfeimter Arbeiter handelt. Bestritten wurde ferner, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller den größten Teil der Metallbetriebe Deutschlands umfaßt und mit staatlichen oder anderen außerhalb des Verbandes stehenden Betrieben in einem derartig solidarisches Verhältnis steht, daß hierdurch ein Einfluß auf die Anstellung oder Nichtanstellung von gelberrten Arbeitern ausgeübt werde. Dabei ist es Tatsache, daß der „Zentralverein deutscher Arbeitgeberverbände“, dem doch die verschiedensten Unternehmerorganisationen angehören, permanent schwarze Listen verfaßt, in denen meistens ausdrücklich betont ist, daß die Beförderung der bezeichneten Arbeiter „auf Antrag des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller“ erfolgt. Die Berliner wie auch die übrigen deutschen Kühnemänner begnügen sich also nicht damit, misliebige Arbeiter nur für die ihrem Verbandsangehörigen Metallbetriebe zu sperren, sondern sie suchen ihnen gleichzeitig durch die Zentralvereinsliste eine fernere Beschäftigung auch in allen übrigen Industriezweigen unmöglich zu machen. Als unantastbaren Beweis hierfür hat der „Vorwärts“ erst kürzlich eine ganze Reihe solcher Urteilsbriefe, die aus dem Geheimsekretariat des Zentralvereins stammen, in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht. Tatsache ist ferner, daß sich auch die Staatsbetriebe (Werften, Eisenbahnwerkstätten) nach den schwarzen Listen der Metallindustriellen richten und verfeimten Arbeitern die Beschäftigung verweigern. Ja selbst solche Firmen, die bis vor kurzem gänzlich außerhalb eines Arbeitgeberbündnisses standen, wie beispielsweise die Firma Siemens u. Halske, haben laut urkundlichem Beweis auf Verlangen der Kühnemänner solche als mislücklich gekennzeichneten Arbeiter nicht entlassen. Angesichts dessen aber ließen die Metallindustriellen durch die Verfaßte dennoch dreist und gottesfürchtig behaupten, der Kläger hätte mit Rechtschaffenheit bei Nichterbandsfirmen trotz der Sperre genügend Arbeit finden können.

Weiter behaupteten die Kühnemänner, ihr Verband bezwecke nicht Hemmung oder Unterdrückung der Arbeiterbewegung, sondern Herbeiführung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen den Mitgliedern und ihren Arbeitnehmern und die werktätige Förderung des Wohles der in der deutschen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Jedoch gegen ungerechtfertigte Bestrebungen, insbesondere gegen die größtenteils frivol angezeigten Streiks, durch welche die Arbeitgeber geschädigt würden, müßten sie sich schützen, und dazu diene das Mittel der Sperre. Die Maßnahmen, welche die Arbeitgeber trafen, seien nicht bloß zu ihrem eigenen Schutze, sondern auch zum Schutze der Arbeiter bestimmt, die durch die Arbeitsentstellungen ebenfalls geschädigt würden. Unwahr sei auch, daß der Verband solche Arbeiter nicht zur Arbeitsnachweisstelle zulasse, die sich durch Agitation für die Arbeiterorganisation, insbesondere durch ihr Auftreten in politischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen „mislücklich machen“. Der Verband kümmerte sich um solche Agitation der Arbeiter überhaupt nicht. (Das Verbandsstatut besagt das direkte Gegenteil.) Nur Werkstattagitation, durch welche die Arbeit gestört und Arbeiter beschäftigt würden, dulde der Verband nicht.

(Damit vergleiche man die Tatsache, daß dem Kläger der Arbeitsnachweis lediglich wegen seiner Teilnahme am Reichlichen Streik gesperrt wurde.) Die Sperre dauere auch nur wenige Monate; sie werde auch nur nach sorgfältiger Prüfung durch die Vertrauenskommission verhängt und in der Regel wieder aufgehoben, sobald der betreffende Arbeiter einen dahingehenden Antrag stelle. Tatsache dagegen ist nun, daß Arbeiter schon jahrelang unter einer derartigen Sperre zu leiden hatten. Meistens wissen es die Arbeiter auch gar nicht einmal, daß sie gesperrt worden sind. Sie erfahren es vielfach erst dann, wenn ihnen zu verschiedenen Malen der Arbeitschein auf dem Nachweis verweigert worden ist und sie trotz aller Bemühungen keine Arbeit erhalten konnten. Eben- sowenig wird ihnen Gelegenheit zur Verantwortung gegeben, bevor die Vertrauenskommission die Sperre über sie verhängt.

All die Einwände der Rühnmänner wurden auf Grund der Beweisaufnahme von den Berichten denn auch als böllig unrichtig zurückgewiesen und darauf die Verurteilung ausgesprochen, weil solche Sperren zweifellos einen Verstoß gegen die guten Sitten in sich schließen. — Es ist daher allen Arbeitern, die von einer derartigen Sperre betroffen werden und nachweisbar Schäden davon haben, nur anzuraten, ebenfalls mit Schadenersatzklagen gegen die Rühnmänner vorzugehen. Vielleicht wird den Herren die Sache auf die Dauer doch etwas so kostspielig. Freilich, eine moralische Besserung dürfte von ihnen nach wie vor kaum zu erwarten sein.

Berlin und Umgegend.

Die bevorstehende Lohnbewegung der Bäcker wurde am Dienstag nachmittag in einer stark besuchten öffentlichen Bäckerversammlung erörtert, die in Kellers Saal tagte. Die Bäckermeister, welche die Forderungen des vorigen Streiks bewilligt und ehrlich gehalten haben, sollen gespart werden, während den anderen höhere Forderungen gestellt werden. Die Forderungen selbst werden demnächst von einer Vertrauensmännerversammlung beraten und eine am 27. ds. stattfindende Verbandssammlung wird die Forderungen endgültig beschließen, die dann den Meistern eingereicht werden. Ueber den Zeitpunkt, wann ein etwa notwendig werdender Streik beginnen soll, sowie über die sonst einschlagende Taktik soll erst dann etwas bekannt gegeben werden, wenn es den Beauftragten der Arbeitnehmer angebracht erscheint. Der Verband der Bäcker hat in Berlin gegenwärtig rund 2000 Mitglieder, eine Zahl, die man bei reger Agitation angehebt der bevorstehenden Lohnbewegung in kurzer Zeit auf 3000—4000 bringen kann. Die Organisation, stärker als je zuvor, sowie die sorgfältigen, wohlwollenden Vorbereitungen der Bewegung, lassen einen guten Erfolg derselben erwarten. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, wodurch sie sich für den Eintritt in eine Lohnbewegung ausspricht und im übrigen den vorstehenden Ausführungen des Referenten hinsichtlich der Taktik und der Vorbereitung zustimmt.

Die Lohnbewegung der Potsdamer Tapezierer hat einen raschen und guten Erfolg gehabt. Die Unternehmer haben die hauptsächlichsten Gehältsforderungen bewilligt. Die Unterzeichnung des gemeinsamen Tarifvertrages dürfte schon in den nächsten Tagen erfolgen. Der Stundenlohn beträgt 60 Pf., die Arbeitswoche 63 Stunden. Dies erfreuliche Resultat ist um so bemerkenswerter, als es ohne Arbeitsniedersetzung, nur durch den Einfluß der Organisation zustande gekommen ist.

Deutsches Reich.

Herr Dr. Bäumer und die Krupp'schen Arbeiter.

Die Krupp'schen Arbeiter hielten am Sonntag in Essen eine überfüllte Versammlung ab. Zu dieser Versammlung war Herr Dr. Bäumer eingeladen, hatte aber mitgeteilt, daß er am Erscheinen verhindert sei. Der Genosse Semoll und der Vorsitzende Jakob des Hirsch-Duisburger Gewerkschafts referierten und schließlich wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 11. März in Essen tagende Protestversammlung, welche von 2000 Krupp'schen Arbeitern besucht ist, erklärt: „Ueber die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp werden in der Öffentlichkeit von Firma freundlicher Seite Schilderungen verbreitet, welche nicht zutreffend sind. Wenn auch die Arbeitsbedingungen bei der Firma Krupp in einigen Betrieben nicht die allerbesten sind, so entsprechen die an viele von tausend Arbeitern gezahlten Löhne und die sanitären Einrichtungen vieler Betriebe, besonders Feuerbetriebe, nicht entfernt der außerordentlich günstigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die Firma infolge ihrer weltbekannten Monopolstellung befindet.“

Die Tatsache, daß 1004 von 100 Krupp'schen Arbeitern über 70 Proz. erkrankten, beweist zur Genüge, unter welchen gesundheitschädlichen Verhältnissen die Arbeiter in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie noch zu arbeiten genötigt sind.

Es ist unabweisbar, wie Herr Dr. Bäumer in Reichstage erklärt hat, die Uebersichten werden mit dem Einverständnis der Arbeiter gemacht oder angeordnet. Das Gegenteil ist wahr: Die Arbeiter müssen oft unter Androhung der Entlassung überarbeiten und Sonntagsarbeit machen. Gegenüber dem Dr. Bäumer, der im Reichstage versuchte, die hohe Krankenziffer der Krupp'schen Arbeiter auf Simulation und Sucht nach den „hohen Krankengeldern“ zurückzuführen, erhebt die Versammlung nachdrücklich Protest.

Herr Dr. Bäumer hat sich in der Verteidigung des Hüttenbesitzes als so mangelhaft informiert erwiesen, daß es um so erstaunlicher ist, wie dieser Herr es wagt, die pflichtgetreuen Arbeiter in solcher Weise als zur Faulheit und Simulation neigend, zu verächtigen. Die Bäumer'sche Verächtlichkeit weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück und sprechen andererseits den Volkvertretern, die für den Schutz der Eisen-, Stahl- und Metallarbeiter eingetreten sind, unseren Dank aus.“

Im München-Maxbacher Industriebezirk sieht man einem Aufleben der Lohnbewegung entgegen. Während der Streik der 100 Arbeiter der Weberel Gebrüder Junker in Rheidt noch andauert, haben jetzt nach Ablauf der Kündigung auch in der Seidenweberei von Gebrüder Hölzermann etwa 700 Weber die Arbeit niedergelegt. Die Firma hatte einen Weber entlassen, was von den anderen Webern wegen der begleitenden Umstände als Mißregelung aufgefaßt wurde. Nunmehr hat die Firma 80 weitere Arbeiter und Arbeiterinnen gemahnt, weil sie angeblich infolge des Ausstandes der Weber keine Beschäftigung mehr für sie hat.

Ein Streik der Mäster ist in Rärnberg ausgebrochen. Die Arbeiter hatten an sämtliche Unternehmer Forderungen eingereicht, die in der Hauptsache auf Verlängerung der Arbeitszeit von 54 auf 58 Stunden und Lohnhöhung hinauslaufen. Die Unternehmer wollen nur die Hälfte der Lohnforderungen bewilligen und sich wieder auf eine Verlängerung der Arbeitszeit noch auf anderes einlassen. Darauf wurde am Montag in 30 Betrieben mit über 600 Arbeitern die Arbeit eingestellt. Die übrigen Betriebe sollen im Laufe der Woche folgen, wenn die Unternehmer sich zu keinen weiteren Zugeständnissen herbeilassen.

Eine Konferenz der Schuhmacher Bayerns fand am Sonntag in Rärnberg statt. Nach den gegebenen Berichten sind in Südbayern 1090 (bei 2000 bis 3000 Beschäftigten), in Nordbayern 1376 (bei 4000 bis 5000 Beschäftigten) Schuhmacher im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands organisiert. Die Fortschritte sind besonders in Südbayern sehr erfreulich. In München sind sämtliche Habschuhmacher organisiert. An das Referat über Agitation und Organisation schloß sich eine mehrstündige Debatte, die sich in der

Hauptfrage um die Frage drehte, wie das Verhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Organisierten besser auszugleichen sei, ferner um die vorliegenden Anträge auf Anstellung eines vom Zentralvorstande unabhängigen, besoldeten Sachbeamten für Bayern. Diese Anträge wurden mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Beschlüsse wurde, daß, nachdem in München und Augsburg die neunstündige Arbeitszeit überall durchgeführt und Tarifverträge abgeschlossen sind, das gleiche auch in Nordbayern angestrebt werden soll. Ferner soll umgehend die Errichtung von Arbeitsnachweisen für Fabrik- und Schuhmacher in Angriff genommen werden. Angenommen wurde auch ein Antrag, wonach im Gau sofort eine rege Agitation für Abschaffung der Akkordarbeit eingeleitet werden soll.

Ausland.

Der Verband der Schneidergehülfen Oesterreichs überreichte der Gewerkschaftsleitung der Schneidermeister eine Reihe von Forderungen. Falls darauf bis zum 24. d. M. keine Antwort erfolgt, die eine Besserung der Lage der Gehülfen verspricht, werden dieselben in den allgemeinen Streik eintreten.

Glasarbeiter-Aussperrung in Dänemark. Die Arbeiter von „Fhns Glasværk“ in Odense sind ausgesperrt worden, weil sie dem Verlangen des Unternehmers, aus ihrer Organisation auszutreten, nicht nachkommen wollten. Der Unternehmer, Landstehungs- mann Høj, sucht jetzt aus Deutschland und aus Schweden Arbeitswillige, besonders Glasbläser, heranzuziehen. Die Aussperrten erwarten, daß ihre ausländischen Kollegen sich nicht zu Streikbrecherdiensten verleiten lassen.

Der Bergarbeiterstreik in Pennsylvania unvermeidlich!

Der Ausschuß der Kohlenbergwerkbesitzer in Pennsylvania lehnte die Forderung der vereinigten Bergarbeiter auf Wiederherstellung der früheren Löhne und eine Verringerung der Lags der Arbeiter in der Anthrazitindustrie ab.

Unter den Bergleuten der Anthrazitgruben herrscht Erbitterung über die Ablehnung ihrer Anträge durch die Gesellschaften. Beide Parteien bereiten sich auf einen Streik vor, der am 1. April beginnen würde. Seine Dauer wird auf sechs Monate berechnet. Die Bergwerkbesitzer lassen Fallschaden um die Gruben ziehen und stellen nichtorganisierte Arbeiter ein.

Verfammlungen.

Sur Tarifbewegung der Berliner Schlosser. Zwischen den beiderseitigen Kommissionen der Gesellen und Meister sind die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages in der vorigen Woche fortgesetzt worden; ein positives Ergebnis haben sie aber auch diesmal nicht erzielt, obwohl der alte Tarifvertrag bereits am 1. April abläuft. Im Gegenteil, die Situation ist durch das gütlich-rückständige Verhalten der Innungsmeister recht bedenklich verschärft worden. Die Herren Schlossermeister legten nämlich in der letzten Sitzung den Gesellenvertretern einen selbstfabrizierten Tarifentwurf vor, der geradezu eine Verstärkung und Herausforderung der ganzen Gesellschaft bedeutet. Schon die sachliche Gegenüberstellung einiger Hauptpunkte in der Forderung an der Schlosser und dem „Angebot“ der Meister zeigte zur Genüge, wie wenig Entgegenkommen die Innungsherren gegenwärtig beweisen.

So verlangen die Gesellen beispielsweise den Abschluß des neuen Tarifs von Organisation zu Organisation, also zwischen der Schlosserinnung und dem Verband Berliner Schlosserinnungen einerseits und dem Metallarbeiterverband andererseits. Die Meister wollen dagegen nur ihre eigene Organisation als Kontrahenten benannt wissen, nicht aber den Metallarbeiterverband. Als Mindestlohn fordern die Gesellen für Ausgelernte 50 Pf. pro Stunde; für Leute, die zwei Jahre aus der Lehre sind, 55 Pf.; für selbständig Arbeitende 65 Pf. und für Kolonnenführer 70 Pf.; zudem eine Baugulage von 5 Pf. für Arbeiten außerhalb der Werkstatt. Dagegen bieten die Meister einen Mindestlohn von — 40 Pf. ohne jede Abkantung und ohne Baugulage; höhere Löhne wollen sie je nach Leistung einzeln vereinbaren. Jahrgeld wollen sie erst dann gewähren, wenn die Arbeitsstelle mindestens 4 Kilometer von der Werkstatt entfernt liegt; bei einer Entfernung von über 7 1/2 Kilometer gebühren sie dann schließlich auch die Fahrzeit zu bezahlen. Gefordert wurde die generelle Vergütung von Jahrgeld und Fahrzeit für Außenarbeiten ohne Rücksicht auf die Wohnungsentfernung des Arbeitgebers. Für Ueberstunden bieten die Meister nur 20 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 33 1/2 Proz. Zuschlag, während 50 bis 75 Proz. gefordert werden. Alle Bestimmungen über Ventilation, Werkstattreinigung, Wascheinrichtungen, Beleuchtung, Schutzvorrichtungen usw. wollen die Meister aus dem Tarifvertrag entfernen wissen, weil diese Dinge angeblich nur in „Werkstattordnungen“ hineingehören, dagegen verlangen sie die tarifliche Festlegung des — Rauchverbotes für die Gesellen während der Arbeitszeit. Eine volle Bezahlung der Arbeitstage vor den großen Festen, um 4 Uhr freierabend sein soll, lehnen sie ebenfalls ab; ebensowenig wollen sie des Sonnabends eine Stunde früher freierabend machen lassen. Auch die Pünktlichkeit der Lohnzahlung erscheint ihnen undurchführbar. Während die Gesellen verlangen, daß die Lohnzahlung spätestens eine halbe Stunde nach Beendigung der Arbeitszeit erfolgt sein muß, wünschen die Meister diese Zeit nicht beschränkt zu sehen. Sie begründen ihr Verhalten mit dem „zeitgemäßen“ Hinweis darauf, daß es doch Meister geben könne, die bei den gegenwärtigen Zeitaläufen des Sonnabends nach Arbeitslohn noch nicht das nötige Geld zur Lohnzahlung beisammen haben, wenn sie auch schon des Montags wissen, daß sie des Sonnabends Lohn zahlen müssen. Geradezu furios aber ist ihr Ansehen an die Gesellen, daß diese eine aus 5 Meistern und 5 Gesellen bestehende Schlichtungskommission anerkennen sollen, in welcher der Obermeister der Schlosserinnung den „unparteiischen“ Vorsitz führt! Was würden die Herren Innungsmeister wohl für Geschlechter geschmitten haben, wenn die Gesellen gefordert hätten, den Vorsitz in der Schlichtungskommission dem 1. Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes zu übertragen! Um aber ihrem Angebot vollends die Krone aufzusetzen, verlangen die Meister nicht mehr und nichts weniger, als daß ihr 40 Pf.-Tarif auf die Dauer von 4 Jahren, also bis zum 1. April 1910, abgeschlossen werde! Die Gesellen hatten eine zweijährige Vertragsdauer in Vorschlag gebracht. So also präsentierten sich die Berliner Schlossermeister als „wohlwollende“ Arbeitgeber.

Mit diesem Angebot der Meister besetzte sich am Sonntag im „Reenpalast“ eine von circa 3000 Personen besuchte Schlosserversammlung. Der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Cohen, beschränkte sich in seinem Referat lediglich auf eine sachlich-kritische Gegenüberstellung der beiden Vertragsentwürfe. Aber das genügte auch vollkommen, um einen wahren Entrüstungssturm unter den Anwesenden hervorgerufen, der nur hin und wieder von schallendem Gelächter unterbrochen wurde, wenn einige besonders traffe Rückfälligkeiten der Meister ihre entsprechende Würdigung fanden. Der Referent schloß, indem er hervorhob, daß die Meister in den Kommissionsitzungen fast zum Ueberdruß immer wieder beteuert hätten, welchen Wert sie auf eine friedliche Verständigung mit den Gesellen legten. Denselben Wunsch hegten natürlich auch die Berliner Schlosser. Wenn jedoch die Meister keine ganz erheblich größeren Zugeständnisse wie die vorliegenden zu machen gedächten, dann werde sich aller Wahrscheinlichkeit nach ein Streik nicht mehr vermeiden lassen. Die Verhandlungen seien noch nicht abgebrochen; an den Meistern liege es jetzt also selbst, ob sie Krieg oder Frieden in ihren Betrieben haben wollen.

In der kurzen Diskussion wurde das Angebot der Meister einfach als eine Verhöhnung der Gesellen bezeichnet. Es gelangte

darauf einstimmig eine Resolution zur Annahme, laut welcher die Vorschläge der Meisterkommission als gänzlich unannehmbar zurückgewiesen werden. Die Gesellenkommission wurde beauftragt, bei den weiteren Verhandlungen auf der Durchführung der den Meistern vorgelegten Forderungen zu bestehen.

Der Verein der Zimmerer Berlins hielt am Sonntagvormittag eine außerordentliche Versammlung in den Industriewälden, Weststraße, ab. Nach Erledigung einiger kleiner Vereinsangelegenheiten wurde die Stellungnahme der Zimmerer zum ersten Märzfesttag beschlossen und einstimmig der Beschluß gefaßt, überall die Arbeit ruhen zu lassen und, wie bisher üblich eine große Versammlung zu arrangieren. — Es folgte der Bericht der Delegierten von der sechsten Konferenz der Zimmerer Deutschlands im Volkshaus zu Charlottenburg am 4. und 5. März. Berichterstatter war Repschlager. (Die Leser des „Vorwärts“ haben einen ausführlichen Bericht über diese Konferenz in Nr. 54, vom 6. März, gefunden.) Nach längerer Diskussion wurde den Beschlüssen der Konferenz die Zustimmung erteilt. — In die Agitationskommission wurden Webers, Smilowski und Schimmelpeuning gewählt. Punkt 4 und 5 der Tagesordnung wurden wegen der vorgerückten Zeit auf die nächste Versammlung vertagt. Es handelte sich um die Stellungnahme zum 7. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und die Wahl der Delegierten zum Kongreß. — (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Der Mühlenarbeiter-Verband, Hauptstelle Berlin, hielt am 11. d. M. im Gewerkschaftshaus seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Genosse Link hielt seinen zweiten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die sozialpolitische Gesetzgebung, diesmal das Krankenlastengebiet behandelnd. Die kurze Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. — Beim zweiten Punkt, Lohnbewegung, teilte der Vorsitzende Ostwald mit, daß die Forderungen bei der einen in Frage kommenden Firma eingereicht sind und daß die gestellte Frist am 15. d. M. abläuft. Es werden Löhne gezahlt von 21 bis 24 M. pro Woche, wahre Löhne, welche bei den jetzigen Preisen der notwendigen Bedarfsartikel zum Hinneulischen schreiben. Die Versammlung sanktioniert das Vorgehen des Vorstandes und beschließt einstimmig, daß im Falle eines Streiks von jedem Mitgliede der Hauptstelle Berlin pro Woche 1 M. Extrabeitrag zur Ergänzung der statistischen Unterstützung zu erheben ist. — Am 18. März soll ein Kranz auf dem Friedhof der Märzgefallenen niedergelegt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stellungnahme gegen die italienische Parlamentsfraktion.

Rom, 13. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Angeregt durch die Redaktion der „Avantgardia“ fand in Mailand eine Zusammenkunft der Syndikalisten statt, die beschloß, ein Manifest gegen das Vorgehen der sozialistischen Parlamentsfraktion an alle Parteigenossen zu erlassen und den Parteivorstand aufzufordern, Herr der Leitung des „Avanti“ zu erheben. Auch die Gewerkschaftskommission Italiens protestiert gegen die Fraktion und bestritt ihr das Recht, sich als Vertretung der Interessen des Proletariats anzusehen. — Zahllose Protesttelegramme der Organisationen sind eingelaufen; einige davon veröffentlicht der „Avanti“.

Freigesprochener Pfarrer.

Waldhut, 13. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der katholische Pfarrer Gaisert wurde heute von der Anklage wegen verurtheilter Verleitung zum Meicid freigesprochen. Der Pfarrer hatte eingewandt, er habe nicht gewußt, daß die Zeugen verurteilt werden und habe geglaubt, Waldemüller Kramer wisse in der Tat nichts. Der Brief an ihn habe ihn nur über die Rechtslage aufklären sollen.

Des Sturmes Gewalt.

Guzhagen, 13. März. (B. T. Z.) Die Sturmflut hat hier namentlich in dem niedriger gelegenen Stadtteil Nibedütel großen Schaden angerichtet. Die Wellen haben tiefe Löcher in die Deiche gewühlt, besonders am Leuchtthurm, dessen Fundamente freigelegt wurden. Die neue Schnellfeuerbatterie bei Duhnen, die ganz unter Wasser stand, soll auch sehr beschädigt sein.

Etwas für unsere Regierenden.

Tubawek, 13. März. (B. T. Z.) Ministerpräsident Baron Rejzbarij hielt heute eine Ansprache an eine bei ihm erschienene Deputation aus Neu-Pest, in der er u. a. erklärte, daß die Lösung der Krise nur durch das allgemeine Stimmrecht bewirkt werden wird. Ein Abgeordnetenauswahl auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes wird nicht staatsrechtliche Kämpfe provozieren, sondern die Lösung der großen Fragen des Volkswohls in Angriff nehmen.

Die Katastrophe von Courrières.

Leus, 13. März. (B. T. Z.) Bei der Trauerfeier in Verticourt verlas der Bischof ein Weleichtsgramm des Papstes. Minister Dubief hielt eine Ansprache, in welcher er seinem Schmerz über das Unglück Ausdruck gab, den Reitern seine Anerkennung aussprach und tatkräftige Hilfe in Aussicht stellte. Die sozialistischen Deputierten Lamendin und Selles hielten Reden, in denen sie die Bergwerkeigenschaft aufs schärfste angriffen und für das Unglück verantwortlich machten. Aus der Menge ertönten Rufe: „Nieder mit den Kapitalisten! Nieder mit den Märdern!“ Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Ertrunken durch Sturmflut.

Brüssel, 13. März. (B. T. Z.) Durch Sturmflut wurde gestern an der belgischen Küste großer Schaden angerichtet. In Antwerpen wurden die Kais überflutet. In Velsen durchbrach das Wasser der Schelde die Deiche und überflutete die Niederung auf eine Strecke von dreiviertel Meilen. Mehrere Häuser wurden bis ans Dach unter Wasser gesetzt. Drei Frauen ertranken; zehn Personen, darunter eine Familie mit vier Kindern, werden vermisst. Wahrscheinlich sind alle umgekommen. In Ostende drang das Wasser über die Deiche. Ein in den Hafen einlaufendes Fischerboot ist mit seiner aus sechs Mann bestehenden Besatzung untergegangen.

Jugentgleisung.

Amsterdam, 13. März. (B. T. Z.) Heute entgleiste zwischen Roosendaal und Vlissingen der Zug mit der englischen Post. Zwei niederländische Beamte sowie zwei deutsche von Oberhausen gekommene Beamte erlitten Verletzungen. Der Bahnverkehr ist unterbrochen.

Für den Freihandel.

London, 13. März. (B. T. Z.) Unterhaus. Das Haus führte im Verlaufe der Sitzung die Debatte über die gestern von Aitson (Lib.) eingebrachte Resolution betreffend die Aufrechterhaltung des Freihandels zu Ende und nahm die Resolution mit 474 gegen 98 Stimmen an. Die Mitteilung über das Stimmverhältnis wurde von der Mehrheit mit Lachen aufgenommen.

Reichstag.

64. Sitzung vom Dienstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr.

Vom Bundesratsliche: Freiherr v. Stengel, Prinz Hohenlohe.

Auf Vorschlag des Präsidenten Graf Ballestrem wird zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Entlastung des Reichsinvalidentfonds vorgenommen.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme. Das Haus beschließt ohne Debatte in diesem Sinne.

Sodann wird der Etat des allgemeinen Pensionsfonds in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen, ebenso der Etat des Reichsinvalidentfonds.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamt (mit Ausnahme einiger Titel). Die Kommission beantragt unveränderte Annahme und außerdem eine Resolution auf Einbringung eines Nachtragsetats für die Veteranenbelohnungen.

Abg. Dr. Krennd (Sp.) freut sich über die bereits erfolgte wesentliche Erfüllung der Resolution seitens der Regierung und beantragt Abhebung der Resolution von der Tagesordnung.

Das Haus beschließt in diesem Sinne. Eine Reihe von Petitionen um Gewährung eines Ehrensoldes an alle Kriegsteilnehmer werden den verbündeten Regierungen als Material überwiesen, weitere Petitionen um Gewährung der Veteranenbelohnungen werden als erledigt erklärt.

Bei den Einnahmen des Reichsschatzamt fragt Abg. Graf Kanitz (L.) den Reichsschatzsekretär, nach welchen Grundsätzen das Verzehrsbedürfnis für die Ausprägung von Reichsmünzen bestimmt wird.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel: Die Vorlage betreffend die Änderung in der Ausgabe der Reichsmünzen ist vom Reichsschatzamt bereits ausgearbeitet und wird jetzt vom Bundesrat beraten werden. Was die andere Frage anlangt, so liegt die Regelung des Geldumlaufes nach dem Münzgesetz der Reichsbank ob.

Abg. Dr. Krennd (Sp.): Wenn die Ausprägung der Silbermünzen in dem Tempo weitergeht, in dem es jetzt geschieht, und das durchaus notwendig eingekalkuliert werden muß, so werden wir in drei Jahren das gesetzliche Maximum von Silbermünzen auf Grund der letzten Volkszählung erreicht haben.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel: Die Taler haben sich als Münzen erwiesen, die der Verkehr nicht gern annimmt. Was die Engstelle über das Bedürfnis an Talern anlangt, so ist sie bereits abgeschlossen. Ihre Ergebnisse sind aber jetzt den preussischen Ministerien zum Studium der Frage zugegangen, so daß ich Ihnen das Resultat nicht angeben kann.

Abg. v. Gothein (fr. Bg.): Es liegt durchaus kein Bedürfnis vor, die Silberquote von 15 auf 20 R. pro Kopf der Bevölkerung zu erhöhen. Die Banken liefern so viel Silber, als man haben will. Bei einem großen industriellen Establishment, bei dem ich Erdmündungen einzug, ob Schwierigkeiten in der Lohnauszahlung vorliegen, erhielt ich die Antwort: An Silbermünzen und Scheidemünzen fehle es durchaus nicht, die beläme man jederzeit bei der Bank, wohl aber bestände ein Mangel an Kronen und kleinen Kassenscheinen. Sollte also irgendwo im Lande ein Mangel an Silbermünzen bemerkbar werden, so liegt das nur an einer schlechten Organisation der Kreditverhältnisse.

Abg. v. Kardorff (Sp.) gibt zu, daß dort, wo Filialen der Reichsbank in der Nähe sind, das Bedürfnis nach Silbermünzen leicht gelöst werden kann.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Einnahmen und der Rest des Etats werden bewilligt. Der Nachtragsetat, der 189 700 R. für Veteranenbelohnungen verlangt, wird in erster und zweiter Beratung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des dritten Nachtragsetats zum Etat für 1905 für das ostafrikanische Schutzgebiet. Berichterstatter Abg. Dr. Baasche (natl.) empfiehlt die Beschlüsse der Kommission.

Abg. Erzberger (Z.): Es wird dem Reichstage nichts weiter übrig bleiben, als der Regierung für die ohne Genehmigung des Reichstages gemachten Ausgaben die Indemnität zu erteilen! Bedenken haben wir gegen die Einrichtung einer weichen Kompagnie, da diese nicht überall verwendet werden kann. Bedenken müssen wir auch dagegen haben, daß Schulen ohne Religionsunterricht eingerichtet werden sollen, da dadurch der Mohammedanismus gefördert wird. Sodann haben wir zu rügen einen Mangel an Offenheit seitens des Kolonialamtes gegenüber Anfragen aus dem Reichstage. So ist am 11. März 1905 angefragt worden, was ist in Ostafrika dem Hauptmann Kannenberg geschehen sei, der, durch das Bekleidet eines Kindes gereizt, das Kind und die Mutter erschoss.

Abg. Erzberger (Z.): Es wird dem Reichstage nichts weiter übrig bleiben, als der Regierung für die ohne Genehmigung des Reichstages gemachten Ausgaben die Indemnität zu erteilen! Bedenken haben wir gegen die Einrichtung einer weichen Kompagnie, da diese nicht überall verwendet werden kann. Bedenken müssen wir auch dagegen haben, daß Schulen ohne Religionsunterricht eingerichtet werden sollen, da dadurch der Mohammedanismus gefördert wird. Sodann haben wir zu rügen einen Mangel an Offenheit seitens des Kolonialamtes gegenüber Anfragen aus dem Reichstage. So ist am 11. März 1905 angefragt worden, was ist in Ostafrika dem Hauptmann Kannenberg geschehen sei, der, durch das Bekleidet eines Kindes gereizt, das Kind und die Mutter erschoss.

Abg. Bebel (Soz.): Ich bin im höchsten Grade überrascht, daß nach der Anklage- rede, die soeben der Abg. Erzberger gegen die Kolonialverwaltung

im allgemeinen und gegen einzelne Beamte im besonderen gehalten hat, keiner von den Herren sich veranlaßt sieht, auch nur mit einem Worte darauf zu antworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertreter Kolonialdirektor Erbprinz Hohenlohe (unterbrechend): Ich bitte mich zum Wort gemeldet. (Die folgenden Worte bleiben unverständlich.)

Abg. Bebel (Soz.): Dann bitte ich um Entschuldigung. Vizepräsident Graf Stolberg: Der stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz zu Hohenlohe hat sich bis jetzt noch nicht zum Worte gemeldet. Ich bitte fortzufahren. (Erbprinz zu Hohenlohe meldet sich zum Wort.)

Abg. Bebel: Der Herr Vorsitzende hat die Indemnitätsfrage

berührt. Wir sind der Meinung, daß das Budgetrecht des Reichstages unter allen Umständen gewahrt werden muß. Es geht nicht an, daß der Reichstag stets, wenn die Regierung nachträglich mit dem Verlangen der Indemnität kommt, erklärt, man sei nun in einer Zwangslage und müsse alles bewilligen. Wenn der Reichstag diesen Standpunkt als selbstverständlich ansieht, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die Fälle von Indemnitätsgesuchen sich häufen. Gerade nach den Vorgängen im vorigen Jahre, wo man den Reichstag so plötzlich nach Hause schickte, wäre es jetzt doppelt an der Zeit, ein Exempel zu statuieren und die Indemnität zu verlangen. Ich betrachte den ganzen Vorgang als eine Mißachtung des Reichstages, und wenn der Reichstag sich gegen eine derartige Mißachtung nicht wehrt, darf er sich nicht wundern, wenn das Gefühl der Achtung vor ihm noch tiefer sinkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abg. Erzberger hat dann weiter mit vollem Recht die mangelhafte Begründung vieler wichtiger Maßnahmen der Kolonialverwaltung

gerügt. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß es in der Kommission manchmal stundenlangere Debatten bedürft hätte, um erst nachträglich Klarheit darüber zu erhalten, aus welchen Motiven bestimmte Forderungen erhoben wurden. Das ist auch von unserer Seite wiederholt beklagt worden. Es muß aber hier konstatiert werden, daß an der Fortdauer dieses Zustandes den Reichstag die Hauptschuld trifft, weil er sich bisher mit denkbar mangelhaftesten Begründungen beim Reichstage begnügt hat.

Herr Erzberger hat es dann kritisiert, daß die Regierung in Ostafrika die sogenannten religionslosen Schulen fördere, und hat gemeint, es müsse eine christliche Schulpolitik in den Kolonien betrieben werden. Wir haben uns über den sogenannten christlichen Charakter unserer Kolonialpolitik nie getäußt. Wäre er in der Tat vorhanden, dann hätten all die Dinge, die wir seit vielen Jahren hier vorgebracht haben, nicht passieren können. Die Kolonialpolitik ist keine christliche, sondern sie wird rein vom Standpunkt des materiellen Ruhens des Profits betrieben. Nicht Bismarck hatte sehr recht, als er sagte, die Kolonialpolitik werde nur betrieben, um Millionäre zu züchten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die große Mehrheit des Volkes ist an der ganzen Kolonialpolitik ungeheuer wenig interessiert. Im übrigen sind wir der Meinung, daß wenn nun einmal Kolonialpolitik getrieben werden soll, dann der Standpunkt der verbündeten Regierungen in der Schulfrage als durchaus vernünftig anzuerkennen ist: Wenn die Kolonialpolitik Erfolg haben soll, so muß sie notwendigerweise die einflussreichsten Kreise der Eingeborenen für sich gewinnen, und es ist unbestreitbar, daß es in Ostafrika, wo das mohammedanische Element das eigentliche Kulturerelement ist, im höchsten Grade den verbündeten Regierungen darauf ankommt, gerade dieses Element für ihre Politik zu benutzen. Herr Erzberger wies darauf hin, daß der deutsche Kaiser von den Eingeborenen als „Chef des Mohammedanismus“ angesehen werde. Nun, ich habe die starke Vermutung, daß dem deutschen Kaiser sehr viel daran liegt, als Schutzherr der Mohammedaner angesehen zu werden. Ich finde, daß die deutsche Politik seit einer Reihe von Jahren darauf hinausgeht, im Orient sich mögliche Sympathien zu erwerben. Ich erinnere an die Reise nach Konstantinopel, die Reise nach Jerusalem, die Fahrt nach Marokko und die schönen Reden, die dort zugunsten der Selbstständigkeit des Sultanats von Marokko gehalten worden sind. All diese Vorgänge sind in der orientalischen Welt von Mund zu Mund gegangen, und der deutsche Kaiser ist allen Fürsten gegenüber der Mann, der die Fahne des Mohammedanismus hoch hält. Vom Standpunkt eines Mannes, der bestrebt ist, gewisse politische Zwecke im Orient zu erreichen, ist die Politik nur konsequent. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger warf der Kolonialverwaltung Mangel an Offenheit, Angabe von falschen Tatsachen und ein

Vertuschungssystem vor. Ich habe im Jahre 1901 die Kolonialverwaltung gefragt, was mit dem Hauptmann Kannenberg geschehen sei, der einige Eingeborene erschossen haben sollte. Darauf kam die Erklärung, daß der betreffende Herr mit der Entlassung aus dem Staatsdienst bestraft worden sei. Die Strafe war ja für einen Doppelmord außerordentlich milde, aber wir sind ja daran gewöhnt, daß in den Kolonien die Vergehen von Weißen viel milder bestraft werden als die der Eingeborenen. Ich war erstaunt, als ich hier von den Abgeordneten Erzberger und Ullrich hörte, daß eine Bestrafung in dem von mir erwähnten Falle überhaupt nicht eingetreten und daß dem Hauptmann Kannenberg auf dem Gnadenwege eine Pension bewilligt worden sei. Erst jetzt ist durch die Darlegungen des Obersten Obendorf in der Budgetkommission Klarheit in die Angelegenheit gekommen. Man hat von einem Strafantrage abgesehen, weil man annahm, daß es sich um eine Körperverletzung handelte. Es wurde mitgeteilt, daß weder die Frau noch deren Kind, um die es sich hier handelte, gestorben seien. Nach den Aussagen Kannenbergs hat er einen Schuß gegen das Dach gerichtet, und da seien die Schrotkörner abgeprallt und hätten die Frau getroffen. Er habe dann der Frau 70 R. Schmerzensgeld gegeben und auch noch eine Summe für einen wohltätigen Zweck gezahlt. Ein Missionar aber erklärte, er habe im Rücken der Frau eine große Zahl von Schüssen gefunden, und die Frau hat ausgefragt, daß Kannenberg das Gewehr durch die Krawallwand gesteckt und es dann auf sie abgedrückt habe. Hauptmann Kannenberg war wegen schwerer Körperverletzung bereits verurteilt und da ist wohl kaum ein Zweifel möglich, daß er absichtlich auf die Frau geschossen hat, und wir können die Darstellung des Hauptmanns unmöglich als richtig anerkennen. Nach § 232 des Strafgesetzbuchs wird die Körperverletzung nur dann auf besonderen Antrag verfolgt, wenn sie nicht in Ausübung einer Amtspflicht begangen worden ist. Bei Kannenberg aber lag eine solche Handlung vor, und man hat dadurch, daß man den Attentäter laufen ließ, bei der Bevölkerung seinen guten Eindruck hervorgerufen. In den früher von mir erwähnten Fällen Leiji und Weblan ist doch wenigstens eine, wenn auch nur milde Strafe eingetreten, und wir waren bisher in dem Glauben, daß die Kolonialverwaltung, wenn ihr Vergehen ihrer Beamten bekannt werden, eingernstigen dagegen vorgehen würde. Wenn nun aber der Abg. Erzberger betont, daß keine Strafe, sondern eine Auszeichnung in derartigen Fällen stattfindet, so muß ich sagen, daß ich von seinem Standpunkt aus nichts für die Kolonialpolitik bewilligen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als vor drei Jahren die ersten Nachrichten über einen Aufstand in Südwestafrika kamen, hatte man uns angegriffen, weil wir die Schuld daran auf die Kolonialverwaltung und auf einen Teil der Kolonisten geschoben haben. Es ist ja nun ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, wenn wir sehen, daß hier bei der Frage nach den Ursachen im ostafrikanischen Aufstand kein Mensch gewagt hat, zu sagen, daß die Eingeborenen einen Aufstand aus Übermut unter-

nommen hätten. Alle Parteien haben vielmehr zugegeben, daß die Maßnahmen der Kolonialverwaltung und das Verhalten der Kolonisten die Ursache dazu gegeben haben. Das geht ja auch aus der Denkschrift hervor, die uns vorgelegt worden ist. Wenn allerdings in der Denkschrift gesagt wird, daß die deutsche Kolonialverwaltung sich von jeder Ausbeutungspolitik fernhält, so möchte ich das bestritten. Kolonialpolitik ist Ausbeutungspolitik, und wenn keine Ausbeutungsmöglichkeit vorhanden wäre, so wäre keine Kolonialpolitik inzentriert worden. Mögen einige Herren aus dem Zentrum annehmen, daß es sich dabei darum handelt, die Einwohner auf eine höhere Kulturstufe zu heben, in Wirklichkeit handelt es sich bei der Kolonialpolitik um Ausbeutung und Raub. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Denkschrift werden als Ursachen für den Aufstand angegeben die Forderung übermäßiger Arbeitsleistung von den Eingeborenen seitens der Unterbeamten, die Verhängung der Strafen und die Erhebung der Hüttensteuer. Ferner wird angeführt, daß die Eingeborenen schwere Klagen über das Vordringen der Wildschweine erheben. Ja, die deutschen Bauern klagen ja auch über die schlechte Handhabung der Wildschadengesetze. Der deutsche Bauer ist die Jahrhunderte hindurch viel zu geduldig geworden. 1826 aber war der furchtbare Schaden, den das Wild anrichtete, eine Hauptursache für den Bauernkrieg.

Ein weiterer Punkt für die Unzufriedenheit ist die Anwendung der Prügelstrafe, die sehr oft erfolgt. Einer meiner Freunde hat ja vor einigen Jahren hier eine Mißbräufliche vorgelegt, und es ist kein Wunder, wenn Mißbräufungen mit einer solchen Peitsche in der Bevölkerung Empörung hervorrufen. Außerdem erinnere ich an die große Menge Todesurteile und schweren Freiheitsstrafen, die verhängt worden sind. Graf Kögen erklärte im „Tag“ anfangs September des letzten Jahres, daß das Eintreiben von Rückständen seitens der Europäer zu Ausfahrungen geführt habe. Bezirkshauptmann Rilma hat geschrieben, es gäbe drei Dinge, die die friedlich veranlagten Eingeborenen in Ostafrika zum Aufstand reizen könnten: die Hüttensteuer, der Arbeitszwang und die Schmälerung des Landbesitzes. Es ist ein deutscher Bezirkshauptmann, der diese Anklage erhebt und es ist sehr charakteristisch, daß er am Schluß seiner Ausführungen bemerkt: „Bin neugierig, wie lange es noch gut geht!“ Ebenso hat Oberstabsarzt Dr. Reim bereits im Mai 1905 in der „Täglichen Rundschau“ darauf hingewiesen, daß unter der ganzen Bevölkerung eine unbehagliche Stimmung vorhanden sei. Sehr bezeichnend ist auch ein Verzicht in der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ vom 29. April, worin mitgeteilt wird, daß zwei Viehhändler den Eingeborenen hundert Stück Vieh und Tausende von Schafen und Riegen nicht etwa abgelaufen, sondern einfach weggenommen hätten, wobei 47 Eingeborene, die sich dem widersetzen, ihr Leben einbüßten. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Man darf sich wirklich nicht wundern, wenn solchen Gewaltmaßnahmen gegenüber die verzweifelten Schwärzen zum Aufstand greifen. Sehr charakteristisch ist die Bemerkung der betreffenden Zeitung zu dieser Notiz: „Daß diese Eingeborenen ein geradezu prächtiger Menschenhaufen und durchaus friedlicher Natur wären. Kollege Baasche belästigt mich das soeben durch ein „Sehr richtig!“ Unter diesen Umständen wird auch in den Personen eine grundlegende Änderung eintreten müssen, die jetzt das entscheidende Regiment in der Kolonie führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch über die Art, wie der Aufstand bekämpft worden ist, sind schwere Klagen laut geworden. Nach einem Briefe, der aus Ostafrika am 23. August abgegangen wurde, hat man die wehrlosen Schwärzen haufenweise niedergeschossen und die Gefangenen regelmäßig aufgenießt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch keine Art des Kriegführens gegen arme, fast waffenlose Schwärze. In demselben Briefe wird auch ausführlich dargelegt, wie die Eingeborenen durch die kolossale Hüttensteuer und die unbillige Behandlung in den Aufstand getrieben worden sind. Ich habe weiter die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ vom 23. September 1905 vor mir. Darin wird unter anderen Umständen des Aufstandes auch d er angeführt, daß der Schwärze nach seiner Bildungstufe in den letzten fünf Jahren ein ganz anderer Mensch geworden sei. Sehr charakteristisch wird also auch dort von den Weißen Klagen erhoben, daß die schwarzen Kinder viel zu viel lernten! Man solle sich nur die verbummelten Alphabeten europäischer Länder neben den Schwärzen vorstellen, die im reinsten Swahili geschriebene Zeitungen läsen.

Wenn solche Anschauungen unter den Weißen in den Kolonien herrschen, und nach all den anderen Mißständen, die ich Ihnen hier vorgeführt habe, dürfen wir uns über den Ausbruch eines Aufstandes nicht wundern. Ich möchte aber an die Kolonialverwaltung in Ostafrika, die durch den Aufstand seit einem Jahre aller Welt zur Kenntnis gekommen sind, dauernd zu befehlen, ob sie bereit ist, ein ganz anderes System anzuwenden, und ob sie endlich einseht, daß wir es in den Schwärzen mit Menschen zu tun haben, die, wenn sie ungerecht behandelt werden, mit vollem Recht zur Empörung greifen. Steht die Kolonialverwaltung das nicht ein, so werden wir niemals daran denken können, eingernstigen Ruhe in unseren Kolonien zu bekommen. Jedenfalls kann uns auch dieser Aufstand und alles, was mit ihm zusammenhängt, nur in dem ablehnenden Standpunkt bestärken, den wir der deutschen Kolonialpolitik gegenüber von jeher eingenommen haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertreter Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe:

Ich habe auf die Rede des Abg. Erzberger hin nicht sofort das Wort ergriffen, weil eine Ergänzung seiner Ausführungen durch den Abg. Bebel bereits angekündigt war, wie sie ja tatsächlich jetzt auch erfolgt ist. Hinsichtlich des Falles Kannenberg gebe ich zu, daß er sich tatsächlich so verhalten hat, wie er vom Abg. Bebel dargelegt ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur möchte ich bemerken, daß die Darstellung, welche Hauptmann v. Kannenberg von dem Schuß gegeben hat, denn doch nicht absolut unumwänglich erscheint. Die Bedeckungen der dortigen Häuser bestehen aus Stangen aus sehr hartem Holz. Wenn also der Hauptmann v. Kannenberg erklärt, er habe gegen diese Bedeckung geschossen und der Schuß sei abgeprallt, so ist das immerhin möglich. Sodann möchte ich inbezug auf diesen Fall konstatieren, daß sich die Akten beim zuständigen Militärgericht befinden und eine Benachrichtigung der Kolonialabteilung nicht erfolgt ist. Beim Kriegsgericht ist auch dieser Fall zur Sprache gekommen. — Zum Fall Leiji darf ich wohl eine kurze Denkschrift verlesen. (Der Redner verliest eine Sachdarstellung, wonach von Graufamilien Leiji vor seinem Tode nichts bekannt geworden sei; in einem Falle hat er Regier bedacht getötet, weil sie einen Präzidenten gegen den rechtmäßigen Herrscher unterstützten hatten und im Kampfe den Sohn des Hauptlings wiedermaakten. Die Beschildigung, daß Leiji sich einen Harem gehalten habe, habe sich nicht erweisen lassen. Gegen den Landeshauptmann Brandeis sind auf Grund einiger weit zurückliegender Fälle schwere Anklagen erhoben worden. Die

Prügelstrafen, die er verhängt hat, wurden stets nur in Gegenwart des Polizeimeisters und Regierungsrates vollstreckt und bestanden stets nur in einer geringen Anzahl von Hieben. Daher hat sein Verhalten auch an Ort und Stelle keinen Anlaß zur Beschwerde gegeben. Die spätere Untersuchung ist auf die Anzeige eines entlassenen Unterbeamten zurückzuführen, mit dem Brandeis in Konflikt geraten war. Wir haben an der Erklärung des Landeshauptmanns, daß er sich zur Verhängung der Prügelstrafe für berechtigt hielt, ebensowenig Grund zu zweifeln, wie daran, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes die Prügelstrafe nicht gerechtfertigt war. Immerhin lag hier ein Konflikt vor: Da es sich um die Handlung eines Eingeborenen gegen seinen Hauptling handelte, verlagte unter gewöhnlichen Umständen, und Brandeis glaubte, nach freiem Ermessen handeln zu dürfen. Daraus wird ihm ein allzuschwerer Vorwurf nicht gemacht werden können. (Unruhe links.)

Auf den Fall noch möchte ich bei der vorgerückten Stunde nicht mehr eingehen, ich werde heute oder morgen eine altertümliche Darstellung dieses Falles geben lassen. — Gegenüber der Behauptung, daß die Kolonialverwaltung es immer an Offenheit habe fehlen lassen, möchte ich bemerken, daß in der kurzen Zeit, in der ich im Amt bin, es stets mein Bestreben gewesen ist, mit vollster Offenheit alle Anfragen zu beantworten. — Was die nicht genaue Beantwortung der Anfragen des Herrn Abg. Ablass betrifft, so ließ sich damals nicht übersehen, auf welche Fälle Herr Ablass eingehen würde. Wenn damals eine unvollkommene Beantwortung erfolgt ist, so möchte ich mir teilweise die Schuld selbst beimessen. Es war eine der ersten Sitzungen, denen ich beizuwohnte, und ich beauftragte den Personalreferenten, sofort Antwort zu erteilen, während das Material teilweise noch nicht zur Stelle war, sodah die Antwort in vielen Fällen nicht ganz vollständig und sachlich sein konnte. Ich bestreite aber, daß damals schlechter Wille die Schuld an der unvollständigen Antwort gewesen ist. Ich wiederhole, daß ich jedes Wort von unliebsamen Vorurteilen in den Kolonien nicht nur für unklug, sondern in jeder Hinsicht für schädlich halte. Bei den Verbindungen, wie sie heutzutage durch die ganze Welt gehen, ist es doch unmöglich, solch aufsehenerregende Fälle zu vertuschen.

Es ist weiterhin kritisiert worden, daß die Kolonialverwaltung die Beschwerde gegen den Gouverneur Herrn

v. Puttkamer

diesem gegeben hat. Die Beschwerde ist allerdings zunächst an ihn gegangen, damit er sich darüber äußern kann. Das muß immer geschehen. Die Einsparung der Akteure ist nicht auf diesseitigen Beschluß hin erfolgt, wie behauptet wurde.

Man hat die „Eroberungspolitik“, die wir treiben, für die Kolonialaufstände und „Kriege verantwortlich gemacht. Aber nur wer prinzipieller Kolonialgegner ist, darf die Eroberungspolitik verwerfen. Wer aber nach unserer ganzen volkswirtschaftlichen Verfassung Kolonien für notwendig hält, muß auch die Kämpfe mit in Kauf nehmen, die auch einem in der Behandlung der Eingeborenen so erforschten Völlerei wie dem englischen nicht erspart geblieben sind. Wir haben Fehler gemacht, wie jede andere Kolonialmacht. Wir haben Mißgriffe begangen, teilweise aus

Ueberhaufung,

weil wir in wenigen Jahren alles Versäumte nachholen wollten, teils aus der natürlichen Veranlagung des Deutschen: unserem schroffen Naturell. Wie dem auch sei, der Gouverneur hat sich nicht geschont, eingezugehen, daß auch er Fehler gemacht hat, er hat in seiner Denkschrift anerkannt, daß deutsche Fehler zum Teil an dem Aufstände schuld sind. Es herrscht also das Gegenteil des Vertikungssystems.

Ueber die Hüttensteuer und ihre eventuelle Veranlassung des Aufstandes werden jetzt Untersuchungen angestellt. Sie wissen ja, wie unbeliebt die Steuern selbst in zivilisierten Ländern sind. (Weiter.) Wie viel mehr bei der Negerbevölkerung. Auch die Engländer haben die Hüttensteuer eingeführt. Man muß abwarten, wie es gehen wird! Zivilisieren ist eine schwere Sache!

In den anderen Staaten ist der Kolonialdienst schon populär; die Engländer finden es gar nicht mehr so außerordentlich, sich eine sichere Existenz in Afrika oder Indien zu suchen. Aber wir haben jetzt auch ein vorzügliches Instrument in der

Kolonialschule in Wiesbaden

und immer zahlreichere junge Leute werden uns bekannt, die nicht nur ein paar Jahre lang ein höheres Gehalt in unseren Kolonien verdienen wollen, sondern dauernd dort dem Vaterlande nützliche Dienste zu leisten beabsichtigen. Auf diese Weise werden wir Kolonialbeamte erhalten, die nicht mit Beurteilungen hinausgehen, sondern vorurteilsfrei die Eingeborenen nach ihrer Art zu behandeln suchen. Es ist meine feste Absicht, einen selbständigen tüchtigen Kolonialbeamtenstand zu schaffen und zu sichern. (Bravo! rechts.)

Völlig fern liegen mir die Gedanken des Abg. Bebel, daß Deutschland ein Interesse an dem Gedeihen des Jolams hätte. Deutschland ist mit dem Christentum aufs engste verbunden. Wir würden ohne das Christentum nicht das sein, was wir sind. Von dieser Ueberzeugung werde ich immer durchdrungen sein. Es ist ein großer Unterschied, ob Deutschland mit auswärtigen mohammedanischen Staaten ein gutes Verhältnis pflegt mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage oder ob uns zugunsten wird, in der eigenen Kolonie den Mohammedanismus zu unterdrücken. Aber die Kolonialverwaltung muß andererseits auch ihre Interesse dem Schulwesen zuwenden und kann dieses nicht allein den Missionen überlassen. (Beifall.)

Darauf wird ein Verlagsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Antrag Dr. Wasmide (fr. Vpt.), Schrader (fr. Vg.), Müller-Sagan (fr. Vpt.) auf Befreiung der Härten des Vereinsrechts der Frauen. Antrag der Polen wegen Änderung des § 130 Strafgesetzbuch.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Reuterei auf Kreuzer „Frauenlob“?

Vom deutschen Kreuzer „Frauenlob“ wurde im Sommer v. J. berichtet, daß es zu ernstlichen Differenzen zwischen der Mannschaft und den Vorgesetzten gekommen sei. Unser Kieler Parteiorgan, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, hatte dieser Mitteilung wegen auch einen Prozeß zu bestehen, der, wie landesüblich in Deutschland, wenn sozialdemokratische Redakteure vor dem Kadi erscheinen müssen, mit einer Verurteilung des angeklagten Redakteurs endete. In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages verlangte Abg. Genosse Schöpplin nähere Auskunft über die Vorgänge auf dem „Frauenlob“. Staatssekretär v. Tirpitz stellte sie als eine Bagatellesache hin, die von einer Seite, die ein Interesse daran habe, die Disziplin in der Marine zu untergraben, aufgedeckt worden seien. Mit offensichtlicher Befriedigung konstatierte der Herr Staatssekretär, daß diese Seite, nämlich unser Kieler Parteiorgan, dafür auch bestraft worden ist. Näheres über die Vorgänge auf dem Schiff und die Ursachen mitzuteilen, unterließ jedoch Herr v. Tirpitz. Genosse Schöpplin wiederholte seine Frage und wünschte vor allem, daß die Ursachen des Vorganges auf dem Kreuzer mitgeteilt werden. Wenn bei einem deutschen Kruppenteile so erhebliche Differenzen ausbrechen, sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Ursachen ernstlicher Natur sind. Weder die „gewisse Seite“, also unser Kieler Parteiorgan, noch die Sozialdemokratie habe ein Interesse an der Untergrabung der Disziplin in der Marine. Auch Abgeordneter Genosse Hue wendete sich gegen den Staatssekretär und führte aus: Es sei der „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ nicht eingefallen, die Disziplin in der Marinemannschaft zu untergraben oder Marineoffiziere beleidigen zu wollen. Sie habe einfach die ihr mitgeteilten Tatsachen veröffentlicht und dadurch Besserung zu schaffen versucht. So geringfügiger Art, wie der Herr Staatssekretär die Vorgänge darzustellen suchte, müssen die Dinge auf „Frauenlob“ denn doch nicht gelegen haben. Denn wie wären sonst die Mannschaften dazu gekommen, Geschäfte über Bord zu werfen? Im Ernstfälle wären, gerade vom militärischen Standpunkt gesprochen, die Geschäfte geschichtsbräuhbar geworden. Die Ursachen zu diesem Vorgehen der Mannschaft können durchaus nicht bagatelleshaft gewesen sein. Im allgemeinen höre man über die Behandlung der Marinemannschaften weniger Klagen wie von Soldatenmißhandlungen in der Heere. Ist so schmerzhaftes seien deshalb die von unserem Parteiblatt aufgedeckten Vorkommnisse. Uns komme es darauf an, die tieferen Ursachen der Vorkommnisse auf „Frauenlob“ zu erfahren, denn ohne triftigen Grund zur Empörung werde sich kein Mensch hinreißen lassen, das zu tun, was auf „Frauenlob“ geschehen ist.

Unter Bezugnahme auf einen Zeitungsbericht über die Verhandlung gegen unser Kieler Bruderorgan glaubte der Staatssekretär seine ersten Ausführungen als berechtigt aufrechterhalten zu können. Näheres Auskunft über die Vorgänge auf „Frauenlob“ vermöge er momentan nicht zu geben. Nach Einsichtnahme in diesen

Bericht konstatierte Genosse Hue: Wesentliche Mitteilungen der „Schl.-Holst. Volkszeitung“ sind danach als richtig nachgewiesen worden, von schädlichen Dingen das Ueberbordwerfen von Geschäften usw. Wo so etwas vorkomme, müßten schwerwiegende Ursachen vorhanden gewesen sein. — Die Beratung des Marineetat wurde zu Ende geführt. — Heute Mittäretat. —

Mag- und Gewichtsordnung. Die Kommission für die Mag- und Gewichtsordnung hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Mit Rücksicht darauf, daß im vorigen Jahre eine ausgedehnte Generaldebatte stattgefunden, wurde sofort in die Spezialdiskussion eingetreten. Die §§ 1 und 2 wurden ohne Debatte, der § 3 nach einigen technischen Erläuterungen des Regierungskommissars angenommen. Zu § 4 lag ein Antrag Wertens (fr. Vp.) vor, an die Stelle von Hundertgramm zu setzen: Hektogramm. Dieser Antrag wird von konservativer Seite bekämpft, man solle nicht noch mehr Fremdwörter einführen, sondern versuchen, für alle Fremdwörter deutsche Namen zu finden. Von Stolle (Soz.) wurde darauf hingewiesen, daß wir heute im Reichen des Weltverkehrs leben und deshalb Bezeichnungen gewählt werden müssen, die auch in anderen Ländern gebräuchlich. Der Antrag wurde darauf angenommen. § 5 der Regierungsvorlage wird gleichfalls genehmigt. Zu § 6 sind verschiedene Anträge eingebracht. Sozialdemokratischerseits liegt ein Antrag vor, auf die Förderwagen im Bergwerksbetriebe, sowie die Räder in der Textilindustrie in diesen Paragraphen aufzunehmen. In eine Diskussion wurde noch nicht eingetreten. Nächste Sitzung Donnerstag.

Aus der Partei.

Ein neues bayerisches Reservat.

Die Bayern haben sich was Neues, eine sogenannte Feldzeugmeisterei zugelegt. Wir sind darüber nicht neidisch.

Uns jedoch ist etwas anderes als das Ding an sich interessant, nämlich: wie es zustande kam und die eigentümliche Rolle, die nach der „fränkischen Tagespost“ Genosse Vollmar dabei spielte:

Unser Nürnberger Parteiblatt schreibt:

„Wir hätten heute keine Veranlassung uns mit dem parlamentarischen Schicksal einer militärischen Einrichtung zu befassen, über deren Wert oder Unwert sogar im bürgerlichen Lager auch nach der einmütigen Annahme im Plenum der Abgeordnetenversammlung durch die Vertreter der Bourgeoisie die Meinung noch geteilt ist, wenn nicht im Finanzausschuß mit Zentrum, Liberalismus und Bauernbund auch der parlamentarische Repräsentant der bayerischen Sozialdemokratie zugunsten dieser neuesten Entdeckung militärisch-bayerischen Bedürfnisses seine Stimme abgegeben hätte.“

Die „fränkische Tagespost“ teilt dann mit, daß bei der Abstimmung im Plenum die Fraktion sich einstimmig gegen die Feldzeugmeisterei erklärte. Genosse Vollmar, der im Finanzausschuß dafür gestimmt hatte, war der Plenarfraktion ferngeblieben.

Ueber dieses Fernbleiben urteilt die „Tagespost“:

„Wir finden dies begreiflich. Begreifen können wir aber nicht, welche Gründe Gen. Vollmar bestimmen konnten, im Finanzausschuß für diese erneuerte Forderung des Kriegsministers zu stimmen. Die bayerische Sozialdemokratie so wenig wie die des Reichstages darf einer Forderung der herrschenden Klasse in militärischen Dingen ihre Zustimmung geben. Diesem System, das der Aufrechterhaltung brutaler politischer und wirtschaftlicher Anrecht dient, keinen Mann und keinen Groschen! Sünde der bayerischen sozialdemokratischen Fraktion wird es sein, im Interesse unserer Partei zu verhindern, daß in Zukunft derartige — gelinde gesagt — Unstimmigkeiten zwischen Abstimmung im Finanzausschuß und im Plenum in solch wichtigen prinzipiellen Fragen vermieden werden.“

Schnelle und gründliche Justiz.

Die Ankündigung des Justizministers, daß er dafür sorgen werde, daß die Strafe bei sozialdemokratischen Missetätern der Tat gleich auf dem Fuße folge, erfüllt sich; die Staatsanwälte sind sehr gewissenhafte Herren. Gatte zum Beispiel der Erfurter Staatsanwalt zur Entdeckung der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ in den Spalten unseres Erfurter Parteiblattes „Tribüne“ etwa sechs Wochen gebraucht (vor der Ankerung des Justizministers!), so ist die Ausarbeitung und Begründung der vielen Anlagen (nach der Rede des höchsten Vorgesetzten!) recht schnell erfolgt. Man beachte, daß die Anklageschrift 28 Seiten enge Maschinenschrift und zur Begründung nicht weniger als 57 (siebenundfünfzig!) verschiedene Artikel und Äußerungen aus 28 (achtundzwanzig!) Nummern der „Tribüne“ anführt. Darunter befindet sich auch ein — nur auf einen Lichtbildervortrag, der die — entsetzlich — russische Revolution behandelt sollte. Ebenfalls sind Sätze zur Begründung angeführt, die 5 1/2 Wochen nach u. a. den „aufreizenden“ Artikeln geschrieben und gedruckt wurden. Damit ist zugestanden, daß die politische Tendenz des Blattes getroffen werden soll. Trotz des fürchterlichsten Scharfsinnes ist es dem Staatsanwalt aber nicht gelungen, in allen angelegentlichen Anlagen die „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ zu finden, er hat sich auf drei beschränken müssen, dafür aber in den restierenden vier Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“ gefunden. Auch die Genossin Luise Diez, die einen Frauenartikel mit Namensunterschrift in der „Tribüne“ veröffentlicht hatte, soll sich „nur“ wegen Verächtlichmachung verantworten und Genosse v. Lojewski als Mittäter. Man sieht: die Gerechtigkeit arbeitet nicht nur schnell, sondern auch gründlich!

Nachträgliches vom roten Sonntag. Die Haupt- und Staatsaktion, die wegen des Wahlrechtsflugblattes seitens der Staatsanwaltschaft auch an der Unterweser inszeniert werden sollte, scheint ganz bedeutend zusammen zu schrumpfen. Die Flugblattverbreiter, gegen die — etwa 20 an der Zahl — ebenfalls ein hohnotpeinliches Verfahren eingeleitet war, haben alle hintereinander die Mitteilung erhalten, daß dieses Verfahren eingestellt worden sei; nur noch gegen den Genossen Köhler — Lebe, als den verantwortlichen Herausgeber des Flugblattes, scheint man vorgehen zu wollen. Wenigstens haben die ursprünglich mitvernommenen Genossen Haverkamp und Menzel — als Firmeninhaber resp. Geschäftsführer unseres Bremerhavener Parteigedächts — irgendwelche weitere Mitteilungen bis jetzt nicht erhalten. Die Anklage gegen Köhler lautet auf Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Interessant dabei ist, daß man bei Eröffnung des Hauptverfahrens gegen K. nicht einmal die gewöhnlichen prozessualen Vorschriften innehielt. Ohne weiteres wurde auf den 10. März der Haupttermin angelegt, trotzdem der „Delinquent“ nicht einmal die Anklageschrift zugestellt erhalten hatte. Auch die Ladung zu dem Termin erhielt K. nicht, wie es Vorschrift ist, 8 Tage vor dem Termin, sondern kaum 4—5 Tage vorher. Auf sofort eingelegte Beschwerde wurde der Verhandlungstermin dann verschoben und dem Genossen Köhler die Anklageschrift zugestellt. Neuer Termin ist nunmehr auf den 17. März angelegt.

Son der Kraft, die das Böse will... Es geht vorwärts mit der Arbeiterbewegung, trotz der gewaltigen Polizei- und Justizaktionen des kapitalistischen Staates. Die Magd. „Volksstimme“ berichtet: „Unsere Organisation, der sozialdemokratische Verein, wächst lawinenartig. Am Donnerstag lief seit dem 1. November v. J. dem Tage der Eröffnung des Parteisekretariats, die tausendste Beitrittserklärung zum sozialdemokratischen Verein ein. Nach dem roten Sonntag haben rund 750 ihren Beitritt zum sozialdemokratischen Verein erklärt. Die Mitgliederzahl ist somit von 1800 im Oktober v. J. auf 2545 gestiegen. Mit Genugtuung und Stolz können die

Genossen, die in eifriger, nimmer verlassender Tätigkeit ihre stiffe Verarbeitung verrichtet haben, auf ihr Werk, den glänzenden Erfolg zurückschauen. Der 18. März, der zweite rote Sonntag dieses Jahres, muß wiederum 1000 Proletariern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der politischen Organisation beibringen, sie müssen dem sozialdemokratischen Verein als Mitglieder gewonnen werden. Also vorwärts zu neuer Parteiarbeit.“

Son der Boykottation unserer Genossen in Schlesien. Der Saalbofist in Kautz hat den Erfolg gehabt, daß eine Anzahl Saalbesitzer durch öffentliche Erklärung ihre Lokale für alle politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen freigegeben. Gleichzeitig machen sie bekannt, daß sie solidarisch allen Veruchen, das Versammlungsrecht illusorisch zu machen, entgegenzutreten werden. Das richtet sich an die Adresse der behördlichen und privaten Saalabtreiber. — In Breslau hält es die Polizei anheimend für ihre staatsrechtliche Aufgabe, den Saalbesitzern beizupringen. Von einem feststehenden Arbeiter wurde verlangt, er solle die Verteiler von Flugblättern angeben. Dabei machte man ihn „wohlwollend“ darauf aufmerksam, daß sein — ungeschickliches Verhalten bei der Militärbehörde einen ungünstigen Eindruck machen werde; wenn er zum Militär komme, habe er einen Kiez in seinen Papieren. Auf dem Bureau hörte der Verhörte folgende Bemerkungen: „Das nennt sich preussischer Staatsbürger! So, ha, ha! Können sich was darauf einbilden!“ „Solche Keylöffel, denen das Schnupftuch noch hinten aus der Nase raus hängt, die nennen sich dann Sozialdemokraten!“ — Das nennt man in Deutschland die besten Rechtsgarantien!

Totenliste der Partei. Wie uns aus Stuttgart geschrieben wird, ist dort der Parteigenosse Wilhelm Bremer am Sonntag auf gräßliche Weise verunglückt. Er wollte nach dem Verlassen einer Metallarbeiterversammlung auf die Strohenbahn springen, kam zu Fall, wurde überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er an ihnen noch in der Nacht zum Montag im Krankenhaus verstarb. Bremer war früher in Braunschweig anständig, war dort etwa 10 Jahre lang Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes und Mitglied resp. Vorsitzender der Bezirkskommission des Braunschweiger Volksfreunds“. Dann siedelte er nach Lübeck über, wo er im Bureau des Formerverbandes tätig war. Nach dessen Verarmung mit dem Metallarbeiterverbande kam er nach Stuttgart, wo ihm der Vorsitz der Stuttgarter Ortsverwaltung des Verbandes übertragen wurde. Bremer ist 54 Jahre alt geworden und läßt eine Witwe mit fünf unversorgten Kindern zurück. Er war stets ein treuer, zuverlässiger Parteigenosse und das tragische Geschick, das ihn so früh aus dem Leben scheiden ließ, erhöht die Trauer, welche alle, die ihn kannten, angesichts seines Todes empfinden. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Aus Industrie und Handel.

Gottgewollte Kultur. Die englische Geschützgießerei Armstrong wird dem „Asahi“ zufolge in Giratula eigene Werkstätten anlegen. Diese sollen eine Fläche von zwei englischen Quadratmeilen am Bonhu-Fluß bedecken. Die Kosten der Anlage werden auf fünf Millionen Pfund Sterling angegeben. So bekommen die Chinesen, die einst das Evangelium von der gepanzerten Faust hörten, die Kenntnisse der Hauptelemente der europäischen kapitalistischen Kultur — Nordwerkzeuge! — vermittelt.

Son der Preisfrage. Die westdeutschen Flachspinner haben am 9. März beschlossen, angesichts der andauernd steigenden Rohstoffpreise die Garnpreise weiter zu erhöhen. Der „A. Volksztg.“ zufolge bezieht sich die Preishöhung auf Flachsgarne von Nummer 35 ab und beträgt 25 Pf. Nach einer Meldung der „Breslauer Zeitung“ wurde auf der Versammlung des Oberschlesischen Stahlwerkverbandes in Gleiwitz die Geschäftslage als günstig, die Verkaufspreise für verschiedene Relationen als erhöht bezeichnet.

Aktiengesellschaft Ludw. Loewe u. Co. Der Abschluß für das vergangene Geschäftsjahr ergibt einen Gewinn von 1 417 444,81 M. 482 972,42 M. sollen zu Abschreibungen (gegen 365 978,76 M. im Vorjahre) und 900 000.— M. zur Zahlung einer Dividende von 12 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent) verwendet werden.

Norddeutscher Lloyd. Die Betriebüberschüsse pro 1906 betragen 33 038 000 M. (im Vorjahre 19 894 000 M.), davon Abteilung Affekuranz 172 000 M. (170 000 M.), Transatlantische Fahrten 22 144 000 M. (10 687 000 M.), Reichspostdampferlinien 4 278 000 M. (2 808 000 M.), Europäische Fahrt 902 000 M. (801 000 M.), Nebenbetriebe 1 288 000 M. (1 385 000 M.), Prämienüberschüsse 3 503 000 M. (3 461 000 M.), sonstige Einnahmen 748 000 M. (591 000 M.). Dagegen sieben Zinsen und Uu-losten 4 625 000 M. (4 317 000 M.), Abschreibungen 15 943 000 M. (13 009 000 M.), Ueberweisungen an den Reserve- und Versicherungsfonds 4 158 000 M. (1 507 000 M.). Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung, die auf den 5. April einberufen ist, die Verteilung einer Dividende von 7 1/2 Proz. vorzuschlagen. Nach dem von dem Generaldirektor Dr. Wiegand an den Aufsichtsrat erstatteten Bericht, ist die Entlohnung der ersten Monate des neuen Geschäftsjahres sowohl im Passagier- wie im Frachtverkehr eine sehr günstige und auch die nächsten Monate versprechen gute Erträge.

Zug zur Konzentration. Einen internationalen Hoteltrust will Mr. Hilliard, der frühere Direktor des Waldorf-Astoria-Hotels in New York, gründen. Mr. Hilliard weilt zurzeit in London, um englische Kapitalisten für seinen Plan zu interessieren. Er will in den größten amerikanischen Städten von New York bis San Francisco und in ganz Europa eine Reihe Hotels, 50 bis 100, errichten. Bestehende Hotels sollen dem Trust, der mit einem Kapital von 150 Millionen Dollar unter einem Generaldirektorium arbeiten soll, angeschlossen werden.

Stimmung in Amerika. Zum Abschluß des Zollprovisoriums zwischen Deutschland und Amerika sagt die „New York Sun“: Seit mehreren Jahren hat sich nichts ereignet, was so für die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wirken dürfte, wie die prompte Annahme der vom Präsidenten Wilson eingebrachten Vorlage durch den Reichstag, auf Importe aus Amerika bis zum 30. Juni 1907 die Mindestsätze des neuen deutschen Zolltarifs anzuwenden. Die Tatsache, daß eine solche Differenzierung zu unseren Gunsten gemacht wird, zeugt von dem Wunsch der Berliner Regierung, Amerikas Freundschaft zu gewinnen und zu erhalten, und sie sollte und wird ein gleiches Gefühl auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans herborufen. Nach dem November d. J., wenn ein neues Repräsentantenhaus und zahlreiche Staatslegislaturen neu zu wählen sind, wird die Opposition gegen Reziprozität vielleicht weniger umfassend und tiefgewurzelt sein, als sie es gerade jetzt in Washington ist. Sider ist, daß nach dem am Donnerstag vom Reichstage getanen Schritt das Deutsche Reich die erste europäische Macht sein sollte, mit der wir einen Reziprozitätsvertrag schließen.

Soziales.

Beachtenswerte Erscheinungen.

In der westlichen Ecke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, im Wahlkreise Duisburg-Ruhrort, spielt sich die industrielle Entwicklung mit all ihren Begleiterscheinungen in erheblich anderen Formen ab als im übrigen industriellen Deutschland. Die wie Pilze aus der Erde wachsenden industriellen Riesenunternehmungen sowie die damit zusammenhängende amerikanisch-irpunghafte Bevölkerungszunahme zeitigen Erscheinungen, die nicht nur das ökonomisch-wirtschaftliche Gebiet interessieren, sondern auch für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf manchen Fingerzeig geben, und die daher von den Organisationen nicht unbeachtet gelassen werden sollten.

Ein solcher beachtenswerter Fingerzeig ist auch die am 9. d. M. in der im obigen Wahlkreise liegenden großen preussischen Land-

Gemeinde Hamborn stattgehabe Gewerbegerichtswahl. Die Gemeinde Hamborn, aus mehreren zusammenhängenden Dörfern bestehend, ist die richtige „Wild-Weid-Edel“, in der mit wenigen Ausnahmen wohl so ziemlich alle Nationen Europas vertreten sein dürften. Sein Wunder, daß das einheimische Element nur noch eine untergeordnete Rolle spielt und der Ausfall der Wahlen, an denen die Arbeitermassen beteiligt sind, von mehr oder minder stark hervortretenden Zufällen abhängt. Ein Grund mehr, die Agitation systematisch und planmäßig zu betreiben. Der jetzige Ausfall der Gewerbegerichtswahl hat zweifellos gezeigt, daß es hiermit noch hapert.

Bei der letzten Wahl hatten die Hirsch-Dunkerschen mit den damals noch schwach organisierten freien Gewerkschaften eine gemeinsame Liste aufgestellt, die mit rund 800 Stimmen über die vereinigten „Christen“, die es auf rund 400 Stimmen brachten, siegte. Demgegenüber zeigt die jetzt stattgehabe Wahl ein geradezu beschämendes Resultat, aber nicht nur für die freien Gewerkschaftler, sondern für die Organisierten überhaupt. Trotzdem über 7000 eingeschriebene Wähler (bei der letzten Wahl 6000) vorhanden, wurden nur 1108 Stimmen abgegeben. Von diesen erhellet der „katholisch-evangelisch-nationalsozialer“ Reichsmasch 285, die freien Gewerkschaften 260 und die Hirsch-Dunkerschen 243 Stimmen. Der Rest von 315 Stimmen entfiel auf — die Polen (!), von denen noch am Tage vor der Wahl nicht öffentlich bekannt war, daß sie eigene Kandidaten aufstellen würden. Die „Christlichen“, in dem Wahne, die Polen ins Schlepptau nehmen zu können, hatten noch kurz vor der Wahl dafür gesorgt, daß die Polen in einer Versammlung zusammenkommen konnten, während den freien Gewerkschaftlern nicht ein einziges Lokal zur Verfügung stand, obwohl sie fast dreimal so zahlreich organisiert sind wie bei der letzten Wahl!

Dieser polnische Wahlerfolg zeigt, daß die Polonisierung des Westens durch die Industriebarone erfolgreicher ist als die sogenannte „Germanisierung“ des Ostens durch die Junker und Junkerengenossen. Während im Osten das Geld der Steuerzahler erfolglos verpulvert wird, erreichen die Industriebarone im Westen die Polonisierung nicht nur ohne Anwendung besonderer Mittel, sie profitieren vielmehr noch erheblich durch die Polonisierung.

Für die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen dürfte es sich lohnen, den Ursachen des Wahlausfalles ein wenig nachzuforschen, namentlich auch unter Berücksichtigung dessen, daß von den 260 für die Kandidaten der freien Gewerkschaften abgegebenen Stimmen noch circa 150 von Nichtorganisierten kamen! Läßt das nicht „tief blicken“? — Wohin soll es auch führen, wenn Gewerkschaftsbeamte erklären, keine Zeit zu haben, um sich auch noch um die Gewerbegerichtswahlen zu kümmern! Oder wenn ein Gewerkschaftsbeamter ostentativ in öffentlicher Versammlung erklärt, kein Sozialdemokrat zu sein, oder ein dritter bei Aufnahme seiner Kollegen in die Organisation darauf verweist, daß sie sich im Vertriebe ja nichts davon merken lassen sollten, daß sie organisiert seien, da sie sonst aufs Pfahler geworfen werden könnten! Ist das nicht eine systematische Verstimelungstaktik? Die Arbeiter werden bei solcher Methode ja geradezu zur Neugierde erzogen. In einer so bunt durcheinander gewürfelten Menge kann nur eine klare und entschiedene Agitation fruchtbringend wirken, während das Gegenteil zur Demoralisation auf gewerkschaftlichen und politischen Gebiete führen muß. Daher keine Ansehung an die christliche Taktik, sondern offen und klar auszusprechen, was ist. Wenn das schon im allgemeinen das einzig Richtige, so trifft dies noch um so mehr für die Verhältnisse in der westlichen Wetterecke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu. Es wäre gut, wenn die Verbandsleitungen bei Anstellung von Beamten nach „Alein-Amerika“ die Personenfrage besonders gründlich behandeln würden, und wenn die politische Or-

ganisation sich bemühen würde, falls die gewerkschaftlichen Organe versagen, zu prüfen, ob nicht ihrerseits die von gewerkschaftlicher Seite vernachlässigte, im Vertrauen auf ihre Stumpfheidigkeit ihnen überlassene Aufgabe zu erfüllen ist. Im indurierenreichen Westen bei der Gewerbegerichtswahl zu unterliegen, entspricht nicht der Stärke der dort politisch und gewerkschaftlich aufgestellten Arbeiterorganisationen.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß sämtliche drei unterlegenen Richtungen gegen die Gültigkeit der Wahl protestieren wollen, d. h. nicht deshalb, weil nun fünf Polen das Gewerbegericht in Hamborn besetzen sollen, sondern wegen babylonischer Verwirrung in der Wählerliste, weil für die 7000 Wähler nur ein Wahllokal zur Verfügung stand und weil die Listen einen Tag zu wenig ausgelegt gewesen sein sollen.

Darf der Buchdruckergehülfe von ihm angefertigte Proben von Drucksachen für Nebenarbeiten an sich nehmen? Ein Buchdruckermeister in Hannover hatte, wie das allgemein üblich, einige von ihm angefertigte Druckmuster von Nebenarbeiten im Werte von etwa 50 Pf. mitgenommen. In der Arbeitsordnung war die Mitnahme von Drucksachen, auch der kleinsten, verboten. Als sein Chef (Buchdrucker Bogemann in Hannover) mit ihm in Differenzen geriet, ließ er Hausdurchsuchung bei dem Faktor halten, erbedete hierbei die Proben und — stellte Strafandrohung wegen Diebstahls. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten auch mit Rücksicht auf den Passus in der Arbeitsordnung und zwar zu einem Monat Gefängnis. In der Verurteilung an die Strafkammer machte der Angeklagte geltend, daß solche Entnahme von Druckproben, die man selbst gefertigt oder nach eigenen Angaben habe anfertigen lassen, durch das technische Personal in der ganzen Buchdruckerwelt üblich sei, weil man solche Proben zu seinem weiteren Fortkommen brauche und dieselben auch von den Prinzipalen verlangt würden. Zum Beweise für diese Behauptung hatte der Angeklagte auch mehrere Auschnitte des Arbeitermagasins aus Handschriften dem Gericht eingereicht. Das Verbot in der Arbeitsordnung legte der Angeklagte dahin aus, daß sich dasselbe weniger auf das technische Personal als vielmehr auf solche Arbeiter bezöge, die mit niederen und gewöhnlichen Arbeiten beschäftigt seien. Dieser letzteren Auffassung plädierte der geladene Sachverständige, Buchdruckermeister Heinz-Viegnitz, nicht völlig bei. Er bestätigte aber die Behauptung des Angeklagten, daß es allgemein gebräuchlich sei, Proben von Drucksachen, die man selbst gearbeitet, an sich zu nehmen und zur Weiterempfehlung zu benutzen. Auf Grund dieses Gutachtens nahm die Strafkammer an, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Mitnahme der Drucksachen gefehlt habe und sprach ihn frei.

Die Buchdruckerfirma Bogemann liegt recht häufig mit den organisierten Buchdruckern und mit dem Tarife im Kampfe. Es dürfte kaum selbst ein scharfmacherisches Blatt geben, das seine Handlungsweise als ehrenvoll anerkennen möchte. Die geschilderte Verhandlung legt den Arbeitern aller Verufe nahe, in ihren Tarifen ausdrücklich zu vereinbaren, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen derartige für den Unternehmer fast wertlose, für das Fortkommen der Gehülfe fast unentbehrliche Arbeiten mitgenommen werden dürfen. Das Vorgehen der Hagenauer Firma Bogemann zeigt eine besonders tiefe Nichtachtung des Werts der Arbeit und besonders hohe Schätzung der Arbeitsmaterialien. Wenn auch eine gleiche Rücksichtslosigkeit selten anzutreffen sein möchte, so geht es doch nicht an, des Arbeiters strafrechtliche Verfolgung von dem Zufall abhängig sein zu lassen, ob nach Ansicht des Gerichts ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Tuns beigegeben hat. Was von derartigen Fällen als Probearbeit zu verwertenden Arbeitsprodukten gilt, gilt auch von wertlosen Materialabfällen, z. B. in der Textilindustrie. Insbesondere in den Fällen, in denen vereinbart ist, daß für den Fall des Nichtauskommens mit den gelieferten Stoffen (zum Beispiel

Garne) Ersatz geleistet oder niederer Lohn gezahlt werden solle, widerspricht es der Billigkeit und dem Rechtsgefühl, daß im anderen Fall ein Zurückhalten der Reste als Diebstahl oder Unterschlagung zu charakterisieren sei. Wir erinnern an das ungeheure, vor 15 Jahren in Salsleben gegen Weber gefällte Urteil, die zu Justizstrafen verurteilt wurden, weil sie Garnabfälle für sich behielten und gemeinsam verwerteten, und weil das Gericht annahm, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit habe ihnen beigegeben. Durch Fälle wie den geschilderten, wird die Forderung von neuem als berechtigt hingestellt, alle auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Rechtsverhältnisse, einschließlich der strafrechtlichen Fragen, dem Gewerbegericht und einem obersten, noch immer fehlenden, Reichsgericht für Arbeiterfragen zu übertragen, dessen Mitglieder aus sachverständigen Laien bestehen.

Zum Arztstreik in Königsberg. Am Sonnabend ist der Streik der Ärzte in Königsberg beigelegt. Die Ortskrankenkasse hatte die Ärzte auf Schadenersatz wegen Vertragsbruchs verklagt. Nach der von uns mitgeteilten Entscheidung über den Erlaß einer einstweiligen Verfügung und angesichts der gesamten Sachlage konnte eine Verurteilung der Ärzte keinem Zweifel unterliegen. Die Kasse hat trotzdem zu einem Vergleich sich herbeigelassen, weil ihr die Sorge um erkrankte Arbeiter naturgemäß höher steht als eine Verurteilung der Ärzte zu einigen zehntausend Mark. Der Vergleich stipuliert die bestehende Vorschrift über die Funktion der Vertrauenskommission etwas präzis und wiederholt den bereits im Dezember 1905 vom Land gefaßten Beschluß, vorab an dem System der freien Arztwahl festzuhalten. Seiten ist frivoler als im Königsberger Fall der Vertragsbruch als ein Erpressungsmittel, das sich freilich als untauglich erwies, zwecks Verlängerung des bis zum Schluß dieses Jahres gültigen Arztesvertrages um 5 Jahre vom Faune gebrochen. Nach der von Gerichten leider gegen Arbeiter dem Erpressungsparagraphen gegebenen Auslegung war diese Forderung der Ärzte eine zweifelhafte Erpressung und das Anstehen an die Aufsichtsbehörde, der ärztlichen Forderung Geltung zu verschaffen eine der größten Verleumdungen, die einer Behörde zugefügt werden können. Wir erwarten dennoch nicht, daß gegen die Ärzte strafrechtlich vorgegangen werden wird. Wohl aber fordert die Erscheinung, daß Ärzte in wachsendem Maße den Krankenkassen die Erfüllung ihrer Aufgabe unmöglich zu machen suchen, ein Einschreiten auf gesetzlichem Wege entweder nach der Richtung, daß mit der Approbation die gesetzliche Verpflichtung zur Behandlung von Krankenkassenmitgliedern verbunden wird (ähnlich liegt es in der Schweiz), oder daß die Kassen ermächtigt werden, wenigstens im Notfall, den Kranken statt ärztlicher Hilfeleistung erhöhtes Krankengeld zu gewähren.

Witterungsüberblick vom 13. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. d. = p. n.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C. p. d. = p. n.
Schwetzingen	745.5	5 wölig	0	Saparanda	735.0	2 Schnee	-8				
Damburg	750.2	3 Schnee	-1	Petersburg	744.0	3 bedeckt	-6				
Berlin	750.5	7 wölig	0	Szilly	762.0	5 Regen	7				
Frankfurt a. M.	760.5	4 wölig	-1	Aberdeen	755.0	4 halb bb.	-5				
München	762.5	7 heiter	-3	Paris	764.0	2 wölig	-1				
Wien	753.5	5 halb bb.	2								

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. März 1906.
Stellach heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Mittwoch, Donnerstag, Freitag. — Soweit der Vorrat reicht.

Besonders vorteilhaftes Angebot.

ca. 80000 Dosen Gemüse-Conserven

Spargel		Kaiser-Schoten extra fein		Teltower Rüben		Marmeladen	
1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose	1/2 Dose		
Riesenstangenspargel ca. 12/15 Stangen	170	90	120	65	38	Melange-Marmelade	
Stangenspargel ca. 22/24 Stangen	160	85	80	45	—	ca. 5 Pfd.-Eimer 115	
Stangenspargel ca. 28/30 Stangen	150	80	50	30	—	Melange-Marmelade	
Stangenspargel ca. 40/44 Stangen	110	65	36	23	120	ca. 10 Pfd.-Eimer 215	
Stangenspargel ca. 50/55 Stangen	100	55	90	50	100	Orange-Marmelade nach engl. Art, Dose ca. 1 1/4 Pfd. 53	
Consumstangenspargel	78	44	70	40	70	Marmelade in 8 verschiedenen Sorten, Topf ca. 1 Pfd. 55	
Brechspargel Riesen, m. Köpfen	125	—	50	30	Confituren in 5 Sorten ca. 2 Pfd.-Eimer 75		
Brechspargel mittel, m. Köpfen	80	45	65	38	38	24	Confituren in Eimern ca. 5 Pfd. 265
Brechspargel dünn, m. Köpfen	60	35	49	29	45	—	Confituren in Gläsern ca. 1 1/2 Pfd. 70
Brechspargel stark, ohne Köpfe	55	33	30	20			

Pa. Brech- u. Schneidebohnen ca. 5 Pfd.-Dose 55 Pf.

Apfelsinen p. Dtzd.	30 40 50 60
Citronen p. Dtzd.	28 35 45
Kiste mit 300 Stück	750
Almeriatrauben	Pfund 50
Schalmendeln	Pfund 75
Datteln, ff. Marokkaner	Karton 38
Traubenrosinen	per Pfund 55

Sardinen	
Marke Loubet Dose	32
Marke La Primera	Dose 35
Marke Concorda	1/2 Dose 125 1/4 Dose 75
Marke La Renome	1/2 Dose 135 1/4 Dose 80
Marke Saupiquet	1/2 Dose 150 1/4 Dose 90
Anchovis, Sardinen, russisch	Glas 23
Gabelbissen Dose	70 120
Neunaugen Dose	87
Bratheringe, Bismarckheringe	Dose 45
Marke Lambert Dose	35
Marke Lambert Dose	48
Nordsee-Krabben	35 65
Appetit-Sild Dose	33 52

Pommersche Cervelat	100
Pommersche Salami	100
Pa. Rotwurst frisch	Pfund 55
Casseler Rippenspeer	Pfund 98
Corned Beef	ca. 2 Pfund-Dose 155
Feinste Aufschnitt-Sülze	1 Pfd. Inhalt per Dose 85

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 8353.

Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Schmiede Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Industriezentration und Gewerkschaftszersplitterung.
Referent: Kollege **Cohen**. 2. Diskussion.
Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 15. März, abends 8 Uhr,

Allgemeine Versammlung der Uhrmacher

in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers **Max Schütte** über: **Heinrich Heine und seine Zeit**. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission.
4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/4
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 15. März 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung aller in Spezialbetrieben für Anfertigung von Herrenschreibtischen und Büfets arbeitenden Kollegen

in den **Andreas-Bettfäden** (früher **Stiefert**), **Andreasstr. 21**.

Tages-Ordnung: Ist es möglich, für unsere Spezialbranche einen
Grundlohn aufzustellen?
Kollegen! Agitiert für regen Besuch dieser Versammlung.
Die Kommission.

Lithographen und Steindrucker!

Donnerstag, den 15. März, abends 8 Uhr, in **Kellers Bettfäden**,
Roppenstraße 29:

Große öffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

Der Streik der Hilfsarbeiter bei **Vittaner u. Boyen** und
die Kündigungen der Lithographen und Steindrucker in den
Ringbetrieben. 269/16

Alle Kollegen sind zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen. Voll-
ständige Beteiligung erwartet. Der Einberufer.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Freitag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Boeker**,
Weberstraße 17:

➔ **Außerordentliche** ➔

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die Einteilung Berlins in Bezirke.
2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
NB. Die Kranzüberlegung am Sonntag, den 18. März, erfolgt vom
Kollegen **Hafels**, **Randbergstr. 8**, nachmittags 10 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Zigaretten-Produktivgenossenschaft Dresden

E. G. m. b. H.

➔ **Einladung** ➔

2. ordentlichen General-Versammlung

am 24. März 1906, abends 7 Uhr, im großen Saale der Reichs-
hallen, Dresden, **Palaststraße**.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht für 1905. 2. Eventuelle Anträge zum Statut.
3. Neuwahl der auscheidenden und wiederwählbaren Vorstands- und
Aufsichtsratsmitglieder. 4. Anträge und Verschiedenes. 106/6
Der Aufsichtsrat, **Franz Mütz**, erster Vorsitzender.

Großer öffentlicher Vortrag

heute Mittwoch, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Berlin, **Web-
straße 19**, bei **Wäbelfindt**, über:

Geschlechtsübergänge und Homosexualität

von **Dr. med. Magnus Hirschfeld**.

Der Einberufer.

4465

**TUMA-
ZARI**
Beste 2 Pfg.-Zigarette.

2662*



Die Zigaretten, welche die vortrefflichen Eigenschaften feiner türkischer Tabake den anspruchvollsten Rauchern gelehrt haben -
Die türkischen Zigaretten, welche sich unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen -
Die türkischen Zigaretten, welche mehr als alle anderen Zigaretten die schärfsten Kritiker stets befriedigen - sind

JOSETTI CIGARETTEN

das Resultat reiner, wohlschmeckender, voll aromatischer und doch milder Mischungen, welche sich stets in der Qualität gleichbleiben, niemals enttäuschen und auch dem verwöhntesten Geschmack niemals überdrüssig werden.

Das Aroma der Josetti-Zigaretten ist ein Triumph sachverständiger Mischungen, die Preise, zu welchen sie verkauft werden, ein Wunder kaufmännischer Tüchtigkeit.

Josetti-Jano 10 St. 20 Pfg.
Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

Sie

garantiert Handarbeit

3712*

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage

Der

„Süddeutsche Postillon“

Humoristisch-satirisches Witzblatt

Groß 4^{te} Bseilig, reich und originell illustriert, schwarz und in prächtigem Farbendruck.
Zu beziehen direkt, durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs, sowie durch die Post.

Preis pro Nummer 10 Pfg.

Jeder Arbeiter trage zu seiner weitesten Verbreitung bei.

BERLIN NW.,
Beusselstr. 9

Moahiter Bürgersäle

1 großer und 1 kleiner Saal
... stehen täglich zu ...
Versammlungen und Vor-
gängen zur Verfügung.

×××× Vereinszimmer einige Sonntags noch frei. ××××

Möbel u. Polsterwaren

reell, zu soliden Preisen, empfiehlt

2792*

H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf,
Richardstr. 116, am Dönhofsplatz.
Eigene Werkstatt im Hause. Begründet 1890.

Schwarzer



Adler

Friedrichsberg,
Fernsprecher Nr. 8.

Frankfurter-
Chaussee 5.

Restaurant und Festäle.

Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn

O. Bürger.

Jeden Mittwoch:

Humoristische Soiree der **Willy Walde-Sänger.**

Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bons haben Gültigkeit.

3392* Gebr. Arnhold.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn

N. 39. **Gerichtstr. 10 am Hochplatz.**

Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.

Komplette bunte Küchen von 36 Mark an

sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren

nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.

Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwillig gestattet.

Kufeke's Kinder- mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.

5601L*

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.



New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren

Fahrradhandlung.

Millionen im Gebrauch



Engros-Vertrieb: **Romain Talbot, Berlin S.**

Das Verbrechen von Courrières.

Die vielleicht noch still gehegte Hoffnung, daß bei dem furchtbaren Grubenunglück von Courrières in der Erregung des Schreckens über das Entsetzliche die Folgen doch wohl übertrieben sein könnten, daß es noch gelingen werde, eine größere Anzahl der in der Tiefe Begrabenen zu retten, muß leider zerstört werden. Je nach verschiedenen Meldungen ist die

Zahl der Opfer

noch größer als bisher angenommen worden ist. Es sollen noch circa 700 Personen mehr eingezogen sein, als bisher angegeben wurde, demnach erhöhte sich die Zahl der vernichteten Menschen auf circa 2000. Und die Ingenieure haben alle Hoffnung aufgegeben, von den Begrabenen noch einen zu retten. Wer bei der Explosion nicht zu Tode kam, muß in den giftigen Gasen erstickt und was noch gräßlicher ist, wenn noch Knarpen in der Tiefe leben, sie müssen verhungern. Es scheint keine Möglichkeit vorhanden, vor Ablauf von 6 bis 10 Tagen bis zu der Tiefe vorzudringen. Bestimmt als tot werden 1363 Mann gemeldet. Mehrere Dorfschaften sind beinahe der gesamten erwachsenen männlichen Bevölkerung beraubt. Ueber 800 Familien sind ihrer Ernährer beraubt. Gegen 700 Witwen, gegen 6000 Waisen umhulen in wortloser, hängender Verzweiflung die Hochalmenden, die erst gegen 80 Leichen ausgeliefert haben. Die ganze Gegend ist wirtschaftlich vernichtet.

Ueber die technischen Anlagen gibt die nachfolgende Darstellung der „N. B. Zeit. Jg.“ einigen Anhalt:

Glücklicherweise erfuhr man, daß von den 1800 Knappen der Morgeneinfahrt auf Anordnung eines Ingenieurs 400 wieder zutage gestiegen waren; da die Ausgänge der Gruben Nr. 2, 3 und 4 versperret waren, fehlten viele ihre Öffnung in den Schacht der Grube Nr. 10, die mit den drei anderen Gruben in Verbindung steht. In der Tat war es einer Reihe von Bergleuten gelungen, sich durch die Verbindungsgänge hierher zu retten; aber die Hoffnung, daß sie hier zu Hunderten hervorkommen würden, erwies sich als trügerisch, da die Grube Nr. 10 höher liegt, wie die Nr. 2, 3 und 4, und nur in ihren tiefsten Gängen mit den oberen der Nr. 2, 3 und 4 zusammenhängt. Stunden vergingen, ehe man an die ersten Rettungsversuche denken konnte. Aus den Schächten 2 und 3 stiegen so dicke Gase auf, daß ein Näherkommen unmöglich war. Trotzdem ließ sich der Ingenieur Voisin in einem Korb in den Schacht Nr. 3 hinabsteigen; man zog ihn nach einer halben Stunde, da er keine Zeichen gab, in den letzten Jagen liegend heraus. Im Schachte Nr. 4 verließen die Ingenieure Bar, Bousquet und Domaison niederzukommen. Sie bringen gegen Mittag nach und nach acht schwerverwundete Arbeiter heraus; mit Tränen in den Augen berichten die mutigen Retter, daß die Gänge einem Schlachtfeld gleichen; überall begeben sie auf ihrem Wege entsetzlich verstümmelten Leichnamen. Später langte die überraschende Nachricht an, daß 120 Bergleute der explodierten Gruben sich durch einen Gang nach Schacht 11 zu begeben vermochten. Von Grube 10 aus vermochte leider im Laufe des Tages nur wenig zu geschehen, da die Gänge von zusammengefügten Balken und Erdmassen versperret waren und giftige Gase hier sehr gefährlich wurden. Bis zum späten Abend war man in den verschiedenen Einfahrtschächten damit beschäftigt, das Ballentwert wegzuräumen, um tiefer gelangen zu können. Am Mitternacht konnte man in Grube 3 bis in eine Tiefe von 145 Meter gelangen, sie geht aber bis auf 860 Meter hinunter und 450 Bergleute blieben da unerreichbar. In Grube 4 konnte man nicht einmal so tief gelangen; von 852 Bergleuten sind dort tot oder noch lebend 175 emporgebracht worden. Aus Grube 2 retteten sich von 500 Bergleuten ungefähr 400. Viele der verwundet aus dem Schacht Nr. 4 Geborgenen werden ihren Verletzungen erliegen müssen; ihre Haut ist rot gerötet, sie liegen in Reihen bewegungslos in den Sälen der Bergwerksteuern, und die Ärzte tun um sie ihr Möglichstes.

Das Unternehmerorgan, das nach dem „Vorwärts“ Unglück, velleicht unter der Einwirkung der allgemeinen Erregung, nach dem Staatsanwalt rief, fühlt sich angesichts des furchtbaren vom Kapitalismus verschuldeten Unglücks berufen, den

Es schreibt:

„Von anderer Seite wird uns zu dem Eindruck, den die Katastrophe auf die Bevölkerung gemacht hat, berichtet, daß gewisse Sozialistenblätter daraus Anlaß nehmen, die furchtbaren Unfälle gegen die Grubengesellschaft und auch auf die Ingenieure zu schleudern, obgleich noch nichts vorliegt, was auf eine verhängnisvolle Nachlässigkeit der Betriebsverwaltung schließen ließe, und obgleich die Ingenieure jedenfalls mit Einsetzung ihres eigenen Lebens ihrer Pflicht nachgekommen sind. Bei der allgemeinen Trauer über die Katastrophe muß das Verfahren als höchst widrig und unpassend bezeichnet werden. Auch hört, wie man uns im Gegenzug zu der weiter oben mitgeteilten Äußerung des Deputierten der Gegend berichtet, die Grubenvölker selbst auf diese Aufreizungen nicht. Sie bezeugt vielmehr, soweit ihr Schmerz es gestattet, den Direktoren und Ingenieuren ihr volles Vertrauen.“

So in der Abendausgabe vom Montag. In der Morgenausgabe vom Dienstag berichtet sie dies:

Es wird wohl gelingen, größere Ausschreitungen zu vermeiden. Allerdings herrscht bei der Bevölkerung große Erbitterung und gegen die Grubenverwaltung werden schwere Vorwürfe erhoben.

Wie wir schon gestern nachwiesen, ist die Erbitterung und sind die Vorwürfe leider nur zu berechtigt. Wie mit der

Gefahr gespielt

worden ist, geht noch aus der obigen Mitteilung hervor, daß auf Anordnung eines Ingenieurs Leute wieder aus der Grube herausgeholt worden sind. Also man hat unbekümmert um das furchtbare Wüten eines Grubenbrandes, der ganz selbstverständlich gewaltige Quantitäten giftiger Gase entwidelt, deren Explosion durch das Grubenfeuer für jede Minute befürchtet werden mußte, tausende Menschen in die Gefahr der Vernichtung hineingestoßen! Es taucht Besorgnisse auf: trotzdem läßt man die Menschen in die Grube hinein! Schließlich packt einen Beamten die Angst, das Entsetzen, er will noch retten — es ist zu spät! Nur ein Bruchteil der Belegschaft sieht das Tageslicht wieder, fast 1400 Knappen liegen im Schacht, nie mehr kehren sie zu den Jhrigen zurück. Von verbrecherischer Leichtfertigkeit zeugt auch die Tatsache, daß eine Anzahl Leute ihre Rettung nur dem Umstand verdanken, daß sie wegen der glühenden Hitze, die der Brand entwidelte, nicht zu ihrer Arbeitsstelle gelangen konnten. Da kann man wirklich nicht mehr von Vorsicht der Verwaltung reden. Die

Einrichtungen auf der Unglücksgrube

werden noch als besonders vortrefflich gerühmt. Da muß es ja im französischen Bergbau ganz heillos aussehen! Die „Reue Freie Presse“ berichtet nämlich folgendes:

„Der Eindruck des Unglücks wird noch gesteigert durch die Ursachen, welche der verheerenden Katastrophe zugrunde liegen

und geeignet sind, die Aufmerksamkeit der staatlichen Aufsichtsorgane im Bergbaubetrieb der ganzen Welt auf die Verhältnisse zu lenken, die in den Gruben von Courrières geherrscht haben und denen zweifelsohne die Schuld daran beizumessen ist, daß das Unglück solche riesige Dimensionen annehmen konnte. Koch sind die Erhebungen nicht ganz abgeschlossen, aber schon gibt es als höchstwahrscheinlich, daß der Grubenbrand, in dessen Folge dann Explosionen und Schachteinstürze ausbrachen, seit längerer Zeit in der Grube gewütet hat, und daß die zur Abdämmung des Feuers ergriffenen Maßnahmen durchaus ungenügend waren. In den Gruben von Courrières gab es keine Leitern, wie solche zum Beispiel in allen Grubenbetrieben Österreichs Vorschrift sind, auch wurde daselbst noch mit offenem Licht gearbeitet. Im Moment der Explosion verlagte die Fördervorrichtung, und der Mangel an Stützleitern machte die Gruben zur Laufesalle, in der die Arbeiter, die sich noch hätten retten können, erbarmungslos gefangen waren.“

Verschiedentlich ist berichtet worden, auch die Organe der preussischen Regierung, welche die Unglücksgrube besichtigten, hätten sich lobend über die Einrichtungen ausgesprochen. Wenn das stimmt, dann versetzen wir das zögernde Vorgehen in Punkte Bergarbeiter-schutz in Deutschland. Die Regierung der „Besten Sozialpolitik“ als Schutzzeuge für den fäulnigen Kapitalismus in Frankreich — für-wahr eine bittere Satire! — Bei den

Vergungsbereiten

hat nach übereinstimmenden Meldungen die deutsche Rettungskolonie von Jeze Shamrock schon Hervorragendes geleistet.

Es wird darüber berichtet:

Paris, 13. März. Die gestern hier eingetroffene deutsche Rettungsmannschaft begann sofort nach ihrer Ankunft mit den Arbeiten und hat bereits Hervorragendes geleistet. Sie konnte besser als die Pariser Rettungsmannschaften in die engen Schächte eindringen. Auch beleuchteten die Lampen der Deutschen eine größere Strecke als die der Pariser. Die deutschen Rettungsmannschaften sind bis 800 Meter vorgegangen und haben große Haufen von Leichen gefunden, die in ihrer Mehrzahl bereits in Verwesung übergegangen waren. Die Leichen lagen in allen möglichen Stellungen, mit zusammengekrümmten Gliedern, manche standen aufrecht gegen die Grubenwände gelehnt. Nichts hielt die deutschen Bergleute in ihrem Eifer auf, sie luden fortwährend Leichen auf ihre Schultern und trugen dieselben im Lauffschritt zu dem Steiger-schachte, von wo sie zutage gefördert wurden. So oft die Deutschen, um Luft zu schöpfen, ans Tageslicht kamen, veranstaltete das Publikum ihnen große Ovationen. In ganz kurzer Zeit wurden 50 Leichen zutage gefördert.

Ein Korrespondent des „B. L.-Anz.“ berichtet:

„Winnen zwei Stunden brachten die Deutschen 120 Leichname empor im Wege von Grube II. Leider wurde schon von der ersten deutschen Abteilung (acht Männer) das furchtbare Fortwüten des Feuers in Grube III konstatiert. Ferner wurde wahrgenommen, daß Grube IV wegen der lebensgefährlichen Gas-ausströmungen immer noch vollkommen unzugänglich ist. Die Feuerwehrmänner von Helfenkirchen begannen heute ihre Aktion, von der man sich Erfolg verspricht.“

Die hier in Betracht kommenden Einrichtungen sind als vorzüglich bekannt und fanden auch auf der Lütticher Ausstellung volle Anerkennung der Sachverständigen. Es wäre besser gewesen, die Verwaltung der Unglücksgrube hätte die Einrichtungen, von deren Güte sie sich wohl überzeugt hatte, selbst sofort eingeführt. Das schreckliche Ereignis sollte aber auch unsere Regierung veranlassen, sofort die Schritte für obligatorische Einführung solcher Einrichtungen zu unternehmen.

Wir verzeichnen noch folgende Meldungen:

Paris, 12. März. Der Direktor der Mine von Billy-Montigny hat erklärt, daß dank der Hilfe der deutschen Rettungsmannschaften in Courrières jetzt die Räumung der Galerien schnell fortschreiten werde. Ein von diesen, mit Rauchhelmen ausgestatteten Mannschaften gemachter Versuch hat zu einem sehr günstigen Ergebnis geführt: um 11 Uhr abends waren die Leute bereits 500 Meter vorgegangen, die Leichen wurden von ihnen bei Seite geräumt und mit Kalk bedeckt.

Leuz, 13. März. Nachdem die bisherigen Versuche, eine Ent-fernung der Gase aus der Grube zu bewerkstelligen, erfolglos geblieben sind, will man es jetzt auf folgende Weise versuchen: Die Schächte 2, 4 und 11 sollen luftdicht abgeschlossen und es soll durch Schacht 3 mit einem starken Ventilator Luft eingeblasen werden, die sich überall verteilt und auf dem Rückwege durch das feste Ausströmen alle giftigen Gase mit in die freie Luft befördern soll.

Alle die bei den Vergungsbereiten und an den Schächten sich

abspielenden Schreckensszenen

zu schildern ist schier unmöglich. Keine Feder ist imstande, das Grauen, das Elend, die Verzweiflungsausbrüche, alles Weh, allen Jammer zu schildern. Einigen Schilderungen geben wir hier Raum:

„Bei flackerndem Gaslicht fuhren drei Grubenarbeiter langsam in den Schacht hinunter. „Sie können nur eine Tiefe von 150 Meter erreichen“, sagt ein Ingenieur, „und die Bergleute liegen 900 Meter tief.“ Fünfzig Meter trennen also die Lebenden von den Toten. Die Grubenarbeiter steigen wieder heraus und sagen leidend: „Sie haben gegen die Wasserleitungen geklopft und wir haben sie gerötet! Sie leben! Man wird sie retten können!“ — „Ja fürchte, nein.“ flüsterte neben mir Herr Leon. „Bedenken Sie! Man wird vielleicht acht Tage brauchen um den Schacht freizumachen, und in acht Tagen werden die Aermsten erstickt oder verhungert sein.“

„Auch in tiefer Nacht ist die Menge nicht von den Gruben-gebäuden gewichen; finsternes Schmeigeln herrscht. Niemand klagt mehr laut; die Familien stehen beisammen, hier ein Groß-mütterlein, das den Mann, der seit Jahrzehnten ohne Unfall in der Mine arbeitet, und die drei Söhne hundert Meter tief unter sich verloren weiß; drei Witwen, sieben Waisen stehen um die Alte. Dort starrten zwei Schwestern zum Himmel auf, die morgen mit zwei Knappen Hochzeit feiern sollten.“

Zwei Minuten später stiegen aus der Grube 11 und aus der Nachbargrube Nummer 4 etwa sechs Knappen hervor, die auf den Treppen emporgestiegen waren. Sie waren wie wahnsinnig. Ein Knappe sagte sich und sagte: „Es ist schrecklich!“ — „Sind Ihre Kameraden verwundet?“ — „Ja sah zwei Verwundete. Neben mir war ein Mann, welchem ein Arm oberissen wurde.“ — „Und die anderen zwei?“ fragte man in angstvoller Ent-regung. „Sie sind tot, alle tot!“ antwortete er mit tonloser Stimme, den Blick fix in die Luft gerichtet.“

„Bei dem Vorbeimarsch der Bevölkerung vor den Särgen mit den wenigen bisher geborgenen Leichen kommt es andauernd zu erschütternden Szenen. Auch die Soldaten, die die Särge bewachen, weinen beim Anblick des allgemeinen Jammers. Es gibt Frauen, die noch immer hoffen, ihre Männer möchten in irgend einem Winkel der Galerien noch am Leben sein. Leider hoffen sie etwas Unmögliches.“

„Den größten Verlust erlitt eine Frau und Mutter, der der Mann und sieben Söhne durch das Unglück entzogen wurden.“

„Unter den Geretteten befinden sich ungefähr achtzig Ver-wundete, von denen einige lebensgefährlich verletzt sind; fünf sind wahrscheinlich geworden. Einige der Frauen noch eingeschlossener Bergleute reihen sich in ihrer Verzweiflung die Kläuber vom Leibe und verlangen, in den Schacht geworfen zu werden.“

Als gewissenhafte Chronisten teilen wir auch noch mit, daß die verschiedenen Landeshäupter und Regierungen Velleidenschaftsbewegungen nach Paris gelangen ließen, verschiedentlich wurden auch Geldspenden angewiesen.

Der ultramontanen „Köln. Volksztg.“ war es vorbehalten, bei diesem traurigen Anlaß ihren feinen kapitalistischen Instinkt zu ver-raten. Sie macht die Interessenten darauf aufmerksam, daß das entsetzliche Unglück doch auch Segen bringe. Wie sie vertritt, ist eine Zunahme der Kohlenausfuhr nach Frankreich infolge des Grubenunglücks zu erwarten. Der Betrieb in Courrières muß auf längere Zeit be-deutend eingeschränkt werden. Die dortige Jahresförderung beträgt 2 500 000 Tonnen.

Das fromme Blatt hat alle kapitalistischen Konfuzienblätter ge-schlagen.

Gegen Volksverdummung, Volksnebelung und Volks-anseutung!

Eine Anklage wegen Aufreizung zu Gewalttätig-keiten im Sinne des § 139 führte gestern den Genossen Ernst Freygang vor die I. Strafkammer des Landgerichts I. Die An-klage hängt mit der Agitation gegen das preussische Dreiklassen-wahlrecht zusammen. Für den Tag der Massenversammlungen am 21. Januar hatte die Buchhandlung „Vorwärts“ eine Agitations-schrift herausgegeben: „Gegen Volksverdummung, Volksnebelung und Volksan-seutung, Material zur Beurteilung der vorkommenden Politik des preussischen Dreiklassenparlaments.“ Die Broschüre sollte auch für die für den 21. Januar in Aussicht genommenen Referate Material an die Hand geben und ist zu diesem Zweck verwendet. — Für den Inhalt der Broschüre ist der Angeklagte verantwortlich. Nach Ansicht der Anklage ist der Inhalt der Broschüre geeignet, zum Kampfe gegen die Klasse der Besitzenden, namentlich gegen die Junker anzureizen. Es sind besonders zwei Stellen inkriminiert. In der einen Stelle wird das Proletariat „auf die Schanzen“ gerufen und gesagt: „Das Proletariat werde mit feurigen Jungen die ihr vorenthaltenen Rechte fordern; es warte auf den Augenblick, wo es seine Fesseln zerbrechen und mit den frechen Schändern des Volkswohls Abrechnung halten wird.“ — In der zweiten Stelle wird, nachdem auch auf Österreich und Rußland Bezug genommen war, gesagt: „Das Proletariat kiste sich zum Kampfe zur Erreichung des Wahlrechts. Die Arbeiter würden mit gewaltigem Ruck die Ketten sprengen, die ihre Bewegungsfreiheit hindern.“ — Die Broschüre wird auch im Buch-handel feilgehalten und ist in Breslau beschlagnahmt worden. — Der Angeklagte bestritt die Veredlung der Anklage.

Die Broschüre sei gar nicht dazu bestimmt gewesen, wörtlich vorgetragen zu werden, sondern sie sollte nur den Rednern Material zur Auswahl ad libitum darbieten. Die vielfach pathetischen Wendungen seien nur bildlich zu verstehen. Es liege der Sozial-demokratie vollständig fern, mit ungeheuerlichen Gewaltmaßnahmen ihre Ziele erreichen zu wollen. Es komme ihr nur darauf an, die Wahlrechtsbewegung und die Zahl derer, die gegen das ver-lehrte Wahlrecht protestieren, zu verstärken und zu vergrößern, um mittels des Druckes der öffentlichen Meinung die maß-gebenden Faktoren dazu zu bewegen, eine Änderung statt-finden zu lassen. Am 21. Januar haben über 200 Versammlungen stattgefunden und kein einziger Gewaltakt sei in ihrer Folge vorgenommen worden. Schon dieser Um-stand allein zeige die Sinnlosigkeit der Anklage. — Staats-anwaltschaftsrat Lindow: Die ganze Schrift geht davon aus, daß die ganze Grundfrage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung auf das maßlose angegriffen werden müsse; unsere ganze Kultur wird als vollständig verrotten hingestellt. Derartige Angriffe lassen sich nicht, denn wir sind zu sehr daran gewöhnt. Ist man aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie in einer Form geschehen, die gegen die Gesetze verstößt, dann darf das Gericht auch nicht vor dem Vorwurfe eines Landensprozesses zurückweichen. In der Broschüre wird das Proletariat „zweifellos“ angezettelt, zu Gewalttätigkeiten gegen die Besitzenden Klassen zu greifen. Es handelt sich ja hier um eine Partei, die sich selbst eine revolutionäre nennt, die mit den gesetzlichen Mitteln dauernd nicht auskommen kann, die zwar zunächst die Gewalt verwirft, aber wohl selbst nicht glauben kann, daß ihre Ziele ohne Gewalt erreicht werden können. Es handelt sich im vorliegenden Falle auch nicht um Aufreizungen, die sich als Entgleisungen eines besonders pathetischen Redners darstellen, sondern um eine sorgfältig aus-gearbeitete gedruckte Form, die denjenigen unerschrocken wurde, die zu Agitatoren für die Masse bestimmt waren. Keineswegs handelt es sich um Widerspruch, sondern um eine offene Verdrängung der Gewalt den Besitzenden Klassen gegenüber. Der Zweck der Druckschrift war, daß den Massen suggeriert werden sollte, das Volk müsse sich wehren und müsse event. bereit sein, Gewalt zu ge-brauchen. Die Tatsache, daß in Wirklichkeit kein Gewaltakt zu verzeichnen war, ist nicht maß-gebend. Die aufreizenden Wendungen bedrohen auch den öffentlichen Frieden, denn sie sind gemacht worden unter Hinweis auf die russische Revolution und die Agitation wurde in einer Form inszeniert, daß sich die Besitzenden zunächst bedroht fühlen konnten. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und Un-braubormung der Watten und Formen. — Verteidiger Rechtsanwalt Heine beantragt die Freisprechung. Der An-geklagte, der natürlich irgend eine Sonderstellung nicht für sich in Anspruch nimmt, hat Gewalttätigkeiten nicht gewollt und auch nicht das Bewußtsein gehabt, daß die Broschüre zu Gewalt-tätigkeiten aufreize. Er hat im Gegenteil das Bewußtsein gehabt, daß es sich nur um eine Agitation mit gesetzlichen Mitteln handle. Das Gegenteil zu beweisen ist dem Staatsanwalt durchaus miß-gelückt. Nimmt der Staatsanwalt an, daß es sich darum handelt, die preussische Verfassung mit Gewalt zu ändern, um dann hätte er die Anklage wegen Hochverrats erheben müssen und die Sache gehörte vor ein anderes Forum. Wer unter den heutigen Verhältnissen zum Zwecke der Änderung des Wahlrechts zu Gewalttätigkeiten aufreizen wollte, würde nicht ins Gefängnis, sondern in das Irrenhaus gehören. Das widerspricht den ganzen historischen Verhältnissen in Preußen und der ganzen politischen Stellung der Sozialdemokratie. Einer Partei, die in den Reichstag 80 Abgeordnete entsandete, die sich auf das minutöseste an den Arbeiten beteiligen, kann nicht zu-gemutet werden, daß sie eine gewalttätige Revolution machen will. Im übrigen aber hat doch jeder das Recht, die Politik seiner Gegner als miserabel und schlecht zu kennzeichnen. Wie miserabel das preussische Wahlrecht ist, haben ein Bismarck und ein Freilichke geschildert, und auch Graf Solodowetz hat jüngst seine Bedenken gegen dieses Wahlrecht ausgedrückt, das seine Gegner in allen Parteien, mit Ausnahme der konfessionellen, hat. Der in der Broschüre enthaltene Hinweis auf Rußland sollte nur zeigen, daß man selbst in Rußland über das hinausgeht, was als Referat bei uns beachtet wird. Es handelt sich also nur um eine gesetz-mäßige Agitation für die Er-reichung neuer Rechte. Das von den maßgebenden Personen in der Sozialdemokratie von Anfang an auch nichts anderes beabsichtigt worden, als eine friedliche Demonstration der Massenversammlungen wird eben der Abg. Wollensburger bezeugen und beweisen die im „Vorwärts“ erschienene Warnung vor Ausschreitungen am 21. Januar. In den Massen ist selbst so viel politisches Verständnis und so viel tüchtige Ueberlegung vorhanden, daß sie gar nicht an Gewalt-akte denken. Sie denken vielmehr daran, daß der moralische Druck auf die Dauer sich unwiderstehlich erweisen wird.

wie er in anderen Staaten bereits gute Früchte getragen hat. Der öffentliche Frieden ist durch diese, gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Veranschaulichung nicht gefährdet worden. Das beehrte Strafmass ist ganz unbillig, namentlich wenn man daran denkt, wie oft ein Straf-Büchlein trotz seiner fasslichen Aufzeichnungen freigesprochen worden ist, weil keine Verbrechen als "bildlich" gemeint angenommen wurden. — Nach einer Entgegnung des Staatsanwalts und einer längeren Replik des Rechtsanwalts Heine zog sich der Gerichtshof zu kurzer Beratung zurück. — Das Urteil lautete auf Freisprechung. Der Gerichtshof war nicht der Meinung, daß die Broschüre, insbesondere in den beiden inkriminierten Stellen eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthält. Nach der ganzen Tendenz der Broschüre, die dahin geht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und für eine Reform des Wahlrechts zu gewinnen, könne es sich in den inkriminierten Stellen nur um bildliche Ausdrücke handeln.

Der vorstehende Bericht, den wir der Thiele'schen allgemeinen Gerichts-Korrespondenz entnehmen, (da uns von der Anberaumung des Termins keine Kenntnis gegeben war, konnten wir keinen besonderen Bericht erstatten) klingt, soweit es sich um die Anklage, die Ausführungen der Staatsanwaltschaft und das von ihr beantragte Strafmaß handelt, kaum glaublich. Eine Broschüre, die in der ruhigsten Weise den historischen Werdegang und einige volkreichernden Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts darlegt, wird als „Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander zu Gewalttätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ hingestellt! Fürwahr, wenn etwas den öffentlichen Frieden zu gefährden geeignet ist, so ist es der Versuch, durch solche Anklage und Anklagerede das Gericht zu bestimmen, an Stelle objektiver Würdigung der Handlungen des Angeklagten die Tendenz des Angeklagten oder richtiger seiner Partei zum Leitmotiv für die Urteilsfindung zu machen. So klar wie die Rede des Berliner Staatsanwalts konnten selbst fassliche Staatsanwälte die Tendenz unserer Rechtspflege, die Klassenjustiz, nicht entbehren. Ein „Schuß“, um einen Ausdruck des Staatssekretärs der Justiz zu gebrauchen, ist ein Richter, der nicht lediglich die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat, sondern dessen politische Gesinnung, dessen Tendenz zum Gegenstand der Urteilsfindung machen würde. Ein ehrenwerter Richter muß sich, meinte im Jahre 1849 das Kammergericht, um so mehr hüten, von politischer Leidenschaft sich bewegen zu lassen und an Stelle des Richteramts über Handlungen des Angeklagten zum Gericht über seine politischen Tendenzen zu setzen, je ferner er der politischen Ueberzeugung des Angeklagten steht.

Und der Berliner Staatsanwalt darf nach dem Gesetz den Richtern zurufen: schrecken Sie nicht vor dem Vorwurf eines Tendenzprozesses zurück, ohne daß die Richter in der Lage waren, diese Aufforderung zurückzuweisen. Denn der Staatsanwalt untersteht ja nicht der Disziplin des Gerichts. Mit den logisch, juristisch und vom Standpunkt der Gerechtigkeit unhaltbaren Deduktionen der Staatsanwaltschaft liehe sich jeder Vorstoß, jeglicher Kampf gegen die Vorrechte der Junker und Junkerengenossen in eine strafbare Aufreizung juristisch umbilden. Die beantragte Art und drakonische Höhe der Strafe beweist, daß Furcht und Schrecken vor der historischen Notwendigkeit des Sieges der Arbeiterklasse über das gewalttätige ihr zugefügte Unrecht die Hedonnie der Anklage war. In dem Antrage auf ein Jahr Gefängnis liegt unbedeutend das Eingeständnis des bösen Gewissens der Klasse, die für die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse eintritt, des bösen Gewissens der bürgerlichen Klasse, die fühlte, daß die politische Entrechtung der Arbeiterklasse im Widerspruch mit der wirtschaftlichen Entwicklung Preußens steht, und die nur noch durch Gewalt das bestehende Unrecht verewigen zu können meinte.

Vor kurzem wurde im Reichstag getarnt, das Ansehen der Justiz im Ausland herabzusetzen. Das Gericht hat ja im vorliegenden Falle freigesprochen. Aber die Tatsache, daß eine Staatsanwaltschaft und daß drei Richter diese Anklage erheben konnten, wird wahrlich zur Hebung des Ansehens der preussisch-deutschen Justiz nicht beitragen.

Als Antwort auf solche Anklage lese und wäge man die Broschüre:

Gegen Volkverdummung, Volkstnebung und Volksausbeutung!

Gerichts-Zeitung.

Ein mildes und ein hartes Urteil wegen Bedrohung.

Im Sommer v. J. beschäftigte der Maurer- und Zimmermeister Panfstadt aus Goldap auf einem Gute eine größere Anzahl Maurer. Der Besitzer dieses Gutes teilte dem Meister mit, daß einer dieser Maurer im sozialdemokratischen Sinne auf die übrigen Arbeiter ein-

wirke. Darauf stellte Panfstadt wegen dieses Verbrechens den sozialdemokratischen Maurer in derben Worten zur Rede. Nur auch die nötige Nachwirkung dieser Strafpredigt bei dem Maurer zu hinterlassen, äußerte er bei dem Verlassen der Arbeitstätte: „Auf eine Hand voll Rosen kommt es mir nicht an, ich nehme den Spaten und spalte Ihnen den Schädel!“ Wegen dieser Aeußerung stellte der Maurer Strafklage. Es erfolgte auch Anklage wegen Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens. Das Goldapener Schöffengericht nahm Rücksicht darauf, daß sich der Angeklagte in großer Erregung befunden habe, als er hörte, daß einer seiner Leute sozialdemokratische Agitation betrieben habe. Es verurteilte den Meister zu drei Mark Geldstrafe oder einen Tag Gefängnis. Wegen dieses auffallend milde Urteil legte B. dennoch Berufung ein bei dem Jüterburger Landgericht, welches dieselbe aber verwarf. Nun rief B. das Oberlandesgericht zu Königshagen an. Das Urteil wurde aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Am 7. März hatte sich die Jüterburger Strafkammer wiederum mit diesem Fall zu beschäftigen. Nach längerer Beratung entschied die Strafkammer dahin: nach subjektiver Hinsicht fehlten die Voraussetzungen einer Verurteilung gänzlich. Es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte eine strafbare Absicht gehabt, auch habe ihm das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt. Es sei daher auf kostenloser Freisprechung erkannt worden.

Ein anderes Urteil wegen Bedrohung wurde am 8. März vom Schwurgericht in Alsenstein gefällt. Ein Schuhmacher aus Allendorf war mit dem dortigen Gemeindevorsteher verfeindet. Er wollte ihm einen Schabernack spielen. Zu diesem Zweck tat er in einen eisernen Topf ein Fünftel Pfund Schießpulver vermischt mit Eisenstäubchen. Von einer alten Pistole brachte er den Hahn und Abzug mit einem Zündhütchen an. Durch eine kleine Oeffnung im Topf zog er ein an dem Abzug befestigtes Stild Bindfaden und stellte dann den Topf in eine Kartoffelmühle seines Feindes. Aufserhalb der Mühle befestigte er den Bindfaden an einen Stein. Der Gemeindevorsteher entdeckte diesen seiner Miete zugeordneten Schabernack. Er schnitt den Bindfaden vorsichtig ab und machte der Staatsanwaltschaft Anzeige. Es wurde eine Probe veranstaltet, bei der sich herausstellte, daß der Topf wirklich eine heftige Explosion herbeiführte. Der Angeklagte beteuerte, er habe den Gemeindevorsteher nur erschrecken wollen. Die Geschworenen verneinten auch die Schuldfrage des Verbrechens gegen das Gesetz betreffend Gebrauch von Sprengstoffen. Sie bejahten nur die Schuldfrage, welche auf Bedrohung lautete. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Asiatische Kriminalfindenten. Großes Aufsehen erregte gestern im Moskauer Kriminalgerichtsgebäude das Erscheinen einer größeren Gesellschaft vornehmer Chinesen und Japaner, die unter Leitung mehrerer höherer Justizbeamten die sämtlichen Einrichtungen innerhalb des Kriminalgerichts in Augenschein nahmen. An der Spitze der Gesellschaft soll ein sinesischer Vizekönig gestanden haben, der mit „Gxelenz“ von seinen Begleitern angeredet wurde und die von einem Dolmetscher überferteten Erläuterungen des Landgerichtspräsidenten Geh. Ober-Justizrat Dr. Braun und des Oberstaatsanwalts Dr. Jendziel mit großem Interesse und Aufmerksamkeit verfolgte. Auch verschiedene Japaner, unter denen sich ein Prinz Tsukunai befinden haben soll, nahmen an der Expedition teil. Nachdem die Söhne des Reichs des Mikado und des Himmels einige Zeit einer Verhandlung vor dem Schwurgericht (Kniehaase-Prozess) beigewohnt, begaben sie sich in das neue Kriminalgerichtsgebäude an der Ecke der Luem- und Mathenowstraße, wo sich bei der Erläuterung der verschiedenen Einrichtungen wiederholt heitere Mißverständnisse ergaben. Erst nach zweistündiger Wanderung durch die Hallen des Kriminalgerichts hatten die Herren aus dem fernem Osten ihren Wissensdurst gestillt. Der Anklagerede gegen unseren Genossen Prazang wohnten die Herren leider nicht bei. Schade: hätten daraus etwas Neues lernen können.

Prozess Milewsky. In der Affäre des Fräulein Milewsky ist der von der Angeklagten gegen die Richter der ersten Strafkammer des Landgerichts II gestellte Ablehnungsantrag jetzt durch Beschluß des Landgerichts II zurückgewiesen worden. Die Angeklagte hatte bekanntlich behauptet, daß nach einer Mitteilung des Rechtsanwalts Gräfe der Herzog Ernst Günther erklärt habe, „der Richter habe ihn verurteilt, daß die Angeklagte mindestens ein Jahr Gefängnis erhalten würde“. Die zur Aeußerung hierüber aufgefordernten Mitglieder der Strafkammer haben verklärt, daß sie weder mit dem Herzog Ernst Günther, noch mit einem Beauftragten desselben, noch mit sonst jemand über die fragliche Affäre gesprochen hätten. Darauf ist die Zurückweisung des Antrages erfolgt.

so daß nunmehr die Anberaumung eines neuen Verhandlungstermins zu erwarten steht.

Sigung haben Mittwoch:

Arbeiter-Rouderbund Berlin und Umgegend. Versammlungen im Vereinslokal sind zu richten an Adolf Braun, Weidenbühlstr. 50, II. (Barinas), Jönide, Gubenstr. 7. — Quaalbrüder, Woff, Rummelsburg, Kanstr. 14. — Waldhegen, Kunze, Zerbststr. 38. — „Steden roodt“, Albershof, Heidert, Himmelsstr. 28. — „Zieleff“, Sternstr. 35. — Heinen, Heinen, Sedanstr. 60a. — „Kosenblüte“, Jodel, Strahmannstr. 4. — „Gemütlichkeit II SO“, Aurb, Brangellstr. 108. — „Fidele Brüder“, Koffe, Friedrichsstraße, Luisenstraße 20. — „Glück II“, Frede, Karstr. 180. — „Die Dampfen“, Edel, Waldemarstr. 64a. — „Intelligenz“, Hofsold, Rantellstr. 66. — „Alederdust“, Böhm, Jordenferstraße 9. — „Weichschlitt“, Geldler, Frankfurt Allee 176. — „Kornblume“, Cofse, Ulan-Allee, Ecke Am Urban. — „Mit Schöneberg“, Aehn, Schönber, Sedanstr. 52. — „Sumatra“, Beier, Bäckerei-Str. 11. — „Fidelle Kauer“, Rörger, Rigdorf, Karstr. 18. — „Sumatra SO“, Krone, Neigubstr. 18. — „Konsequenz“, Alod, Schloßstr. 37. — „Gerade aus“, Naagen, Woldebergerstr. 14. — „Bruderkreis“, Kolms, Grünauerstr. 9. — „Welligbust“, Behrend, Schwarysloffstr. 8. — „Vorwärts“, Dahn, Waldstr. 4. — „Blauer Ring“, Charlottenburg, Gante, Goethestr. 60. — „Regalia“, Leonhardt, Kolonnenstr. 147. — „Ringelwolle“, Beiter, Weinbühlstr. 11. — „Alpenrose“, Banderlich, Reimendorf, Gesselnstr. 24. — „Frohes Leben“, Luse, Albershof, Himmelsstr. 10. — „Zimmer blau“, Reimendorf, Kluge, Berlinerstr. 128. — „Blüdenlust“, Hedde, Gethenstr. 8. — „Vorwärts“, Schmidt, Blumenstr. 43. — „Lustige Sieben“, Leonhardt, Rigdorf, Prinz Handjersstr. 60. — „Kosenblüte“, Schmidt, Falkenbergstr. 66. — „Lebensblüte“, Nieli, Kopenstr. 17. — „Geliebte“, Lohbe, Ober-Schöneberg, Wilhelmienstraße 15. — „Goldene Sonne“, Genger, Charlottenburg, Rehringstr. 27. — „Portatico“, Böler, Stalhoferstr. 17.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“. Gan 9 (Pov. Brandeburg). Antrager und Aufschreiben sind zu richten an den Gauvorsitzenden Karl Jäger, Waldstr. 8. Berlin, Berliner Arbeiter-Radfahrerverein, Abteilung III jeden 1. und 3. im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a; Abteilung IV jeden 1. und 3. bei Merowost, Andreaskstr. 2; Abteilung VII jeden 1. und 3. bei Czang, Adolkenstr. 8; Abteilung VIII jeden 1. und 3. bei Kleke, Baldr. 8. — Vergholz bei Potsdam, „Gondor“ nach dem 1. bei Schulz. — W-Landberg, „Stern“ nach dem 1. und 15. bei Rudolf Seidler. — Brandenburg a. S., Arbeiter-Radfahrerverein nach dem 1. im Volksgarten. — Adpenitz, „Vorwärts“ nach dem 8. und 22. bei Heilig, Schönfelderstr. 5. — Frankfurt a. O., A.-R. nach dem 1. und 15. im Vormärts, Preitelstraße. — Friederichsberg, „Glad auf“ im Kronenparken (Gärth.). — Friederichshagen, „Wanderer“ nach dem 1. und 15. bei Conrad, Preitelstraße 137. — Romanow-Kuendorf, A.-R. jeden dritten Mittwoch im Volksgarten. — Rudow, „Bij“ nach dem 1. und 15. bei Heime, Denkstr. — Schöneberg, A.-R. nach dem 1. und 15. bei Cöhl, Weiningerstraße 8. — Trausberg, „Frei auf“ vor dem 1. im Bürgergarten. — Velten, A.-R. nach dem 1. bei Paris, Luisenstraße 17. — Weichen, A.-R. nach dem 1. und 15. König-Gaustee 26. — Wilhelmstr. „Frohes Ziel“ jedes 2. Mittwoch bei Schneider, Hauptstraße. — Wilmersdorf, „Vormärts“ alle 14 Tage bei Selle, Brandenburgerstr. 100. — Schöneberg bei Gr.-Beeren, nach dem 1. — Korbfabrik, „Frei weg“ nach dem 1. bei Kocymarat. — Johannisthal, „Ergreif“ nach dem 1. und 15. bei Strüger, Friederichstr. 10. — W-Blenide, „Vorwärts“ nach dem 1. und 15. bei Witte. — Röllnhagen, „Wanderlust“ nach dem 1. bei Schöneberg. — Schönow, „Frei auf“ vor dem 1. und 15. bei Otto Schulze. — Kirchbain A.-R., A.-R. nach dem 15. bei Wille. — Reimendorf, A.-R. jeden 1. und 3. bei Meiner, Hauptstr. 50. — Seidmannslust, A.-R. jeden 1. und 3. bei Bulsch, Oranienburger Chaussee.

Arbeiter-Radfahrerclub „Freiheit“. Geschäftsstelle bei A. Mer, Weinstr. 3, I. — „Panther“, Rigdorf, Dietrich, Landstr. 7. — „Halt Stopp“ bei Wagner, Siargarderstr. 73. — „Freie Radler“, Spanbau bei Schuler, Wöllmannstr. 4.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch und Sonnabend: Turnverein „Joha“ in Erepow-Baumgartenweg 8 $\frac{1}{2}$ -10 $\frac{1}{2}$ in der Turnhalle Kieffstraße 773: Männer- und Jünglings-Abteilung. Damen-Abteilung ebenda Montag von 8 $\frac{1}{2}$ -10 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Arbeiter-Turnverein „Froh und Frei“, Grob-Lichterfeld (Damen-Abteilung), bei A. Meier, Chaussee 101. — Freie Turnerschaft Ober-Schöneberg von 8-10 Uhr in der Turnhalle Friederichstraße.

Gesellige Vereine. „Nymphaea alba“, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. des Monats im Ober-Präu, Jerusalemstr. 8. — Rundermonia- und Mandolineneverein „Symphonie“, Restaurant Storchent, Müllerstr. 161. — Verein ehemaliger Schüler der 60. Gemeindeschule Müllerstr. 61. — Lotterieverein „Fidel“ alle 14 Tage Solms- und Parochenstr.-Ecke. — Verein der Aquarien- und Terrarienkunde Berlin, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. im Monat in Oiesels Bierhaus, Landbergerstr. 69. — „Stallknecht „Revolution“, außer dem 2. Mittwoch im Monat bei Böhl, Grünauerstr. 3. — Gruppenverein „Nordost“ bei Bierstedt, Gisingerstr. 9. — Sparverein „Lilut“, Biemerstr. 44. — Geselliger Verein „Weiße Kette 1904“ bei Bahmann, Langestr. 84. — Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose (ehem. Belgier) jeden 1. Mittwoch im Monat Königsplatz, Königstr. 26.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzclub, Ortsgruppe Berlin, Versammlung jeden 1. Mittwoch im Monat im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 276.

Unterstützungsverein der Bierabzieher. Mittwoch nach dem 15. bei Rademig, Alte Falsstr. 83.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen. Jeden Mittwoch Sitzung Dittlerstr. 39, I.

Fachverein der Photographen. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Prälaten, Alexanderplatz.

Theater. Mittwoch, den 14. März. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: **Cyrenhand.** Die weiße Dame. Schauspielhaus. Der Schmir der Treue. **Deutsches.** Dedißus und die Sphinx. Neues. Ein Sommernachtstraum. Berliner. Zar Feodor Joannowitsch. Wesen. Die Ahrifanerin. Anfang 8 Uhr: **Schiller O.** (Wallner-Theater.) Japfenreiß. **Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Vogel im Käfig. **Lesing.** Und Witpa lang. **General.** Der Bettelstudent. **Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen. **Kleines.** Antigone. **Reinold.** Der Pringgemahl. **Trionon.** Loulou. **Gari Weik.** Die lebende Brücke auf Rube. **Lustspielhaus.** Der Weg zur Hölle. **Thalia.** Bis ich ein Fünfe. **Lilien.** Die Haubenlerche. **Metropol.** Auf im Metropol. **Walhalla.** Heinrich Heine. Die Balkana-Anna. **Deutsch-Amerikanisches.** Er und Ich. **Kassio.** Die Herren Söhne. **Apollo.** Das bummelnde Berlin. **Spezialitäten.** **Herrnsfeld.** Familienstag im Hause Preßlein. **Holtes Caprice.** Nach dem Japfenreiß. **Der Dehane.** **Wintergarten.** Saharel. „Die Kaiserin der Sahara“. **Spezialitäten.** **Welle Alliance.** Spezialitäten. **Meiwohaken.** Stehlicher Sänger. **Passage.** Spezialitäten. **Urania.** Taubentstraße 48/49. **8 Uhr.** Am Golf von Neapel. **Sternwarte.** Junalidenstr. 67/68. Täglich geöffnet von 1 bis 7

Berliner Theater. Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Schauspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. **Zar Feodor Joannowitsch.** Donnerstag zum letzten Male: Onkel Wanja. Freitag: Nachtschl. Sonnabend nachmittag 2 $\frac{1}{2}$ Uhr zu ermäßigten Preisen: Maria Stuart.

Neues Theater. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. **Ein Sommernachtstraum.** Donnerstag: Liebesleute (Amante). Freitag: Boubouroche. vorher: Die Neuverählten. Sonnabend: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. **Antigone.** Donnerstag: **Antigone.**

Zentral-Theater. (Operette.) 8 Uhr (Halbe Preise!): **Der Bettelstudent.**

Komische Oper. Mittwoch, 14. März, abends 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Donnerstag: Don Pasquale. Freitag: Die Bohème. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.** Donnerstag: Graf Oker. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Sonnabend: Der Verschwendet. Sonntag nachm.: Der Kaufmann von Venedig. — Abends: Ein Sommernachtstraum. Montag: Die Haubenlerche.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). **Mittwoch, abends 8 Uhr:** **Zapfenstreich.** Drama in 4 Akten von Franz Adam Beerlein. **Donnerstag, abends 8 Uhr:** **Der Vogel im Käfig.** Freitag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (1 Teil.)

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelmstr.) **Mittwoch, abends 8 Uhr:** **Der Vogel im Käfig.** Schauspiel in 5 Akten v. St. Grodman. **Donnerstag, abends 8 Uhr:** **Ueber unsere Kraft.** (2 Teil.) **Freitag, abends 8 Uhr:** **Der Vogel im Käfig.**

65 Abessinier in **Castans Panoptikum** Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus **Albert Schumann** Heute abend präzise 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: **Grande Soirée equestre.** Ganz hervorragendes Sport-Programm. U. a.: Direktor Albert Schumann mit seinen acrobaten unerreicht dastehenden Original-Schul- und Freiheitdrücken. Vorführung großer aquatischer Tableaus. Konkurrenzspringen der besten Zyringpferde des Markhalls. **Gerne: Mlle. Louise Mary** mit ihrem großartig dressierten

XI. Berliner Saison. **Zirkus Busch.** **Neu! Dressierte Neu! 70 Eisbären 70** unter persönlicher Vorführung des Herro Hagenbeck. Zum Schluß (am 9 $\frac{1}{2}$ Uhr): **Zum 115. Male:** Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlin: **Indien.** **Besonders hervorzuheben:** Eine Willwrennberingung. **Gewöhnliche Preise.**

Eisbären. U. a. zum 1. Male: **Der singende Bär.** Zum Schluß zum 87. Male: **Die Feile aller Fantominnen** das neue **Femina** Frauenreich. **Hierherdem: Ein Souper bei Maxim.** Bes 7 Perceps. **King Louis** und **Beard Truppe.** **Calmar.** 6 Beligenkönig und sämtliche Spezialitäten.

Lustspielhaus. **Abends 8 Uhr:** **Der Weg zur Hölle.**

Walhalla-Theater **Heinrich Heine.** Schauspiel in 3 Akten von H. Heine. **Darauf:** **Die Ballhaus-Anna.** **Hofe im Wet 2 Akt o. Duun u. Haste** im 8 Uhr. **Rauschen überall gestattet**

Trionon-Theater. **Loulou.** 9 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Urania Taubenstr. 48/49. **Abends 8 Uhr:** **Am Golf von Neapel.** **Sternwarte** Invalidenstr. 57/62. **Deutsch-Amerikanisches THEATER.** Jeden Abend 8 Uhr! **Gastspiel Ad. Philipp.** **Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:** **Ueber'n großen Teich.** **Zum 82. Male:** **ER & ICH**

Folies Caprice **Budapester Posen-Theater** 132 Linienstr. 102. **Ecke Friederichstraße.** **Kur noch einige Tage:** **Der Beheme** **und** **Der Schmock** **und** **Dalles & Co.** **Anfang 8 Uhr.** **Kaffe den ganzen Tag geöffnet.** **Boverauf bei Bietheim.**

Metropol-Theater **Anfang 8 Uhr.** **!Auf - in's Metropol!** **Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Froud.** **Musik von Viktor Hollaender.** **Rauschen in all. Räumen gestattet.**

Carl Weiß-Theater. **Gr. Frankfurterstr. 132.** **Täglich abends 8 Uhr:** **Die lebende Brücke auf Cuba** **Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-** **vorstellung. Keine Preise: Hänfel** **und Grefel.**

W. Noacks Theater. **Direktion: Rob. Olt. Brunnstr. 16.** **Zum letzten Male:** **In russischer** **Leibeigenschaft.** **Schauspiel in 4 Akten v. B. Dantschel.** **Anfang 8 Uhr.** **Antree 30 St.** **Donnerstag: Benefiz für Hans Adolff.** **Fröbels Allerlei-Theater** **Schaubauer Allee 118.** **Jeden Sonntag und Mittwoch:** **Konzert** **Theater, Spezialitäten, Tanz.** **Ant. Sonntag 6 Uhr. Mittwoch 8 Uhr.** **Sonnabende für Sommer-** **felte sind noch frei.**

Residenz-Theater. **Heute zum 136. Male,** **morgen und folgende Tage 8 Uhr:** **Der Pringgemahl.** **Direktion: Richard Alexander.** **Heute zum 136. Male,** **morgen und folgende Tage 8 Uhr:** **Der Pringgemahl.** **Schriftlicher Schwanz in 3 Akten von** **2. Antree und 3. Chancel.** **Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schiel-** **wagenkontrollleur.**

Neue Welt. **Hasenholde 108/114.** **Heute Mittwoch, den 14. März cr.:** **Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.** **Das Milchmädchen** **von Schöneberg.** **Kollektiv mit Gesang in 6 Bildern** **von Kauffmann.** **Anfang 8 Uhr. Kasseneröffn. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.** **Vorzugs Karten haben Gültigkeit.**

Kasino-Theater **Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.** **Die Herren Söhne.** **Bellschick in drei Akten von** **Walter u. Stein.** **Vorher** **das neue bunte Märzprogramm.** **Samstag 4 Uhr: Die goldene Brücke.**

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Saharet
in der Burleske
„Die Kaiserin der Sahara.“
Alonso Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.
Madame Lo, lebende Bilder.
Franco Piper, Banjo-Virtuose.
„Rokoko“-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.
Newhouse und Ward, kom. Radfahr.
Alexia, Pariser Tänzerin.
Die 4 Rassen, Luftgymnastiker.
Gabriele Medl, Soubrette.
De Blère, Zauberkünstler.
Emil Sendermann.
Der Biograph.

Apollo-Theater.
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Burleske in drei Akten mit Gesang und Tanz von Benno Jacobson.
Musik von Rudolf Kellen.
Im dritten Akte:
La Matschke, ruzikan, Tanz-Liane d'Ève.
Vorher 8 Uhr die glänz. Spezialitäten.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Neu! Einquartierung.
Mus. Humoreske v. Meyfel
Anfang
Dienstag 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloraturfängerin.
Geschwister Flokati,
Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater
Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph System 1908
Sy Sy ? ? ? ? ?
Die Wunder-Biliputaner!
Die Fußkünstlerin!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Emil Strutz** am 12. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Schönhauser Allee statt.
Kege Beteiligung erwartet.
114/5 Die Ortsverwaltung.

Verein der „Fidelen Geister“
Freunde des Wassersports.
Am 9. d. M. verstarb infolge eines Unfalles unser Mitglied **Richard Raetzig.**
Er war uns allen ein lieber, aufrichtiger und hilfsbereiter Freund, dessen edle Gesinnung wir stets in Ehren halten werden.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
4376

Den Genossen des 82. Bezirks sagen hiermit unseren herzlichsten Dank für die erwiesene Aufmerksamkeitsleistung zu unserer Silberhochzeit.
Emil Kulisch nebst Frau.
Raumerstraße 22.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Paul Dechow** am 12. März nach langem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 15. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
82/5 Die Ortsverwaltung.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Zum 129. Male:
Familientag
im Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 11-2 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Schlus
diesjähriger Spielfaison!
Abschieds-Vorstellung im alten Hause!!

SANSOUCCI
Sansoucci Keltischer Straßensänger.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Der Weidenfresser.
Lustspiel in 4 Akten.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkünstler.
Sonnt. 8 Uhr, 5. u. 8 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue **März-Programm.**
Nur Schlager.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Vereine!
Zum 1. und 2. Osterfeiertag ist Saal (auch Bühne) frei geworden.
Kommandantenstr. 72, Klubhaus.

Bleichsucht
Blutarmut, Nervenschwäche, Blutstockungen etc. beseitigt vollständig **Reichels**
Malzeisenpulver.
Reichlich blutbildend, schwache Nerven stärkend u. enorm Appetit anregend.
Wirkt bei Kindern Wunder!
Wahrhaft überraschende Erfolge. Dose 1,25. Uebl. 3 Dosen 3,50, hier frei Haus.
Versand nach auswärts.
Berlin SO. 43, Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4.

Gute Erdkartoffeln.
Reife Daberche und weiße Winterkartoffeln, 1 Str. 2,20 M., frei Haus 2,30 M., liefert **Jastrows** Kartoffel-Großhandlung, Münchenergerstr. 26. 4421.

Ein Riesenposten
180 cm breite bunte **Mocket-Plüsch**
vornehm. haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 85 pr. Meter
Extrapreis 5 Wert 7 50
Bei Abnahme 5 15 p. Mtr.
ganz. Stücke 5 M. p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgegend. Bezirk 5.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied **Richard Rätzig** am Freitag, den 9. März, ein Opfer seines Berufes geworden ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch teilen wir den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Packer **Alex Siobek** an der Prostat-Entzündung verstorben ist. 67/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 1. April, um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jakob-Kirchhofes, Hermannstraße 99, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung Berlin I.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
Oertliche Verwaltungsstelle Berlin Filiale 5.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied **Richard Rätzig** am Freitag, den 9. März, infolge Alters verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für **Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Lebensversicherung
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergesslichen einzigen Sohnes **Alfred** sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten und meinen Gatten sowie dem Gelandeverein „Schneeglöckchen I“ (Rixdorf) unseren herzlichsten Dank.
C. Siekoff nebst Frau.
440L Reuterstraße 98.

Steppdecken
100% Woll direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken angefertigt werden. **Bernhard Strohmandel.**
Berlin Ks. Muster-Katalog gratis.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 23. u. 24. Hofe.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Prof. **Mlle. Eugenie** Prof. **Magda & Elsa**
Schulreiterin.
Evolutionen auf Doppel-Draht.
Montanis Hunde u. Katzen.
„ne feine Nummer!“
Burleske von Max Koch und 8 Attraktionen i. Rangeb.
Familienarten in Variet., Feisur- und Hilaritätsgeschichten unentgeltlich.

Moabit. Gesellschaftshaus.
Wielestr. 24. Inh.: H. Peters.
Jeden Mittwoch:
Original-Karburger Säng.
Direktion:
C. Frick u. Kasche-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.
An der Jannowitzbrücke **BERLIN** Dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke
Deutschlands größtes Möbel-Kaufhaus
für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.
Unser großes Musterbuch mit über 1200 Abbildungen versenden wir frei und umsonst.
Besichtigung unserer großen Ausstellungsräume ohne Kaufzwang gern gestattet.
Gekaufte Möbel können bis zur Ablieferung kostenlos lagern.

Vollständige Wohnungseinrichtungen
vom Einfachsten an stehen fertig aufgestellt.

Eigene Werkstätten!
Wir übernehmen weitgehendste Garantie

Ges. geschützt
No. 1229. Bettstelle mit Matratze und Keilkissen oder Spiral-Matratze, Lagerfläche 200x100 cm, echt Satin Nußbaum Mk. 85.—, 108 cm breit, 130 cm hoch, 210 cm lang.

Ges. gesch.
No. 1233. Nachtschrank mit Marmorplatte, echt Satin Nußb. Mk. 20.—, 42 cm breit, 78 cm hoch, 39 cm tief.

Ges. geschützt
No. 1227. Ankleideschrank mit Spiegeltür, echt Satin Nußbaum Mk. 98.—, 113 cm breit, 198 cm hoch, 52 cm tief.
No. 1228. Derselbe mit breiter Spiegeltür, größer, Mk. 150.—, 139 cm br., 218 cm h., 55 cm tief, ganz oder teilweise für Wäsche eingerichtet Mk. 10.— mehr, m. Schubkästen Mk. 10.— mehr.

Ges. geschützt
No. 1232. Stuhl mit Rohrleiste, halbrund Mk. 5.50, echt Satin Nußbaum Mk. 10.—.

Ges. geschützt
No. 1230. Waschtiseltisch mit Marmorplatte, echt Satin Nußbaum, m. Türen, 78x17 cm M. 40.—, 34x32 cm M. 45.—, 24x37 cm M. 55.—, 110x63 cm 75.—, m. Kästen M. 8.— mehr.
No. 1231. Aufsatzspiegel mit Kacheln Mk. 37.

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Berlin.

Das Kassenlokal befindet sich vom Freitag, den 23. März 1906 ab Oranienstraße 37, Hof 1 Treppe.

Der Vorstand.

Rule 6 Mark. Neu! 300 Parzellen

in Jepenia, gut geschnitten, sein Auen von der Bahn. Davon sollen sofort circa 50 Parzellen a 6 M. und circa 20 Parzellen a 5 M. der Karte verkauft werden.

Beste Bettenfüllung

Find die vorzüglich füllenden, sehr dastischen, sehr einseitigen.

Monopoldaunen

(geroll gefüllt) Pfund Nr. 2, 25, 3-4 Pfund gefüllt a 10 Oberbett, 1-2 Pfund gefüllt a 10 Unterpfeife.

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 43

Orts-Krankenkasse

der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Wahl-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber am Donnerstag, den 22. März cr., abends von 8-9 Uhr im Berliner Nationalklub (Präsidenten-Saal), Lindenstr.

Ordnl. General-Versammlung

der arbeitgebenden Mitglieder behufs Erneuerung der Wahl zum Vorstand.

Wahl-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber am Donnerstag, den 22. März 1906, abends von 8-9 Uhr im Berliner Nationalklub.

Beste Bettenfüllung

Find die vorzüglich füllenden, sehr dastischen, sehr einseitigen.

Monopoldaunen

(geroll gefüllt) Pfund Nr. 2, 25, 3-4 Pfund gefüllt a 10 Oberbett, 1-2 Pfund gefüllt a 10 Unterpfeife.

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 43

Orts-Krankenkasse

der Gastwirte u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung

Gemäß dem Generalsammlungs-Beschluss vom 24. November 1905 findet eine

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

Orts-Krankenkasse

der Gastwirte u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung

Gemäß dem Generalsammlungs-Beschluss vom 24. November 1905 findet eine

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

General-Versammlung

der Arbeitgeber-Vertreter am Mittwoch, den 28. März cr., nach 4 Uhr im Lokal des Herrn H. Giesing.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68

Zu unserem Verlage erschien:

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur

von Curt Grottewitz, mit einem Vorwort von Wilh. Bölsche

Brochüriert 60 Pfennig Gebunden 1 Mark

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:

„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht seine Gleiche so schlichte Charakterdarstellungen gibt, mit so feinsinnig allerhöchster Dichtung, wie in diesem Buchlein.“

Der „Volkfreund“ in Karlsruhe schreibt:

„Eine blühende Gabe, ein liebenswürdiges Buch, ein lehrreiches Werkchen. Das ganze Buch in seinen 100 Seiten, wie es draußen ist vor den Dämmern der Großstadt, das schildert mit feinstem Behagen, dichterischer Gestaltungskraft, aber auch mit dem Wissen des Naturforschers der vor einigen Monaten so schön und lebendig gesammelte Naturwissenschaftler in diesem kleinen Buche.“

Dr. Simmel, Privat-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 3-4

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit elastischem Innenteil, zusammen 10,50, nur (Blanchette) 12,50, Dresdenstr. 38.

Wollwoll-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Dresdenstr. 38.

Pommersches Honigbrot, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Loten, Etage 1,00, Dresdenstr. 38.

Wollwoll-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Dresdenstr. 38.

Kleine Anzeigen

Wollwoll-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Dresdenstr. 38.

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verschiedenes.

Wollwoll-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Dresdenstr. 38.

Arbeitsmarkt.

Wollwoll-gestrichenes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Dresdenstr. 38.

Geübte Leger

von fugenlosem Fußboden gesucht.

Berliner Lapidon-Werke, Friedenau, Friedenauerstraße Nr. 70.

Zwei tüchtige Kunstschmiede

mit getriebener Arbeit, speziell Blätter- und mit der Zusammenfügung von Kunstschmiedefügen vertraut, erhalten sofort Engagement bei

Nils Erickson, Malms, Schweden.

Tüchtiger Mann

der mit elektrischer Installation, mit galvanischen Arbeiten, Bergbau, Holzindustrie usw. vertraut ist,

wird sofort gesucht.

Angebote unter T. U. 472 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Differenzen ist

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1985.

Nr. 61. Mittwoch, den 14. März 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet am heutigen Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeslow, Niederbarnim und Potsdam-Osthavelland!

Zu der Anfang April erscheinenden Lokalliste ersucht die Lokalkommission, alle Änderungen resp. Neuaufnahmen an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder bis spätestens Mittwoch, den 21. März er., gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Köhlerstr. 23.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Delurich Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstr. 24.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, Straßmannstr. 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kausch, Windstr. 12.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Wollinerstr. 61.

Für Teltow-Beeslow an den Genossen Karl Rohr, Rixdorf, Thomasstr. 27.

Für Niederbarnim an den Genossen Robert Kied, Kummelsburg, Kanitzstr. 22.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13.

Für diverse Orte an den Genossen L. Nowag, Strausberg (Stadt), Wollmühlentstraße.

Besonders weisen wir darauf hin, daß nach dem 21. März eingehende Meldungen für die Lokalliste nicht mehr berücksichtigt werden können.

Alle Zuschriften, Mitteilungen usw. von den einzelnen Kreisen sind stets durch die oben angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu senden und nicht direkt an die Redaktion des „Vorwärts“, da hierdurch nur unnötige Verzögerungen eintreten.

Alle im Verbreitungsgebiet der Lokalliste erscheinenden Parteiblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Obmann der Lokalkommission

Richard Henschel, N. 28, Wollinerstraße 61 II.

Zur Lokalliste! In Grünheide bei Erkner steht das Lokal von Franz Heilig der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.
Die Lokalkommission.

Tempelhof. Der Zahlabend wird jetzt für die Dörster bei Road, Berlinerstr. 9 und für die in Neu-Tempelhof wohnenden Genossen bei Müller, Berlinerstr. 41/42, abgehalten. Regen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindegewählbewegung.

Gemeindegewahlen finden heute in Steglitz (Stichwahl) und Kolonie Süden im Restaurant Thal nachmittags von 12-5 Uhr statt.

Pankow. Auf welche Kapriolen unsere Gegner bei den bevorstehenden Gemeindegewahlen verfallen, um am Tage der Wahl billige Häufelräufe zur Verfügung zu haben, beweist die Tatsache, daß das bürgerliche Wahlkomitee die Realschüler zum Schleppen und Austragen von Wahlauflagen benutzen will. Da wir grundsätzliche Gegner der Kinderarbeit sind, finden wir eine derartige Verwendung von Kindern sehr verurteilenswert. Will man schon die Sozialdemokratie mit allen Mitteln aus dem Gemeindeparkament hinausbekommen, so mögen die Herren Gegner wenigstens selbst die Opfer bringen und die Agitationsarbeiten leisten. Komisch wird es ja wirken, wenn sich politisch reife und denkende Männer von Schuljungen zum Wahltag schleppen lassen müssen.

Im übrigen weisen wir nochmals darauf hin, daß die Wahl morgen, Donnerstag, den 15. März, in der Zeit vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr, stattfindet. Wenn auch alle Wähler, welche um 8 Uhr im Wahllokale anwesend sind, noch ihre Stimme abgeben können, so erühen wir im Interesse unserer Sache, so viel wie möglich die Mittagsstunde zur Wahl zu benützen. Die Wähler der dritten Abteilung wählen in zwei Bezirken. Der erste Bezirk wählt im Restaurant Obersbach, Kurfürstendamm, Berlinerstr. 102, und der zweite Bezirk im Restaurant Pozzani, Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4.

Die Stichwahlen in Steglitz finden am heutigen Mittwoch statt. Der Mieterverein legt alle Hebel in Bewegung, um mit Hilfe der Hausbesitzer den Sieg der Mieterkandidaten zu erringen. Im letzten Augenblick hat er sogar noch die „Schwarze Garde“ mobilisiert. Die Zentrumsleute haben angeblich beschloffen, die Mieterkandidaten zu wählen, und die „St. Jg.“, das Organ des „unpolitischen“ Mietervereins, bittet die frommen Schächler inbrünstig um vollständiges Erscheinen. Ohne Zweifel werden unsere Gegner eine wesentlich höhere Stimmzahl aufbringen, wie bei der Hauptwahl; deshalb müssen auch unsere Genossen ausnahmslos auf dem Posten sein. Parteigenossen! Nach Ausweis der Wählerlisten haben Hunderte organisierter Arbeiter bei der Hauptwahl gefehlt; sorgt dafür, daß diese Säumnigen heute abend erscheinen, dann wird der Sieg unser sein. Unsere Kandidaten sind: im ersten Bezirk (Albrechtshof) Ahmann und Krug, im zweiten Bezirk (Zurhalle des Gymnasiums) Krug und Leimbach. Bei der Stimmabgabe ist die Reihenfolge der Namen streng zu beachten, um Ungültigkeit der Stimmen zu vermeiden.

Niederschönhausen. Nur ein Tag trennt uns noch von der Gemeindegewähl. Den gilt es, nach Kräften auszunutzen. Nur die regste Agitation jedes einzelnen kann und zum Ziele, zum Siege führen. Wie vorauszusehen war, haben sich die bürgerlichen Vereine aller Schattierungen auf gemeinsame Kandidaten geeinigt. Mieter und Hausbesitzer marschieren nun unter einem Banner gemeinsam an den Wahltag. Und alles das, diese dicke Freundschaft, diese Liebe und Eintracht, hat die Sozialdemokratie zustande gebracht. Wo sie auf dem Platze erscheint, da werden Feinde zu Freunden, Gegner zu Kampfgenossen. Nun, wir fürchten unsere politischen Gegner nicht, auch wenn sie geschlossen gegen uns anmarschieren.

Wir wissen, daß wir ganze Arbeit machen müssen. Keiner darf uns im Stiche lassen. Alle müssen mitwirken, dann werden unsere Kandidaten morgen sicher als Sieger aus der Wahl hervorgehen!

In die Wahlagitration sind auch jetzt die Genossen in Reinickendorf eingetreten. In einer am Montag abend bei Senker, Rordbahnstraße einberufenen Versammlung sprach Genosse Paul Girsch über Gemeindepolitik. Hauptsächlich wird das instruktive Referat auch die Genossen unseres Ortes zu eifriger Wahlarbeit veranlassen.

Wilhelmsruh-Rosenthal-Nordend. Morgen, den 15. März, findet die Gemeindegewähl der dritten Abteilung statt. Unsere Gegner suchen mit allen Mitteln ihre Position in der dritten Abteilung zu behaupten. Es kann ihnen dies nicht gelingen, wenn die Arbeiterschaft unserer Orte auf dem Posten ist. Unsere Kandidaten sind die Genossen Friedrich Willmeroth, Schloffer und Robert Haschek, Postamtenstr. Das Wahllokal befindet sich bei Schneider, Hauptstraße. Gewählt wird nachmittags von 3-7 Uhr. Parteigenossen! bringt die Säumnigen an die Wahlurne, damit ihr von einem Wahltag berichten könnt. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die von der Behörde verordneten Wahlkarten als Legitimation dienen können. Das Wahlkomitee.

Neuenhagen a. d. Havel. Am letzten Sonntag hielt der hiesige Wahlverein eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Hartig eingehend über die bevorstehenden Gemeindegewahlen referierte. Referent wie auch die sich an der Diskussion beteiligenden Genossen forderten zu der am 16. März stattfindenden Gemeindegewähl zu lebhafter Agitation auf. — Die diesjährige Reisefeier befaßte die Versammlung durch eine Vormittagsversammlung zu begehen. Am Schluß wurde noch zu reger Beteiligung an der am 18. März in Fredersdorf stattfindenden Demonstrationsversammlung aufgefordert.

Petershagen bei Fredersdorf. Am Sonnabend, den 17. d. M., finden hier die Gemeindegewahlen statt. Die in Betracht kommenden Personen befürchten, daß durch die Wahl eines Sozialdemokraten ihr bisher sehr beschauliches Dasein arg gestört wird und haben wohl infolgedessen die Wahl für die dritte Abteilung auf nachmittags von 3-4 Uhr festgelegt. Arbeiter, Parteigenossen, opfert diesen halben Tag, seid alle pünktlich zur Stelle und macht den Herrschaften einen Strich durch die Rechnung. Kandidat der Sozialdemokratie ist Erwin Höfelbarth.

Wahlergebnisse.

Mariendorf. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindegewähl erhielt unser Kandidat Genosse Reichardt 344 Stimmen und die drei gegnerischen Kandidaten zusammen 188. Wie oben angeführt, findet heute in Süden Wahl statt. Das Ergebnis beider Wahlorte wird zusammengezogen. Es dürfte das erfreuliche Resultat der Mariendorfer Genossen für die Genossen in Süden ein Ansporn sein, nun auch ihrerseits die bürgerlichen Kandidaten in gleicher Weise an Stimmzahl zu übertreffen.

Koghen-Kummelsburg. Ein geradezu vernichtendes Fiasko erlitten bei der heute stattgefundenen Gemeindegewähl die Kandidaten der Bürgerpartei. Im 1. Wahlbezirk fielen von 246 abgegebenen Stimmen auf unsern Genossen Berger 233, auf Parabe (Bürgerl.) 13 Stimmen. Im 2. Wahlbezirk von 458 abgegebenen Stimmen auf Genossen Tempel 452, Große (Bürgerl.) 4, zerstückelt 2 Stimmen; und im 3. Wahlbezirk von 178 abgegebenen Stimmen auf Genossen Ritter 169, Heise (Bürgerl.) 9 Stimmen.

Dies glänzende Wahlergebnis gewinnt uns dadurch an Bedeutung, daß seitens unserer Gegner mit allen Mitteln gearbeitet wurde, um die verhassten Sozis zu Falle zu bringen.

Caputh. Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindegewähl siegte unser Genosse mit 35 Stimmen über den Gegner, auf welchen nur 23 Stimmen entfielen. Somit ist die Sozialdemokratie unseres Ortes in dem Gemeindeparkament vertreten.

Schöneberg.

Stadterordnetenversammlung am 12. März. Nachdem vor acht Tagen der Eintritt in die Staatsberatungen durch die Hausbesitzerfraktion vereitelt wurde, hatten die Herren heute ihren Einspruch ausgegeben und konnte die erste Lesung des Etats vor sich gehen. Als erster Redner nahm namens der Hausbesitzerfraktion der Stadtv. v. Glajenapp das Wort, der zunächst sein Behauern darüber aussprach, daß vom Oberbürgermeister in diesem Jahre kein Ausblick in die Zukunft gegeben sei; Redner zieht daraus den Schluß, daß der Magistrat der Zukunft verlässlich entgegenstehe. Im übrigen wandte sich derselbe gegen die vom Magistrat beschlossene Erhöhung der Umsatzsteuer für unbedachte Grundstücke und ebenso gegen die aus der Versammlung vorgelegene Wertzuwachssteuer, indem er betonte, daß eine stärkere Belastung des Grundbesitzes vermieden werden müsse. Sache des Ausschusses werde es sein, mit den Abtrünnigen nicht zu sparen. Dr. Gottschall (Lib.) forderte eine größere Berücksichtigung der Wünsche der städtischen Beamten und den Ausbau der Fahrschiffpflege. Er bedauert, daß Schöneberg Wasser und Licht immer noch von Privatgesellschaften entnehme und sich nicht selbst die Vorteile verschaffe, die diese Gesellschaften daraus ziehen. Ferner spricht er sich für eine Wertzuwachssteuer aus, da diese dazu angeht, die steuerkräftigsten Zahler mehr heranzuziehen. Stadtv. Ritter (Soz.) spricht sich ebenfalls für eine Wertzuwachssteuer aus. Die wirtschaftlich Schwächeren können unmöglich höher belastet werden, zumal im allgemeinen die Vorteile und Annehmlichkeiten der städtischen Einrichtungen in erster Linie den bestehenden Klassen zugute kommen. Die Wertzuwachssteuer, die schon in vielen Gemeinden eingeführt sei, habe auch bei uns ihre volle Berechtigung. Man führe sich nur vor Augen, wie früher die Grundstücke in Schöneberg zum Zwecke der Anpflanzung verschont wurden und heute teilweise zum Preise von 2500 M. pro Quadratmeter zum Verkauf angeboten werden. Bezüglich des Armenwesens werde in Schöneberg viel zu wenig geleistet. Der Gehalt von 2 M. pro Kopf der Bevölkerung ist im Verhältnis zu dem, was unsere Nachbarorte leisten, viel zu gering. Auch der schleppende Gang bei der Errichtung des Krankenhauses sei zu tadeln. Die Arbeiterschaft betreffend bedurfte es erst großer Anstrengungen seitens der sozialdemokratischen Vertreter, ehe hier wenigstens einmal der Anfang gemacht wurde. Die so selbstverständliche Forderung der städtischen Arbeiter, einen Arbeiterausschuß zu bilden, hat immer

noch keine Zustimmung seitens des Magistrats gefunden; man weiß wirklich nicht, welche Gründe den Magistrat abhalten, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Der Ausbau der Fahrschiffpflege, der noch nicht einmal in der zu diesem Zwecke eingesetzten Deputation seine Erledigung gefunden hat, ruft schon jetzt in den Kreisen der bürgerlichen Vertreter eine heftige Opposition hervor. Das, was in unserem Orte für die öffentliche Wohlfahrt geleistet werden soll, geschieht in anderen Gemeinden schon seit vielen Jahren. Die Einwohnererschaft Schönebergs möge auf die bürgerlichen Stadterordneten, die diesen Forderungen ablehnend gegenüberstehen, ein machsames Auge haben und ihnen den wohlverdienten Durchfall bei späteren Wahlen bereiten. Auch betreffs der Schulverhältnisse stehe Schöneberg keineswegs auf der Höhe der Zeit, außerordentlich viel bleibe hier noch zu tun übrig. Redner beurteilt dann die Verschleppungstaktik des Staatsausschusses, die derselbe den Petitionen der städtischen Beamten gegenüber geübt hat und behält sich namens seiner Freunde eine gründliche Prüfung und Kritik der Einzelteile vor. Die Stadtv. Dr. Karroth und Gottlicher sind ebenfalls für die Wertzuwachssteuer. Letzterer wandte sich noch gegen den Stadtv. v. Glajenapp, der hier nur als Syndikus des Haus- und Grundbesitzervereins gesprochen habe. Unseren Genossen hielt er entgegen, daß man sich mit der Fahrschiffpflege nicht nach anderen Orten richten könne, die uns in der Entwicklung um Jahrzehnte voraus sind. — Nachdem die Versammlung von der Petition des Bezirksvereins „Nordost“ Kenntnis genommen hatte, der der Umsatz- und Wertzuwachssteuer sympathisch gegenübersteht, wird der gesamte Etat dem schon bestehenden Ausschusse überwiesen.

Die Vorlage des Magistrats betreffend den Neubau des zweiten Flügels der Gemeindegewähl am Platz F. wird ohne Debatte genehmigt. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf 166 000 Mark.

Dem Wunsch des Stadtrats Lemor auf Entbindung von seinem Amte wird Rechnung getragen.

Dem Ausschuh zur Errichtung eines Stadttheaters gehört auch der Stadtv. Bollerermann (Soz.) an.

An der Straßenbahn-Haltestelle vom Lobe überrascht. Ein tragischer Vorfall hat sich gestern in der Fußstraße abgepielt. Der Oberpostassistent E. aus Schöneberg hatte mit seiner Familie Bekannte in Rixdorf besucht und wartete später an der Haltestelle in der Fußstraße auf einen Straßenbahnwagen, um heimzufahren. Zum Entsetzen seiner Angehörigen brach E. plötzlich zusammen und war im Laufe weniger Sekunden bereits tot.

Das neue Krankenhaus, welches bestimmt am 1. Oktober d. J. dem Betrieb übergeben werden soll, schlägt für die Hälfte des Etatsjahres in Einnahme mit 123 744 M., die Ausgabe mit 166 438 M. ab, so daß ein voraussichtlicher Rückschuß von 72 694 M. zu leisten sein dürfte. Die Kur- und Verpflegungskosten betragen: für Erwachsene 2,50 M. für Einheimische, 3 M. für Auswärtige; für Kinder 2 M. bzw. 2,50 M. für Kranke in der Pflegeklasse I 15 bzw. 24 M., Pflegeklasse II 7,75 M. bzw. 12 M. pro Tag. Bei einer durchschnittlichen täglichen Belegungsziffer von 220 Köpfen entfallen auf das halbe Jahr 122 914 M. an Einnahmen. Die Befoldungen der Ärzte und Apotheker erfordern 18 600 M., diejenigen der Schwestern und sonstigen Personals 10 905 M. und der Beamten 10 775 M.

Steglitz.

Schwer geküßt hat der in der Richtestraße 71 wohnhaft gewesene 25jährige Ruther Wilhelm D. eine Jugendtorheit. D. hatte sich in ein im 12 Jahre älteres „junges Mädchen“ verarzt verliebt, daß er ihr alles opferte, was er von seinem Arbeitsverdienst erkränigen konnte; selbst das Mittagessen versagte er sich, um das dadurch ersparte Geld in Form von Geschenken der Geliebten zu flößen zu legen. Als das Mädchen in letzter Zeit dem jungen Reichen zu verstehen gab, daß er ihr gleichgültig sei, nahm er sich das so zu Herzen, daß er zu sterben beschloß. Er kaufte sich einen Revolver und ließ sich von dem nichtsahnenden Logiswirt den Mechanismus erklären. Am Freitagmorgen knallten in seinem Zimmer plötzlich zwei Schüsse; die erste Kugel war fehlgegangen und an der Wand abgeprallt; die zweite hatte sich bei dem auf dem Bette sitzenden Selbstmordkandidat in den Mund gejagt. Die zu Tode erschröckene Wittin sorgte für Ueberführung des Schwerverletzten nach dem Richtefelder Krankenhaus. Dort wurde festgestellt, daß das Geschloß die Zunge durchbohrt und auch sonst arge Verwüstungen angerichtet hat. Trotz Röntgenstrahlendurchleuchtung konnte bis jetzt jedoch der Sitz der Kugel nicht festgestellt werden. Der Leichtsinige befindet sich heute außer Lebensgefahr, aber er hat die Sprache und das Gehör verloren.

Schmargendorf.

Die Schmargendorfer Gemeindegewählung genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Eingemeindung des bisher dem Eisenbahnstützenden gehörenden Geländes der Friedrichsruherstraße, westlich vom Ringbahnhof Halensee. Die Gemeinde mußte sich verpflichten, die Straße zu regulieren, zu entwässern, zu pflastern und zu beleuchten und dem Fiskus das Recht einzuräumen, Teile der Straße bei einer Erweiterung des Bahnhofes ohne weiteres mitzubekommen. Ferner wurde der für die Entwicklung Schmargendorfs bedeutsame Beschluß gefaßt, auch nur einseitig regulierte Straßen für andauferfähig zu erklären und den Grundeigentümern bei der Bedienung die provisorische Pflasterung der Straßenzüge auf ihre eigenen Kosten zur Bedingung zu machen.

Weißensee.

Ans der Gemeindegewählung. In der letzten Sitzung fand eine Schöffenwahl statt, aus der Gemeindegewählter Nothe als gewählt hervorging. Genosse Schiller erhielt 7 Stimmen. Bei der Erziehung zum Kreisstadterordneten wurde Schöffe Rathmann mit 14 Stimmen gewählt, während Genosse Raubmann 11 Stimmen erhielt; außerdem wurden drei weisse Fettel abgegeben. — Dem Gemeindegewählter Dr. Wolff ist der Titel Bürgermeister verliehen worden; der diesbezügliche Beschluß einer geheimen Sitzung ist also zur Tatsache geworden, verschiedene Götter behaupten, daß der Auf Weißensees aus diesem Anlaß um einige Prozent gestiegen ist. — Einer Beschwerde an den Justizminister, den aus dem Ort verzogenen Notar Kayser wieder zurückzubekommen, hat derselbe Rechnung getragen und verfügt, daß der Rechtsanwält Kayser vom 1. Juli ab wieder hierorts zu wohnen hat. Derselbe hatte seinerzeit seinen Fortzug damit begründet, daß er eine feineren Verhältnissen entsprechende Wohnung nicht finden könnte. Eine zweite Notariatsstelle zu errichten, hat der Justizminister abgelehnt. —

